Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 80 | Herbst 2008 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

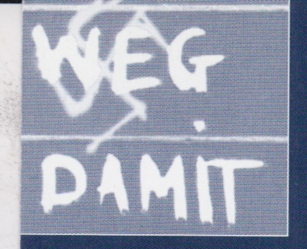


Männlichkeit und Gewalt

Kernelemente rechter Identität

Geschichte

(R)echte Freunde des »Gottkönigs« –
Die Nazi-Kontakte des Dalai Lama

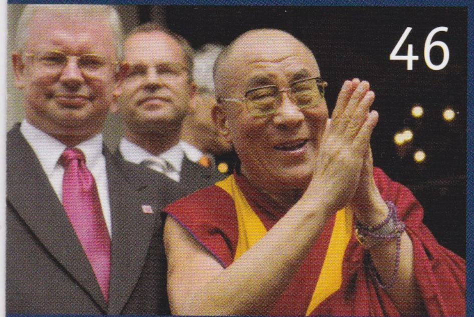


Inhalt

AIB 80 3 · 2008

Rubriken







Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Diskussion

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

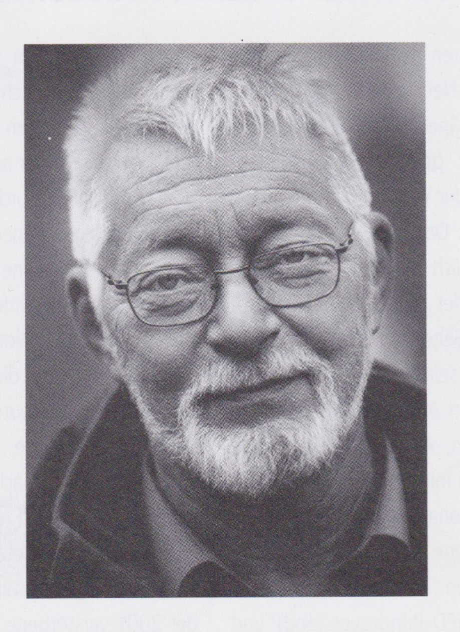
www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit dem Themenfeld »Gewalt«. Seitdem wir in der AIB Ausgabe # 69 in dem Artikel »Alte Gewalt – neues Gewand« das Thema aufgegriffen hatten, hat es nichts an Brisanz verloren. Wir betrachten daher die Zunahme neonazistischer Übergriffe auf JournalistInnen, die Ästhetisierung von Gewalt bei den »Autonomen Nationalisten«, die Gewalt der SA als Bestandteil der NSDAP-Strategie und die Folgen rechter Gewalt für die Opfer. Auch nutzen wir die Gelegenheit, um die Männlichkeitsbilder der extremen Rechten zu beleuchten. Die seit mehreren Ausgaben geführte Diskussion zu Antifa-Strategien wird in diesem Heft von der Leipziger Antifa Gruppe fortgesetzt. Wir sind auf weitere Beiträge gespannt. Da das AIB mit dieser Nummer ein Jubiläum feiert und es uns nun seit über 20 Jahren gibt, wollen wir am 4. Oktober 2008 zusammen mit der antifaschistischen Zeitung aus NRW LOTTA und Euch im Festsaal Kreuzberg (Berlin) feiern. Dass wir das AIB seit so vielen Jahren kontinuierlich erscheinen lassen können, haben wir auch der Unterstützung von FreundInnen und GenossInnen zu verdanken. Aktuell möchten wir der Band »Die Toten Hosen«, dem Verein Netzwerk-Selbsthilfe (Berlin) und dem Solifonds der Hans-Böckler-Stiftung danken.

Unser langjähriger Genosse Erik aus Dänemark ist kürzlich verstorben. Daher an dieser Stelle ein Nachruf:



Erik Jensen
3. September 1937 – 23. August 2008

Unser langjähriger Freund und Genosse Erik Jensen, Aktivist des antifaschistischen Vereins Demos in Kopenhagen ist tot. Er starb an Krebs. Erik wurde schon als junger Mann Mitglied der Dänischen Kommunistischen Partei. Es war jedoch nicht die Partei, wo er seine politische Arbeit entfaltete, sondern die dänischen Vietnambewegung, der Buchverlag Demos und zuletzt der antifaschistische Verein Demos. Nach einer gewaltsamen Polizeiaktion gegen eine Demonstration vor der US Botschaft am 27. April 1968 gründete Erik eine Recherchegruppe innerhalb eines Vietnamkomitees. Erik konnte beim nachfolgenden Prozess dem Verteidiger so viel Material liefern, dass sie den Prozess gewannen. Die Recherchegruppe gab sich später den Namen Dokumentationsgruppe, die bekannt wurde, als sie aufdecken konnte, wie eine dänische Firma militärische Ausrüstung für die US-Kriegsführung in Vietnam lieferte. Zeitgleich gründete Erik den Buchverlag Demos, der in den folgenden Jahren etliche Bücher über die dänische Rüstungsindustrie und über die Zusammenarbeit zwischen der dänischen Geheimpolizei und rechten Gruppen veröffentlichte. 1975 löste sich das Vietnamkomitee auf. Erik und viele andere Aktivisten waren sich jedoch einig, dass die politische Arbeit weitergeführt werden sollte. Deshalb wurde 1979 der Verein Demos gegründet. Anfang der 1970er Jahre war Demos die erste Gruppe in Dänemark, die sich gegen den Rechtstrend einsetzte. In den 1980ern begannen sich die ersten Neonazigruppen zu formieren, und in den 1990ern waren Gruppen insbesondere aus Deutschland und Schweden in Dänemark sehr aktiv. Als deutsche Neonazis sich 1993 nördlich der deutsch-dänischen Grenze etablieren wollten, war Erik einer der Aktiven im Aufbau des lokal verankerten antifaschistischen Widerstandes, dem es gelang, die Neonazis rauszuwerfen. Dass sich Neonazis in Dänemark nie richtig festsetzen konnten, muss vor allem dem breiten antifaschistischen Widerstand zugerechnet werden, und Erik hat ohne Zweifel zu diesem beigetragen. In dieser Periode, begann Erik mit der Gründung und dem Aufbau des internationalen antifaschistischen Netzwerkes. Ein Netzwerk, das noch heute besteht. Vor 20 Jahren wurde die erste Nummer der antifaschistischen Zeitschrift Demos Nyhedsbrev veröffentlicht. Die Dokumentationsarbeit war das Werkzeug, das Erik im Kampf gegen Neonazis benutzte. Rechercheergebnisse sollten immer öffentlich dokumentiert werden. Das war eines der Grundprinzipien seiner Arbeit. Eriks Arbeit hat neue Generationen von Antifaschisten geschult, inspiriert und motiviert. Erik hat es vermocht, Respekt und Vertrauen in weiten Kreisen von Journalisten aufzubauen. Er konnte politische Netzwerke aufbauen – national wie international, war ohne Vorurteile, offen und vorwärtsdenkend. Die Bewegung hat einen großen Menschen und ein politisches Talent verloren.

Anne Jessen/Demos

Druck auf Neonazi-Musik-Produzenten

Zwei zentrale Figuren des nordeuropäischen »Blood & Honour«-Netzwerks wurden am 27. August 2008 in Dänemark vierzehn Tage in Untersuchungshaft genommen. Ausschlaggebend hierfür ist der Vorwurf der Produktion von Neonazimusik. Das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) wirft ihnen unter anderem vor, am Vertrieb der Rechtsrock-CD »Kommando Freisler – Geheime Reichssache« beteiligt gewesen zu sein. Sie sollen über einen Mitbeschuldigten in Australien Neonazi-CDs vervielfältigt haben. Als weitere Betroffene im Zusammenhang mit Ermittlungen zu einer Neuauflage der Neonazi-Musik-Sampler »Die Deutschen kommen« Teil 1 und 2 gelten nach Informationen aus Sicherheitskreisen Thorsten Heise (NPD-Bundesvorstand) und die Betreiber des illegalen Neonazi-CD-Versandes »Werwolf Records« aus Finnland. Es handelte sich hierbei insgesamt um CD-Produktionen »im deutlich fünfstelligen Bereich«. Beide Beschuldigten waren in den letzten zehn Jahren in verschiedene Produktionsgesellschaften aus dem »Blood&Honour« Umfeld aktiv, hier unter anderem »Celtic Moon« und »Nordvind Records«. Es handelt sich um einen 32jährigen Dänen und einen 33jährigen Deutschen. Der Däne war seit den frühen 1990er Jahren im Umfeld der militanten Neonazi-Skinheads in Nordseeland und Kopenhagen aktiv. Genau dieses Milieu wurde später zu »Blood&Honour« Dänemark. Der deutsche Beschuldigte ist während der Jahrtausendwende nach Dänemark gezogen. In der Zeit davor soll er u.a. im deutschen »Blood&Honour«-Netzwerk aktiv gewesen sein. Deren gemeinsame Bekanntschaft war der 2001 verstorbene Deutsch-Däne Marcel Schilf, welcher in den 1990er Jahren die Firmen »NS88« und »NS Records« aufgebaut hatte. Diese fungierten als wichtige Distributionskanäle für neonazistische Propagandafilme und Musik (Vgl. AIB #40). Später änderten die Firmen ihre Namen in »Nordwind« und »Celtic Moon«. 2005 wurde »Nordwind« zu »Nordvind Records«, aber die Personen dahinter blieben nach Kenntnisstand dänischer Antifaschisten weitestgehend die Gleichen. Dass dieses Geschäft rentabel ist, belegt der Umsatz von 34.500 Kronen (4.600 Euro) aus dem Internetversand von »Celtic Moon« aus dem Jahre 2006. Hier ist der Verkauf bei Demonstrationen und Konzerten noch nicht mit eingerechnet. Durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main wurden Haftbefehle wegen Verdachts der Volksverhetzung, der Gewaltdarstellung und der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung erlassen. Über das Verfahren wurde in Dänemark ein Namensverbot verhängt. Jedoch wurden durch das BKA die Vornamen Flemming C. und Stephan G. veröffentlicht. Eine deutschsprachige Neonaziinternetseite publizierte die Namen von Stephan Günther und Flemmming Muff Christiansen als Beschuldigte. ■

Wir trauern um drei Tote mehr

Seit der letzten Ausgabe sind wieder drei Menschen von Neonazis ermordet worden. Im brandenburgischen Templin traten am 22. Juli 2008 ein 18jähriger und ein 21jähriger dem 55jährigen Bernd K. solange gegen den Kopf bis dieser starb. Anschließend versuchten sie ihr Opfer anzuzünden.

Der 20jährige Student Rick L. wurde in Magdeburg in der Nacht zum 16. August 2008 so stark zusammengeschlagen, dass er an seinem eigenen Blut erstickte. Er hatte den Täter kurz zuvor in einer Disco als »Nazi« bezeichnet.

Am 24. August 2008 schließlich wurde der erst 18jährige Marcel W. in Bernburg durch mehrere Messerstiche umgebracht. Er wurde in der Wohnung des 19jährigen Täters gefunden.

Allen Tätern gemeinsam war ihre Angehörigkeit zur Neonazi-Szene, was eindeutige Kleidung, Hakenkreuz-Tattoos, etliche Vorstrafen wegen rechtsextremer Delikte und Zeugenaussagen von Nachbarn belegen. Die Opfer dagegen wurden scheinbar spontan ausgesucht. ■

[1] Der 18jährige Marcel W. starb am 24. August 2008 in Bernburg.

[2] Der 20jährige Rick L. starb am 21. Juli 2008 in Magedeburg.

Jahr und acht Monaten ohne Bew
wegen Volksverhetzung, Diebstahl

[1] Opfer Marcel W., Mordverdächtigter

rischer Erpressung und gefährlich
perverletzung.
Im Februar 2006 hatte Bastian (

wenig später der einschlägig vorbestra
Rechtsextremist Bastian O., 20, verhaft



[2] Getöteter Kunststudent Rick L.*, beschul

Mutmaßlicher Auslöser für die Tat: ei
kritische Äußerung des Opfers über (
augenscheinlich rechte Einstellung.

Faksimile von:
Der Spiegel – Ausgabe 36/2008

www.anti-antifa.net offline

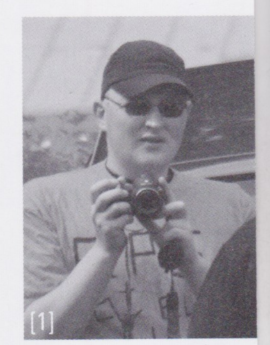
Der Nürnberger »Bürgerinitiative Ausländerstopp«-Stadtrat Sebastian Schmaus hatte Mitte Mai 2008 eine Hausdurchsuchung wegen »Anti-Antifa«-Aktivitäten. Auf Schmaus' neonazistische »Anti-Antifa«-Tätigkeit hatten Nürnberger AntifaschistInnen in der Vergangenheit bereits mehrfach hingewiesen. Schmaus wurde am 28. März 2008 neben NPD-Landeschef Ralf Ollert in den Nürnberger Stadtrat gewählt, ihre Liste »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) erhielt im Stadtgebiet 3,3 Prozent der Stimmen. Der 24-jährige Werkzeugmechaniker Schmaus zählte bis dahin jedoch nicht zu den bekannten Repräsentanten der NPD-Tarnliste. Vielmehr verfolgte er auf Demonstrationen mit seiner Kamera bewaffnet Neonazi-GegnerInnen und lichtete diese ab. Die Initiative »Stoppt die Anti-Antifa!« machte in der Vergangenheit mehrfach öffentlich, dass diese Bilder dann später illegal auf einer neonazistischen Homepage veröffentlicht wurden. Wegen Verletzung des Urheberrechtes wurde mindestens eine Anzeige gegen Schmaus gestellt, in der die Betroffenen detailliert nachweisen konnten, dass einige der Fotos auf der Homepage ursprünglich von Schmaus gemacht worden waren. Das sah die Staatsanwaltschaft Nürnberg laut ihrem Justizsprecher auch so und veranlasste eine Hausdurchsuchung. Eine Sprecherin der Nürnberger Initiative »Stoppt die Anti-Antifa« äußerte in einer Pressemitteilung hierzu: »Wir sind auf das Ermittlungsergebnis gespannt. Betonen möchten wir die Bedrohung, die von der Anti-Antifa als Struktur bzw. als Ideologie ausgeht.« Das Ermittlungsverfahren gegen Schmaus und andere Neonazis in Zusammenhang mit der »Anti-Antifa-Nürnberg« ist nach wie vor im Gange. Die Homepage, auf der sich die »Anti-Antifa Nürnberg« mit Veröffentlichungen personenbezogener Daten zu AntifaschistInnen und zahlreichen militanten Aktionen brüstete, ist dagegen Ende Juli 2008 aus dem Netz verschwunden. Von Erfolg gekrönt wurde damit die jahrelange Initiative von www.jugendschutz.net. Bemerkenswert ist die erfolgreiche Abschaltung der neonazistischen Homepage auch deswegen, weil diese mit Hilfe von Garry Lauck (NSDAP/AO) auf dem Webspace eines argentinischen Neonazi-Internet-Anbieters betrieben worden war. ■

Heßmarsch 2008 verboten

Das zuständige Landratsamt hat den geplanten neonazistischen »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« im August durch Wunsiedel auch in diesem Jahr verboten. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hat das Verbot bestätigt. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte mit seiner Entscheidung vom 25. Juni 2008 die Rechtmäßigkeit des Verbots eines Heßmarsches im Jahr 2005. Der Aufmarsch zu Ehren des Hitlerstellvertreters wurde in den Jahren 2001 bis 2004 erlaubt und unter Polizeischutz durchgeführt. »Bei aller Kritik an dem Vorgehen der Politik, die wieder einmal politischen Problemen allein mit der Verschärfung von Strafgesetzen begegnet, ist das Verbot ein Erfolg der jahrelangen Arbeit der antifaschistischen Bewegung«, so die Sprecherin der Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen!« Rieger war mit seiner Klage gegen das im Jahr 2005 erfolgte Verbot der Demonstration bereits vor dem Verwaltungsgericht gescheitert. Dieses Urteil war zunächst vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof bestätigt worden, der allerdings die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen hatte. Grundlage des Verbotes ist der 2005 geänderte Straftatbestand der Volksverhetzung. Die sich hier ergebenden auch verfassungsrechtlich schwierigen Fragen wurden nun erstmals vor dem höchsten Verwaltungsgericht Deutschlands nach umfassender Prüfung entschieden. Hiergegen kann sich Rieger nur noch mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht wenden. ■

Beinahe-Mord durch Neonazi

Seit einem Überfall des damals 19jährigen Neonazis Kevin Schnippkoweit auf ein Jugendcamp der Linkspartei erwartet diesen ein Strafverfahren wegen versuchtem Mord. Er hatte einer 13jährigen schlafenden Camperin durch Schläge auf den Kopf mit einem Spaten lebensbedrohliche Verletzungen zugefügt. Als Grund führt er selbst eine neonazistische Gesinnung an. Der 1989 geborene Schnippkoweit ist seit etwa 2005 in der Neonazi-Szene aktiv. Auf Grund seiner Kenntnisse bei der Videobearbeitung konnte er sich dort schnell etablieren. Nach der Festnahme durchsuchte die hessische Polizei dreizehn Wohnungen von Neonazis und beschlagnahmte Propagandamaterial und Waffen. »Deutscher – Du bist im Krieg!« – hatte Schnippkoweit schon zuvor bei dem extrem rechten Videoprojekt »Volksfront Medien« verkündet. Wahlkampf-, Propaganda- und Musik-Videos hatten die drei hinter dem Projekt stehenden Neonazis Christian Müller, Kevin Schnippkoweit und Philipp John regelmäßig im Internet veröffentlicht. Die Neonazis aus dem Umfeld eines extrem rechten Wohnprojekts im Kreis Wetterau (Hessen) hatten auch mit dem früheren NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll ihre Clips produziert. Alle drei entstammen dem Umfeld der Neonazigruppe »Freie Nationalisten Rhein-Main« und der »autonomen Nationalisten«, doch auch das NPD-nahe Tagesschau-Plagiat »Kritische Nachrichten der Woche« gehörte zu ihren Machwerken. Nach seinem Umzug 2007 von Hessen nach Jena (Thüringen) agierte er unter dem Titel »Media Pro Patria« weiter und fand kurzzeitig ein Zuhause im »Braunen Haus«, wo auch die örtliche Geschäftsstelle der NPD ist. Schnippkoweit selbst gehörte zu den aktionsorientierten Mitgliedern des Jenaer Stützpunktes der JN bzw. der personell weitgehend identischen Kameradschaft »Nationalen Widerstand Jena« (NWJ). Im April zog Schnippkoweit offenbar aus finanziellen Gründen zurück nach Butzbach. Media-Pro-Patria distanziert sich nach dem Überfall und schloss den inhaftierten Kameraden per veröffentlichter Erklärung aus »sämtlichen Arbeiten in regionalen Strukturen und auch in unserem Projekt« aus. ■





[1] Der Nürnberger Stadtrat Sebastian Schmaus auf einer Neonazi-Demonstration am 18. August 2007 in Gräfenberg

[2] Kevin Schnippkoweit auf einer Neonazi-Demonstration am 1. Mai 2008 in Nürnberg

Der Kampf gegen die »Feindpresse«

JournalistInnen die Neonaziaufmärsche dokumentieren, sind nicht nur Beschimpfungen ausgesetzt, sondern werden auch immer wieder bedroht und angegriffen. Mit den Übergriffen auf Pressevertreter bei einer Neonazi-Demonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg erreichte die Gewalt eine Dimension, die aufhorchen ließ. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen der gezielten Attacken.

1. Mai Hamburg

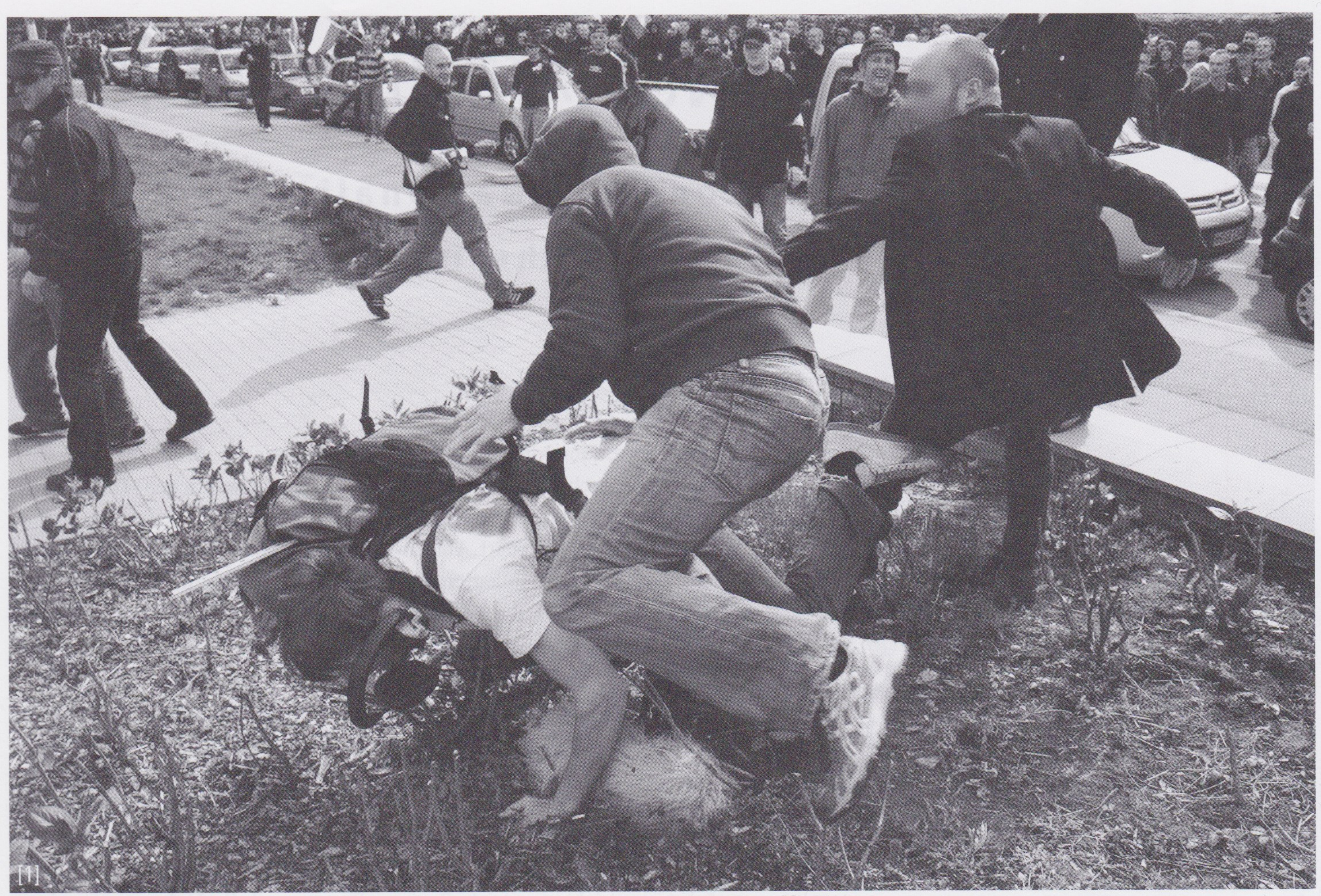
Während die ersten Neonazis am Treffpunkt eintreffen, steigen am Hamburger Himmel dicke Rauchschwaden eines brennenden Reifenlagers auf und mehrere 1.000 Menschen protestieren in den umliegenden Straßen. Viele Vertreter der Presse sind vor Ort um den Aufmarsch der Neonazis zu dokumentieren. Nachdem der Großteil der 1.000 Teilnehmer am Auftaktkundgebungsort eingetroffen ist, brüllt der Hamburger Neonazi Thomas Wulff seinen Kameraden per Megafon zu: »Wer uns zu nahe kommt, der wird unsere Gegenwehr spüren«. Das lässt sich eine beachtliche Zahl der Neonazis nicht zweimal sagen. Kurz bevor die Demonstration sich formiert, stürmt ein Mob aus dem Umfeld der »autonomen Nationalisten« eine brachliegende Fläche, von der aus mehrere Journalisten die Demonstration beobachten. Ein Fotograf wird von ihnen angegriffen und mit Steinen beworfen. Zudem entwenden die Angreifer seine Kameraausrüstung. Andere Fotografen fliehen über anliegende Bahngleise und werden von den Verfolgern mit Steinen und Flaschen beworfen. Nur wenige Minuten vorher wird ein Kamera-Team des ARD, welches zu diesem Zeitpunkt ein Interview mit dem Hamburger Neonazi Christian Worch führt, von Demonstrations-Teilnehmern unter Anwendung körperlicher Gewalt aus ihren Reihen gedrängt. Wenige hundert Meter nach Beginn des Aufmarsches wird ein weiterer Fotograf am Rande der Demonstration von mehreren Personen gezielt angegriffen und verletzt. Journalisten vor Ort sprechen von einer neuen Qualität der Aggressivität. Kameras und Zubehör im Wert von mehreren tausend Euro wurden zerstört.

Drohung und Einschüchterung

Bereits wenige Tage nach den Angriffen laufen in Videoportalen wie Youtube die ersten Filme, in denen sich die Neonazis mit ihren Aktionen brüsten. Es werden Fotos von Journalisten gezeigt mit dem Hinweis »Gesichter zum merken«. In einschlägigen Szeneinterneteforen feiern sie die Gewalt und rufen offen dazu auf: »Schlagt die Journaille, wo ihr sie trefft!«. In den letzten Jahren drohten Neonazis Journalisten immer wieder und veröffentlichten Namen und Adressen. Auch zu Übergriffen bei Recherchen kam es. So wurde die Journalistin Andrea Röpke bei einer Veranstaltung der »Heimattreuen deutschen Jugend« (HDJ) in Blankenfelde (Brandenburg) im November 2006 in Begleitung eines Fotografen angegriffen und geschlagen. Aus Sicherheitsgründen dokumentierten die beiden das Treffen aus scheinbar sicherer Entfernung, denn die Journalistin war bereits bei anderen Recherchen von Neonazis angegriffen worden. Trotz der Vorsichtsmaßnahme seien sie aber bemerkt worden, so Röpke. Drei Neonazis gingen zum Angriff über, Röpke und ihr Begleiter flüchteten in einen Supermarkt. Dort schubsten die Neonazis die Journalistin mehrmals zu Boden und schlugen ihr ins Gesicht. Auch der Kameramann wurde geschlagen und gewürgt. Nach der Tat habe es rund 45 Minuten gedauert, bis die Polizei eintraf, berichteten Röpke und ihr Begleiter gegenüber tagesschau.de.

Kein Ende der Gewalt

Zur Beerdigung des letzten Bundesvorsitzenden der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), Friedhelm Busse, auf dem Dorffriedhof St. Korona bei Passau ka-



men insgesamt 90 führende Köpfe der deutschen Neonaziszene. Thomas Wulff moderierte und ließ die Versammelten »Ich hatt' einen Kameraden« und das Staffellied der SS anstimmen, bevor er auf Busses Sarg eine Version der Reichskriegsflagge mit unübersehbarem Hakenkreuz ablegte. Zum Ende der Beerdigung formierten sich die anwesenden Neonazis in Zweier- und Dreierreihen zu einem Aufmarsch. Als der anwesende Journalist Robert Andreasch das Geschehen dokumentieren will, wird er von mehreren Teilnehmern angegriffen und zum Teil schwer verletzt. Die Angreifer brachen ihm zwei Rippen, fügten ihm Schürfwunden und Prellungen zu und zerstörten seine Kamera im Wert von etwa 500 Euro. Auch wegen des Zusammenwirkens von Unwille und Unfähigkeit bei der Polizei häufen sich in den vergangenen Monaten die Meldungen von schweren und gezielten Übergriffen auf PressevertreterInnen. So zogen am 21. Juni 2008 mehrere hundert Neonazis ungehindert durch die Dresdner Innenstadt, nachdem die Behörden den »Sachsentag« der NPD-Jugendorganisation JN kurzfristig untersagt hatten. Deutsche und tschechische Neonazis verprügelten den Fotografen Stanlislav Kruppar und zerstörten seine Kamera.

Ideologisch unterfütterte Gewalt

»Die Hetzjournalisten der liberalen Presse mit ihrer tendenziösen ›Berichterstattung‹ stehen gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes und für die globalen Interessen der Fremdbestimmung«, heißt es in den »Leitlinien Feindpresse«, herausgegeben in der Neonazi-Vierteljahresschrift »Volk in Bewegung«. Im Kampf gegen die »Nachrichtenagenten der Fremdbestimmung« sollen die Neonazis jede Zurückhaltung ablegen: »Wer die Gefahr der vierten Gewalt im Staat für das Fortbestehen des deutschen Volkes erkannt hat, und dagegen glaubt, nur mit halben Entschlüssen und Maßnahmen vorzugehen, ist feige und dumm. Die Mutigen wenden durchgreifende Radikalmittel an.« Nach jedem neuen Übergriff auf Journalisten feiern sich die Neonazis im Internet und benennen die nächsten möglichen Ziele. Sie feiern ihre Angriffe als Erfolge im Kampf gegen die verhasste »Judenpresse« und geben sich selbstbewusst. Die Berichterstattung wird nicht nur für antifaschistische FachjournalistInnen immer gefährlicher. Nichtsdestotrotz gehören Öffentlichkeitsarbeit und Recherche zu den Grundpfeilern antifaschistischer Arbeit. Dass die Bennenung neonazistischer Akteure und Strategien die Szene stört, bezeugt deren große Aggression. ■

[1] Ein Journalist wird am Rande der von NPD und »Freien Kameradschaften« organisierten 1. Mai-Demonstration in Hamburg angegriffen.

Nur »radical chic«?

Die »Autonomen Nationalisten« und die Ästhetisierung von Gewalt

Das Medienecho war gewaltig. Über Tage taten die Mainstreammedien ihre Verwunderung darüber kund, dass »autonome Neonazis« am Rande der diesjährigen Neonazi-Maidemonstration in Hamburg gegenüber Polizei und Journalisten unverhohlen gewalttätig auftraten.

In der antifaschistischen Linken hat die Debatte gerade erst begonnen. Eine Broschüre aus NRW begnügt sich mit dem Versuch, die antikapitalistische Phraseologie der »Autonomen Nationalisten« anzuprangern. Ansonsten kleiden die Autoren ihre Ratlosigkeit in die schlichte Formel, man selbst halte das Copyright für »Autonome«. Eine kritische Reflexion des eigenen kulturellen Habitus lässt der Text vermissen.

Die Debatte darüber, ob der kulturelle Code der »Autonomen« den Gewalthabitus des Männerbundes ästhetisiere, oder ein legitimer Ausdruck von Radikalität sei, findet sich bereits in den feministischen Kritiken des Schwarzen Blocks, als dieser noch ein genuines Ausdrucksmittel der radikalen Linken war. Das Erscheinungsbild nahezu jeder größeren antifaschistischen Demonstration wird von schwarz gekleideten, geschlechtslosen Wesen dominiert, deren Sozialraumverhalten ihre Aggressivität aussteuert. Von Interesse für die Kommunikation von Inhalten ist hier, was die Form des »Black Block« nach außen kommuniziert und ästhetisiert: Kampfgemeinschaft, Maskulinität und Gewalt. Dahinter tritt die intendierte politische Botschaft, nämlich die Negation gesellschaftlicher Zustände, und die Antizipation anderer Zustände, zurück. Betrachtet man den »Schwarzen Block« zunächst also nicht als soziale Bewegungsform politischer Subjektivität, sondern als Konzept der Kommunikation politischer Inhalte, gewinnt die Debatte um die »Autonomen Nationalisten« in der Linken eine neue Brisanz.

Im vergangenen Jahrzehnt übernahmen einige jugendkulturell geprägte neonazistische Gruppen sukzessive jene ikonographischen Formen, die bisher den linksradikalen Autonomen vorbehalten schienen (vgl. AIB Nr. 63 und 69). Die »Autonomen Nationalisten« suchen sämtliche popkulturellen Formen politischer Selbstdarstellung zu integrieren. Das Layout und die Textstilistik von Homepages, Flyern und Transparenten kopiert den Stil der Antifa bis ins Detail. Diese extrem rechte Aneignung von Textbausteinen wie »Kapitalismus zerschlagen« makuliert den Typus linker Agitationssprache zur Phrase, weil die Linke es nur schwer vermag, die Dialektik der eigenen Inhalte schlagwortartig zu transportieren. In der Debatte um das Phänomen der »AN« beruhigt man sich in der antifaschistischen Linken mit dem Argument, hinter diesen Enteignungen linker Codes stünde keine den linken Autonomen vergleichbare politische





[1]

[1] Neonazis der »Antifaschistischen Aktion Fürstenwalde« bei einem Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai 2004 in Berlin Lichtenberg.

Praxis. Vielmehr handle es sich bei den »AN« um »verkleidete Neonazis«. Dieses trifft zwar zweifelsohne zu, löst das Problem medial vermittelter gesellschaftlicher Stereotypen, wonach linke Gruppen ›gewalttätig‹ und ›nihilistisch‹ seien, aber nicht auf. Angesichts der Enteignungen durch eine Fraktion der extremen Rechten nur auf dem Copyright dessen zu beharren, was unter »autonom« zu verstehen sei, artikuliert in erster Linie die eigene politische Hilflosigkeit.

Die Kritik an der Inszenierung des »Black Block« als symbolische Kampfgemeinschaft von Aktivisten, deren politisches Selbstbewusstsein sich wesentlich über den militanten Aktionismus am Rande von Demonstrationen realisierte, ist immer noch aktuell. Da vielen Autonomen die kollektive militante Aktion als Kern des Politischen gilt, kommt es entgegen der propagierten Absicht zur Abkopplung des Vollzugs der Tat vom zu vermittelnden Inhalt. Wo jedoch die Aktion, sprich die Form des Politischen, Vorrang vor deren inhaltlicher Kontextualisierung genießt, nimmt es nicht Wunder, dass der Deutungskontext der »Propaganda der Tat« entweder diffus oder politisch umcodierbar, enteignenbar wird. Das Kennzeichen faschistischer Ideologie von George Sorel bis Armin Mohler besteht gerade darin, dass die Tat, die Aktion und die Form ihres Vollzugs das Zentrum bilden, in welchem reaktionäre Vergemeinschaftung an die Stelle kollektiver und individueller Emanzipation tritt.

Wer diesen Mechanismus der Verselbstständigung, der Aktion um der Aktion willen blockieren will, muss mit den geschlossenen Formen der Selbstinszenierung brechen und an deren Stelle Formen aktiver Teilhabe aller als Ausdrucksform von Radikalität ermöglichen.

»Entwendungen aus der Kommune«

Der dargestellte Vorgang der Enteignung von Symbolen, Ritualen und Formen ist keineswegs auf den subkulturellen Habitus der Autonomen beschränkt. Die sukzessive Enteignung jugendkultureller Stile durch die extreme Rechte zum Ende der 1990er Jahre verlief analog zu den jetzt zu beobachtenden Prozessen der Differenzierung der rechten Szene. Zunächst erweiterte eine kleine Gruppe von Neonazi-Aktivisten gegen interne Widerstände das Spektrum der jugendkulturellen Codes. Danach erkannten Kader die Vorteile einer erweiterten jugendkulturellen Integrationsfähigkeit der Szene. Die Formenteignungen der heutigen extremen Rechten haben ihr Vorbild in der Bewegungs- und Aufstiegsphase des Nationalsozialismus in Deutschland und der anderen europäischen Faschismen.

Der Philosoph Ernst Bloch brachte seine Beobachtungen der Enteignung der sozialen Interaktions- und Kommunikationsformen der alten Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus auf den Begriff der »Entwendungen aus der Kommune.« Bloch analysiert, wie die Formübernahme (Lieder, Aufmärsche, Agitationsveranstaltungen, Sprache der Propaganda und soziale Praxis im Stadtteil) durch den Nationalsozialismus nach und nach einer Mehrheit der Arbeiter eine Annäherung an die faschistische Utopie der Volksgemeinschaft ermöglichte, ohne ihren kulturellen Code ändern zu müssen. Dabei hebt Bloch die Enteignung der sozialen Praxen der Arbeiterbewegung durch den Faschismus in erster Linie im vorpolitischen Raum hervor. Die Melodien jener linken Gesänge, die einen Marschrhythmus aufwiesen, wurden in das Gesangbuch der SA übernommen, da ihr Rhythmus als bekannt vorausgesetzt werden konnte und zudem eingängig war. Allerdings erfuhren die Texte eine fundamentale inhaltliche Änderung. An die Stelle der antizipierten Befreiung der Arbeiter trat nun die eschatologische Naherwartung einer nationalen Revolution.

Die Auftritte der »Autonomen Nationalisten« bieten Anlass, die eigene politische Praxis zu hinterfragen und selbstbewusst jene Formen politischer Kommunikation zu bannen, die nurmehr leere Form und hohle Phrase sind.

Die Suche nach einer adäquaten Bilder- und Formensprache, die einerseits Ausdruck der kollektiven Suche nach Emanzipation ist, andererseits jedoch den Ballast reaktionärer Vergemeinschaftungsangebote hinter sich lässt, ist eine Herausforderung für einen linken Kulturbegriff. Daher gilt es eine Formensprache zu finden, die von ihrem Inhalt nicht abkoppelbar, und somit auch nicht von rechts zu enteignen ist. ■

Die Gewalt der SA

in den Jahren 1925 bis 1933 als konstitutiver Bestandteil der Strategie der NSDAP im »Kampf um die Macht«

Der Historiker Oliver Reschke, Jahrgang 1970, forschte zum Widerstand gegen das NS-Regime und zur Lokalgeschichte der NSDAP in Berlin.

Demnächst erscheint sein Buch: »Der Kampf um die Macht in einem Berliner Arbeiterbezirk. Nationalsozialisten am Prenzlauer Berg 1925–1933« im trafo Verlag.

Ziel der NSDAP war nichts weniger als in Deutschland die Macht zu erobern, um damit das »Weimarer System« abzuschaffen. Bei der Durchsetzung dieses Zieles war für die Nazis die bewusste und gezielte Anwendung von Gewalt ein probates Mittel.

Von Oliver Reschke M. A.

So hatte der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung bereits 1928 betont, daß bei den Nationalsozialisten der Terror von Anfang an zur Strategie gehörte. Für den Nationalsozialisten, also in erster Linie für den SA-Mann, galt: »Wir prügeln uns groß.«[1] Regelrecht inszenierte Schlägereien bei Saal- und Straßenschlachten waren bis zu einem gewissen Grade Propagandamittel. Durch diese Straftaten und die unermüdliche Agitation wurde für öffentliches Aufsehen gesorgt, sollte der politische Gegner eingeschüchtert werden und wurden andere völkische Gruppen innerhalb der rechtsradikalen Bewegung mehr und mehr an die Wand gedrückt.[2] Im Laufe der Zeit entwickelten und verfeinerten die Nazis spezifische Methoden der Gewaltanwendung.

Da das Beherrschen der Straße als »Ort der Kommunikation und der symbolischen Machtdemonstration«[3] für die Nazis im »Kampf um die Macht« von zentraler Bedeutung war, wurde von ihnen eine Art Dauerpräsenz der NS-Bewegung auf den Straßen Deutschlands durch Propagandamärsche, welche bevorzugt durch Arbeitergegenden führten, angestrebt. Die Methode der symbolischen Eroberung der Straße sollte ab 1926 unter Goebbels im so genannten »Kampf um Berlin« ihre Vervollkommnung finden. Goebbels ließ Propagandamärsche der SA durch die »rotesten« Stadtteile durchführen, bei denen Zusammenstöße mit politischen Gegnern einkalkuliert waren. Verwundete SA-Männer wurden, wohl auf die Wirkung bedacht, in der Marschformation in vorderster Reihe positioniert.[4]

Bei der Bezeichnung dieser SA-Märsche ist auf eine begriffliche Nuancierung beim Hamburger Historiker Thomas Krause hinzuweisen, der nicht von »Propagandamärschen« der SA in den Arbeitervierteln, sondern von »Provokationsmärschen« spricht. Sie dienten, seiner Ansicht nach, weniger dazu proletarische Schichten zu gewinnen, sondern vielmehr dazu diese einzuschüchtern, um sich den kleinbürgerlichen Schichten, die oft unter ihrer »roten« Umgebung litten, als »Bezwinger des Marxismus« zu empfehlen und sie zu ermuntern, sich den Nationalsozialisten anzuschließen.[5] Der Berliner Stadthistoriker Thomas Friedrich streicht in diesem Zusammenhang die nur für die SA spezifische provokatorische Funktion der Propagandamärsche im Unterschied zu allen anderen paramilitärischen Verbänden der Weimarer Republik heraus.[6]

Eine weitere Methode, welche von Goebbels »im Kampf um Berlin« perfektioniert wurde, waren »Diskussionsveranstaltungen«, die bald in ritualisierter Form und nach einem regelrechten Schema abliefen: Als Veranstaltungsort wurde meist ein traditionell von



1| Bundesarchiv Berlin (BArch), R 1507 Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern, Nr. 51, fol. 95, 130.

2| Ebd.; Sauer, Bernhard, Goebbels »Rabauken«. Zur Geschichte der SA in Berlin und Brandenburg, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 2006, S. 113 (Sauer).

3| So Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische An-



der politischen Linken genutzter Saal gewählt. Hier wurde der politische Gegner bewusst – durch Thema des Vortrages oder die Ausführungen des Redners, meist Goebbels selbst – provoziert, um Gegenreaktionen hervorzurufen. Diese wiederum dienten der SA als Vorwand, um gegen die »Unruhestifter« vorzugehen. Durch derart provozierte Saalschlachten sorgten die Berliner Nazis dauerhaft für Schlagzeilen in der Presse.[7]

Sturmlokale

Während die ersten beiden Methoden nur für eine kurzzeitige Besetzung eines an sich von »Linken« beanspruchten Ortes geeignet waren – eben eine symbolische Eroberung –, erlangte im Kampf um die Vorherrschaft in den Arbeitervierteln der Besitz von festen Stützpunkten eine immer zentralere Bedeutung, da sie die strategische Funktion eines vorgeschobenen Kampfpostens erfüllten. Sobald der traditionelle Milieuzusammenhalt in den proletarischen Kiezen durch das gewalttätige Eindringen der SA-Stürme destabilisiert worden war, erfolgte deshalb die Errichtung von SA-Stützpunkten, die zu einem wichtigen Bezugspunkt für die SA-Männer wurden. Im Zuge dieser Ausbreitung des Nationalsozialismus entwickelte sich der Typ des »Sturmlokals«. Die ausgeprägteste »Sturmlokal-Szene« bildete sich ab 1928 in Berlin heraus.[8] Die Nationalsozialisten bemühten sich in den Arbeiterbezirken um Unterstützung der Gewerbetreibenden und gingen oft gezielt auf die Gastwirte zu. Da die SA den, oftmals rein geschäftsmäßig motivierten, Wirten einen größeren Umsatz garantieren konnte als die kommunistische Kundschaft, die gerade in der allgemeinen Krise zum wirtschaftlich schwächsten Teil der Arbeiterschaft gehörte, kam es nicht selten vor, dass ein Wirt die Flagge wechselte. So handelte es sich bei etlichen neuen SA-Lokalen um ehemalige KPD-Verkehrslokale. Da sich die sozialistische Stammkundschaft vielfach allerdings nicht so ohne weiteres aus ihrer Stammkneipe vertreiben ließ und die Sturmlokale ihrerseits zum Ausgangspunkt für das weitere Vordringen in die Umgebung wurden, entbrannte in den betreffenden Berliner Kiezen ein zäher Kleinkrieg von Lokal zu Lokal.[9]

Neben den Sturmlokalen begann die NSDAP ab 1931 SA-Heime einzurichten, in denen überwiegend junge erwerbslose SA-Leute für einen geringen Obolus untergebracht wurden. Außer einem Schlafplatz in diesen Heimen bot man den SA-Leuten noch weitere handfeste Unterstützung, so etwa warmes Essen in den Wohlfahrtsküchen, aber auch eine eigene Arbeitsvermittlung und eine Versicherung für verletzte SA-Leute (später in die allgemeine »NSDAP-Hilfskasse« überführt). Dadurch wurden die SA-Leute an die Bewegung gebunden und fühlten sich der NSDAP gegenüber verpflichtet. Somit erfüllten die SA-Heime, nach Peter Longerich, eine »Doppelfunktion«: »Sie waren zum einen Anziehungspunkt für arbeitslose Jugendliche und junge Männer, die kein Zuhause hatten; gleichzeitig wurden diese hier zu einer permanent einsatzbereiten Alarmtruppe formiert. ... in der geschlossenen Gesellschaft dieser Heime dürfte vor allem die hohe Gewaltbereitschaft der SA gezüchtet worden sein.«[10]

In den Meldungen der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern aus dem Jahre 1932 wurde

griff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998, S. 375 (Schmiechen-Ackermann).

4| Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925–1933, in: Wolfgang J. Mommsen/Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 430 (Merkl). Der von Goebbels entwickelte Politikstil wurde schließlich zum Vorbild für die gesamte NS-Bewegung. Sauer, S. 107.

5| Thomas Krause, Hamburg wird braun. Der Aufstieg der NSDAP 1921-1933, Hamburg 1987, S. 80/81, 106, 141.

6| Thomas Friedrich, Die missbrauchte Hauptstadt. Hitler und Berlin, Berlin 2007, S. 357 (Friedrich). Zum einschüchternden Aspekt der SA-Märsche vgl. ebd. S. 353/354.

7| Sauer, S. 114, 151 (Anm. 80).

8| Julius K. v. Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München/Berlin 1937, S. 84/85.

9| Zum Sturmlokal als vorgeschobenem Stützpunkt im gewaltsamen Straßenkampf siehe Schmiechen-Ackermann, S. 374–382.

10| Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Mün-

➔

→ folgendes über die SA-Heime berichtet: »Mit Zuspitzung der innerpolitischen Lage ist die NSDAP vielerorts dazu übergegangen, neben den bereits früher bestehenden ›Verkehrslokalen‹ der SA besondere Stützpunkte, sogenannte ›SA-Heime‹ zu schaffen. In kasernenmäßig mit Betten, Spinden und Kochgelegenheit ausgestatteten und durch Posten gesicherten Räumen werden eine größere Anzahl (in einzelnen Fällen bis zu 50) erwerbslose SA-Leute untergebracht. Parteiamtlich als soziale Einrichtung getarnt, stellen diese ›Kasernen‹ einen weiteren Schritt in der Militarisierung der SA dar. Ihr taktischer Zweck ist die ständige Abrufbereitschaft von Kräften. In Berlin sollen im September 1931 107 derartige Stützpunkte bestanden haben.«[11]

Symbolischer Kampf

Aus den bisherigen Ausführungen geht hervor, daß die Gewalt der SA also nicht primär gegen die staatlichen Ordnungskräfte gerichtet war. »Zwar kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, dies aber stets im Zusammenhang mit polizeilichen Einsätzen bei Straßen- oder Saalschlachten. Nie griff die SA Polizisten oder Polizeireviere als Repräsentanten der Staatsgewalt direkt an. ... Die ostentative Gewalt der SA ... richtete sich zu allererst gegen die organisierte Arbeiterbewegung.«, betont daher Martin Schuster.[12] Dem aufmerksamen Leser dürfte an dieser Stelle ein Widerspruch auffallen. Ging es den Nazis nicht um die Eroberung der Staatsgewalt? Warum terrorisierten sie dann permanent die organisierte Arbeiterbewegung und griffen nicht die staatlichen Organe an? Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Peter H. Merkl, aus dessen Feder einige Standardwerke über die Nazis vor 1933 stammen[13], spricht hier von einem Kampf der Nazis gegen einen »Ersatzfeind«. Die Nazis hätten demnach einfach so getan, als ob die »Marxisten« in ganz Deutschland die Macht ergriffen hätten und führten gegen diese nun einen »symbolischen Kampf«. So heißt es an einer Stelle in seinem Aufsatz: »Die Aggression zielte jedoch ausschließlich auf den Ersatzfeind, dessen ›marxistischen Terror‹ man gewaltsam brechen wollte, indem man die Kommunisten angriff, die jedoch selber nicht an der Macht waren und sogar genauso – oder noch mehr – unter polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen zu leiden hatten wie die SA.«[14]





Dieser »symbolische Kampf« war keineswegs eine Fehlleistung sondern Bestandteil einer ausgeklügelten Strategie und er erfüllte seine Propagandafunktion. Seit 1929 bekam die SA einen ungeheuren Zulauf. Zur sozialen Zusammensetzung der Bevölkerungsschichten, die sich von der SA angezogen fühlten, schreibt Merkl: »Ihre Handgreiflichkeiten gegenüber Kommunisten und manchmal auch Reichsbannerleuten waren eindrucksvolle Taten in den Augen des deutschen Bürgertums und der konservativen Rechten und gewannen der Bewegung einen endlosen Strom neuer Zuläufer aus dem bürgerlichen Lager, ebenso wie von nichtsozialistischen Arbeitern, Handwerkern und Angestellten.«[15] Durch diesen enormen Massenzulauf zur SA sahen sich die Nationalsozialisten ab Ende 1929 in der Lage den »Kampf um die Macht« permanent in den Arbeiterbezirken auszufechten.

Die fortwährenden politischen Zusammenstöße schürten zunehmend die Angst in der Bevölkerung. Der Fachautor Henning Köhler formuliert überspitzt: »Schlagzeilen machten die Überfälle und Schießereien in den ›roten‹ Bezirken mit den Kommunisten, während daran unbeteiligte Wähler der Partei NSDAP in den anderen [v.a. südwestlich-gutbürgerlichen] Stadtteilen davon in der Morgenzeitung Kenntnis nahmen.«[16] Der Ruf des Bürgertums und Kleinbürgertums nach einem starken Mann wurde laut. Da sich die Auseinandersetzungen fast ausschließlich in den Arbeiterbezirken abspielten, wurden einseitig in den Arbeitern bzw. der KPD die Schuldigen gesehen. Die Nationalsozialisten spielten sich als die einzige Kraft auf, die den »Marxismus« niederringen und wieder Ruhe und Ordnung schaffen könnte, obwohl viele Saal- und Straßenschlachten durch sie selbst provoziert wurden.

chen 1989, S. 128/130. Zu den SA-Unterkünften vgl. ferner Schmiechen-Ackermann, S. 378–380 und Sauer, S. 119.
11| Barch, R 1507, Nr. 59, fol. 80/81. Vgl. auch Reiner Zilkenat, Die SA – Bürgerkriegsarmee und Massenorganisation des deutschen Faschismus, in: Rundbrief, Hrsg. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, 4/2004, S. 30.
12| Martin Schuster, Die SA in der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Berlin und Brandenburg 1926–1934, phil. Diss. Technische Universität Berlin 2005, S. 225 (Schuster).
13| An dieser Stelle sei stellvertretend auf das Werk: The Making of a Stormtrooper, Princeton 1980, verwiesen.
14| Merkl, S. 432, vgl. auch ebd. S. 430–432.
15| Ebd., S. 430.
16| Henning Köhler, Berlin in der Weimarer Republik (1918–1932), in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Geschichte Berlins, Bd. 2. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, 2. Aufl., München 1988, S. 913.
17| Vgl. dazu u.a. bei Sauer, S. 116, 122, 127.
18| Vgl. dazu bei Martin Broszat/Norbert Frei (Hrsg.), Das Dritte Reich im Überblick, 4. Aufl., München 1995, S. 188.
19| Im Hochverratsprozess vor dem Leipziger Reichsgericht gegen drei Ulmer Reichswehroffiziere wegen NS-Zellenbildung in der Reichswehr wurde Hitler als Zeuge vernommen und beteuerte, nur mit legalen Mitteln an die Macht gelangen zu wollen. Die Justiz vertraute Hitlers Aussagen, der auf Beschluss des Gerichts sogar vereidigt



Gesetzestreue und Putschpläne

Parallel zu der v.a. von Goebbels praktizierten Linie der öffentlichen Provokation und hemmungslosen Agitation betrieb Hitler den so genannten »Legalitätskurs«.[17] So beteiligte sich die NSDAP im Sommer 1929 neben der DNVP und dem Stahlhelm am Reichsausschuss für das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Dadurch wurden bisherige konservative und liberale Wähler auf die NSDAP aufmerksam.[18] Der »Legalitätseid« Hitlers am 25. September 1930 in Leipzig[19] und die Zusammenarbeit mit DNVP und Stahlhelm in der »Nationalen Opposition«, nach einer Tagung in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931 »Harzburger Front«[20] genannt, machten die NSDAP zunehmend »salonfähig« in konservativ-nationalen bürgerlichen Kreisen. Man denke schließlich an das Ränkespiel um den greisen Reichspräsidenten Hindenburg der Jahre 1932 und 1933, in denen die Machtübergabe an Hitler angebahnt wurde. Hinzu kommt noch, daß die SA von ehemaligen Offizieren der Reichswehr aufgebaut, ausgebildet und teilweise mit Waffen versorgt wurde.[21] Auch gab es permanente Kontakte der SA-Führung zu »Herren des Reichswehrministeriums«.[22]

Den Höhepunkt dieser perfiden Strategie bildete das sogenannte »Dreimal 24 Stunden«-Szenario (was soviel bedeutete wie »drei Tage Straße frei für die SA«), welches von der NSDAP- und SA-Führung bereits im Frühjahr 1932 entwickelt worden war. Im Jahre 1932 war die SA mehrmals in Alarmbereitschaft versetzt worden. Aber nicht etwa, um gegen die Staatsgewalt zu putschen, sondern um im Falle einer eventuellen Regierungsübernahme (man denke an die Wahlerfolge der Nazis und die Verhandlungen Hitlers mit Hindenburg) gegen einen erwarteten Aufstand linker bzw. republikanischer Kräfte einschreiten zu können. Für diesen Fall war besagtes Szenario vorgesehen. Grundvoraussetzung für dessen Inkrafttreten war demnach, daß sich entscheidende Schlüsselpositionen der Macht (v.a. das preußische Innenministerium) schon in den Händen der Nazis befunden hätten müssen. Dann wäre in etwa folgendes Szenario abgerollt: Als Zeichen der Machtergreifung sollten vorher um Berlin stationierte SA-Einheiten mit Pomp und Trara in die Stadt einmarschieren. Die staatlichen Ordnungskräfte wären vorher vom zuständigen Nazi zurückgezogen worden. Die SA- und SS-Einheiten hätten, die sicherheitspolizeilichen Aufgaben übernehmend, mit der »Säuberung« der Straßen begonnen. Die erwartete Gegenwehr aus der Arbeiterschaft wäre dann von der gut vorbereiteten und seit Februar 1932 mit Waffen ausgestatteten SA rücksichtslos niedergekämpft worden. Nach Ablauf der drei Tage wäre im vorher besetzten Rundfunk verkündet worden, ein »bolschewistischer Aufruhr« wäre durch die SA niedergeschlagen worden. Dies wäre der Auftakt zur totalen Machtergreifung gewesen. Der »Bürger« wäre beruhigt gewesen und hätte im Nachhinein die SA als »gar nicht so schlimm« empfunden.[23] Sind Ähnlichkeiten mit dem Szenario, welches sich ein Jahr später nach dem Reichstagsbrand tatsächlich abspielte, nur Zufall? ■

wurde, obwohl gegen ihn ein Verfahren schwebte, mehr als einer Denkschrift des Reichsministeriums des Innern, dem zuständigen Staatssekretär und den mit der Problematik befassten Ministerialräten, die das »hochverräterische Unternehmen« der NSDAP eindeutig bewiesen hatten. Renate Berger, Schwarze Roben und brauner Geist – Begegnungen im Leipziger Reichsgericht 1930, in: Antisemitismus und Demokratiefeindschaft in Deutschland im 20. Jahrhundert. Festschrift zum 60. Geburtstag von Dr. Horst Helas, Hrsg. AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Berlin 2007, S. 43–47.

20| Neben dem extrem reaktionären Reichs-Landbund und dem Alldeutschen Verband nahmen auch Vertreter der Industrie, des Großgrundbesitzes und des Militärs teil.

21| In diesem Zusammenhang sei auch auf die »Schwarze Reichswehr« verwiesen. Vgl. zu diesem Themenkomplex stellvertretend Sauer, S. 107–110.

22| Vgl. dazu Schuster, S. 224.

23| Friedrich, S. 404–407, vgl. ebd. S. 382, 386, 389, 395/396, 399; Schuster, S. 222–225; Sauer, S. 135, 161 (Anm. 206).

(Keine) Gewöhnung an Ausgrenzung und Terror

Jeden Tag kommt es in Deutschland im statistischen Durchschnitt zu mindestens drei Gewalttaten mit politisch rechtem oder rassistischem Hintergrund. Dabei muss von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. So geht das Bundesinnenministerium für das Jahr 2007 lediglich von insgesamt 1054 so genannten »PMK-Rechts«-Gewalttaten[1] aus, während die Beratungsprojekte für Opfer rechter Gewalt alleine in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt für den gleichen Zeitraum mindestens 861 Fälle registriert haben.

Heike Kleffner

Heike Kleffner ist Journalistin und leitet die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt

In den Statistiken der Opferberatungsprojekte wird deutlich, dass zumindest in den neuen Bundesländern und in Berlin nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene die größte Gruppe von Betroffenen rechter Angriffe sind. Die zweitgrößte Gruppe sind diejenigen, die aus rassistischen Gründen angegriffen werden. Eine weitere große Opfergruppe sind Obdachlose und sozial Randständige: hier muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden.

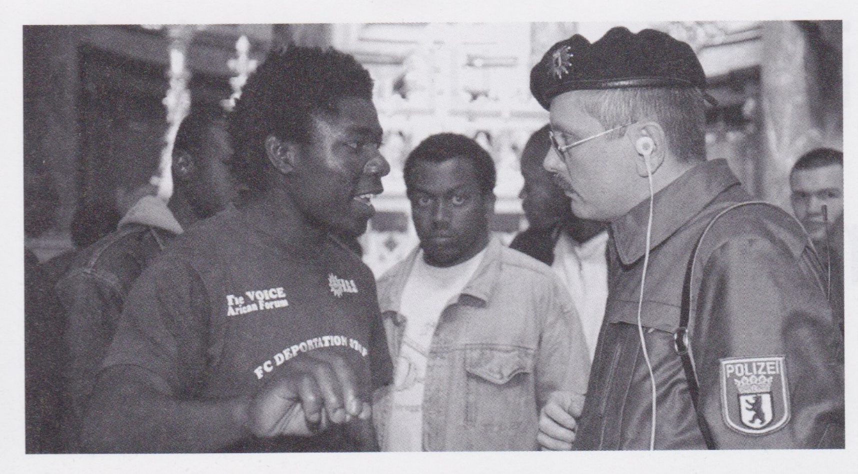
Seit Beginn der ersten Hochphase rechtsextremer Mobilisierungen in den frühen 1990er Jahren sind nach sehr konservativen Schätzungen in den vergangenen achtzehn Jahren mindestens 130 Menschen durch Neonazi-Gewalttaten zu Tode gekommen. Mindestens 15.000 Menschen sind darüber hinaus angegriffen und teilweise bleibend verletzt worden. Geht man davon aus, dass es sich bei vielen Angriffen um Fälle mit mehreren Opfern sowie indirekt Betroffenen wie beispielsweise Familienangehörige und ZeugInnen handelt, steigt die Zahl der direkt und indirekt von rechter Gewalt Betroffenen noch einmal erheblich an. Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt hat sehr unterschiedliche Folgen: für die unmittelbar Betroffenen und deren Angehörige und FreundInnen, für die potenziellen Opfer-Communities und für das politische und gesellschaftliche Klima in den jeweiligen »Tatorten«.

Stressreaktionen sind normal

Die Konsequenzen eines rechten Angriffs sind für einzelnen Betroffenen sehr unterschiedlich und hängen keineswegs immer und ausschließlich von der Schwere der erlittenen Verletzungen ab. Dennoch lassen sich einige Verallgemeinerungen treffen. Zumindest in der ersten Zeit nach einem Angriff haben viele Opfer Alpträume oder Konzentrationsprobleme und fühlen sich unsicher. Einige haben Panikattacken, wenn sie an den Ort des Angriffs kommen oder Rechte auf der Straße sehen. Wichtig ist es daher, mit den Ängsten und Sorgen nicht alleine dazustehen. Wenn Stressreaktionen nach einigen Wochen nicht weniger werden, ist es sinnvoll, sich professionellen Rat und Unterstützung zu holen, denn auch die unsichtbaren, psychischen Folgen eines Angriffs müssen heilen. Wenn Betroffene während des Angriffs keine Unterstützung durch ZeugInnen wie beispielsweise PassantInnen erhalten haben, ist es für sie schwerer, die erlebte Gewalt zu verarbeiten: weil sie sich dadurch, dass andere tatenlos zugesehen haben, im Stich gelassen und doppelt erniedrigt fühlen. Andererseits berichten Betroffene auch nach schwersten Angriffen, dass es für sie einen großen Unterschied gemacht hat, wenn es zum Beispiel jemanden gab, der oder die den Notruf verständigt hat oder sich freiwillig als ZeugIn gemeldet hat. Kurzum: Jede Form des Eingreifens hilft.

Die Betroffenen unterstützen

Je mehr Unterstützung Betroffene nach einem Angriff erhalten, desto größer sind die Chancen, dass es ihnen gelingt, die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen.



Wichtig ist vor allem, die Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen zu respektieren. Darüber hinaus sind die Unterstützungsmöglichkeiten vielfältig: Wenn jemand auf dem Schulweg angegriffen wurde, kann es hilfreich sein, die betroffene Person eine Zeitlang zu begleiten, an der Schule Flyer zu verteilen oder einen Infoabend zu organisieren. Wenn Neonazis eine Wohnung von Punks angegriffen haben, kann es helfen, eine Ausweichwohnung zu besorgen und anzubieten, bei Verhandlungen mit den Vermietern mitzugehen. Wenn Rassisten einen Flüchtling zusammengeschlagen haben, kann es wichtig sein, ihn zum Arzt und zu diversen Behörden zu begleiten, damit er oder sie eine angemessene medizinische Behandlung erhält. Je mehr der Angriff in den Alltag eingreift – weil er vor der eigenen Haustür stattfand; weil sich der Angriff in einem kleinen Ort ereignet hat, wo die Gefahr, den Angreifern erneut zu begegnen hoch ist, oder weil wegen der Residenzpflicht der Ort des Angriffs nicht verlassen werden kann – desto größer ist die Erschütterung des eigenen Sicherheitsgefühls und die Notwendigkeit der Unterstützung. Das betrifft auch nachfolgende Strafverfahren und Prozesse gegen die Täter, den Umgang mit Öffentlichkeit und Kommunalpolitik.

Nie alleine zu Polizei und Justiz

Grundsätzlich stehen die Betroffenen eines rechten Angriffs vor der Entscheidung, ob sie Strafanzeigen und Strafantrag gegen die Täter stellen wollen. Je nach individueller Situation gibt es viele Gründe dafür und dagegen. Hat man sich dafür entschieden – oder die Ermittlungen laufen ohnehin, weil es sich um so genannte Offizialdelikte handelt – sollte man sich auch zu einer Nebenklage entscheiden, damit man mit einem eigenen Anwalt des Vertrauens die Ermittlungen und einen eventuellen Prozess begleiten kann – und so der Justiz nicht ohnmächtig ausgeliefert ist. Niemand sollte allerdings alleine und ohne Rücksprache mit FreundInnen oder AnwältInnen zu Polizei und Justiz gehen.

Gemeint ist die gesamte Gruppe

Rechte Gewalt zielt in den meisten Fällen nicht alleine gegen das unmittelbare Opfer: Der oder die einzelne wird stellvertretend für eine Gruppe, eine Community angegriffen. Die rassistischen Gewalttaten und Brandanschläge der frühen 1990er Jahren, die andauernde Alltagsdiskriminierung in allen Lebensbereichen und das hohe Risiko, Opfer eines rassistischen Angriffs zu werden, haben dazu geführt, dass heute in den neuen Bundesländern statistisch weniger MigrantInnen und Flüchtlinge als Mitte der 1990er Jahre leben: in den meisten neuen Bundesländern ist ihr Bevölkerungsanteil unter 2 Prozent gesunken. Potenzielle Opfer-Communities erleben rechte Gewalt oft als Zuspitzung alltäglicher Ausgrenzungserfahrungen. Dazu kommt, dass viele sich von Sicherheitsbehörden und Justiz nicht ernst genommen fühlen; manchmal wird ihnen auch eine Mitschuld an dem Angriff unterstellt. In der Konsequenz bedeutet das für die einzelnen Opfer vor allem in ländlichen Regionen häufig, dass sie schnellstmöglich versuchen, in größere Städte umzuziehen. Andererseits gibt es aus den betroffenen Communities auch viele Ansätze, sich zu wehren und selbst zu organisieren: Viele lokale Schülerinitiativen gegen Neonazis sind nach rechten und rassistischen Angriffen entstanden.

(Keine) Gewöhnung an Ausgrenzung und Terror

In vielen ländlichen Regionen ist der Terror und die Ausgrenzung gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, längst Normalität geworden. Die Gewöhnung daran, die Ignoranz und das permanente Leugnen und Verharmlosen von Seiten kommunaler Eliten und Wortführer vergrößern die Spielräume für die extreme Rechte: So ist sie in einigen Regionen – beispielsweise Mecklenburg-Vorpommerns – inzwischen nicht einmal mehr auf Gewalt angewiesen, um ihren Einfluss in kleineren Orten und Gemeinden auszubauen. Dort, wo es gelungen ist, diese Entwicklung aufzuhalten oder nicht zuzulassen, gab es häufig öffentliche Solidarisierungsaktionen mit den Opfern rechter Gewalt. ■

1| PMK – Politisch motivierte Kriminalität

»Nichts ist unmöglich, wenn Männer wollen.«[1]

Rechtsextreme haben ein Geschlecht. So simpel diese Aussage auch klingen mag – so unbeachtet ist sie in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Wenn die Kategorie Geschlecht überhaupt thematisiert wird, dann nur, wenn es um Funktionen und Karrieren von Frauen und Mädchen innerhalb extrem rechter Strukturen geht. Die Kategorie Männlichkeit bleibt außen vor und männliches Handeln geschlechtlich unmarkiert. Dies bildet eine große Leerstelle, stellt Männlichkeit doch einen zentralen Bestandteil extrem rechter Programmatik, Agitation und Mobilisierung dar.

Markus Stieger

Obwohl der Männerüberhang im bundesdeutschen Rechtsextremismus evident ist, Kameradschaften als Männerbünde par excellence gelten und statistisch gesehen jährlich mehr als 90 Prozent extrem rechter Gewalttaten von Männern begangen werden, gibt es bisher kaum Versuche den Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Männlichkeit zu ergründen. Nur vereinzelt wurde in den letzten fünfzehn Jahren der Versuch unternommen, die Frage zu klären, weshalb insbesondere junge Männer in hohem Maße anfällig für extrem rechtes Gedankengut sind und dies gewalttätig ausleben. Der Soziologe Dietmar Loch etwa sieht eine Krise des »industrial man« in der postindustriellen Gesellschaft, dem »der rechtsradikale Diskurs (...) männliche Bezugspunkte, Vaterfiguren und Autorität« offeriert. So »wird die Rechtsradikalismusforschung zum Bestandteil einer modernen Männerforschung« konstatiert er, doch dieses Phänomen sei bisher »wenig erforscht«.

Der Professor für soziale Arbeit Kurt Möller problematisierte hohe Gewalttätigkeit als Kompensation »althergebrachter Männlichkeitsmuster« gegenüber geschlechtsspezifischen Individualisierungsverlusten. »Das prämoderne Männlichkeitsbild rechter Ideologie mit seiner Lobpreisung von Werten wie (Körper-)Kraft, Schmerzresistenz, rücksichtsloser Opferbereitschaft für eine als richtig erachtete Idee und Soldatentum bietet entsprechende Vorbilder zuhauf.« Weiterhin fokussiert er strukturelle Zusammenhänge, da »Kernelemente von Rechtsextremismus, Ungleichheitsideologien bzw. -mentalitäten und personale Gewaltakzeptanz, in bestimmter Weise auch die gesellschaftlich dominierende Form des Geschlechterverhältnisses durchziehen«.

Dementsprechend irreführend ist es, eine isolierte Form extrem rechter Männlichkeit herauszuarbeiten. Vielmehr müssen die Wechselwirkungen zweier Gewaltverhältnisse analysiert werden, um Männlichkeit in einem bestimmten Umfeld – hier dem Rechtsextremismus – zu verstehen. Denn Zugang zu materiellen Ressourcen und physischer Gewalt, Dominanz über Frauen, das Innehaben einer strukturellen Machtposition sind Elemente, die allen Männlichkeiten inhärent sind, sie konstituieren.

Das Thema Männlichkeit scheint in extrem rechten Kreisen selbst (und nicht nur dort) tabuisiert zu sein. Sprechen über die eigene Männlichkeit wirkt merkwürdig. Es kratzt am unausgesprochenen Normalzustand, an der unantastbaren Arbeitsgrundlage. Und dennoch enthalten Aufrufe, Zeitungen, Homepages, Interviews und Songtexte einschlägiger Bands so einiges an Vorstellungen, was die eigene Männlichkeit betrifft. Vielmehr noch: die Bedrohung der eigenen Männlichkeit. Im Folgenden seien Themen aufgeführt, anhand derer Männlichkeit konstruiert wird.

Die »fluktuierende Massengesellschaft« Kastration im Namen des Liberalismus

Dem Begriff der Volksgemeinschaft ist eine dichotome Geschlechterordnung immanent, die einer klassisch bürgerlichen Sphärentrennung folgt: Er ist arbeitender Familienernährer in der Öffentlichkeit. Sie leistet Reproduktionsarbeit zum Erhalt des Volkes. Ausgehend vom »natürlich biologische(n) Geschlecht« bildet die Legitimierung der traditionellen Geschlech-

1| Märkischer Heimatschutz, »Eine Ära geht zu Ende!«, 6. November 2006



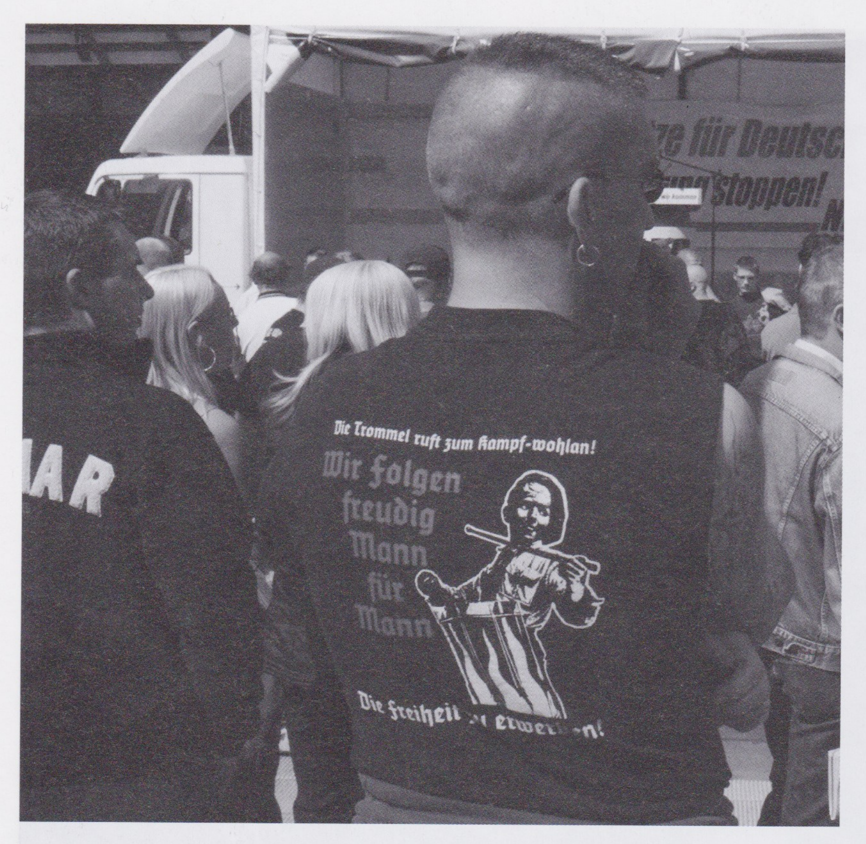
terhierarchie den Fixpunkt neonazistischer Geschlechterpolitik. Denn mit gängigen Männlich- und Weiblichkeitsbildern stehen nicht nur traditionelle Geschlechterrollen zur Disposition, sondern drohe die »Zerstörung der Grundlagen menschlichen Lebens«. Hauptfeind ist »die fluktuierende Massengesellschaft«. Deren »hin- und herflutende Menschenmenge ohne Konsistenz, Stabilität und Dauerhaftigkeit« sei »gekennzeichnet von der Unsicherheit und dem ständigen Wechsel aller Lebensverhältnisse. Mobilität zerstört alle gewachsenen Familien-, Sippen- und Volksgemeinschaften.« »Atomisierte Einzelne, die nicht mehr Glieder eines organischen Ganzen« seien, stellten nur noch »Teile einer diffusen Menge dar.« »Schrankenlose Pluralisierung und Selbstverwirklichung« seien schuld an der traurigen Erscheinung »identitätskastrierter Gegenwartskrüppel«. Dem wirke nur die »gesunde Nation« entgegen. Denn nur die »wurzelhafte, homogene und bodenständige Volksgemeinschaft« mache aus »kommerzialisierten und zur Ware verkommenen Herdenmenschen wieder Menschen, die (...) Herren über ihr eigenes völkisches Schicksal sein wollen«. Der Kampf gilt der »entwurzelten Nation«, man fühlt sich kastriert, seiner männlichen Selbstbehauptung entsagt. Aus dieser Perspektive ist auch das Phantasma des ausländischen Arbeiters, der dem Deutschen den Arbeitsplatz wegnimmt, ein männliches, stellen doch »Arbeit, Familie, Vaterland« die drei zentralen Säulen im Männerleben dar. »Arbeit zuerst für Deutsche« adressiert entsagte Identifikation über die als männlich definierte, harte Handarbeit und zielt auf die »blanke Existenzangst zahlreicher berufstätiger Familienväter«.

Die Schuldigen sind indes schnell ausgemacht: »Raubtierkapitalismus« in (Un-)Person »menschheitsfremde(r) Finanzjongleure«, Feminismus und Homosexualität als Ausdruck eines verkommenen, »konsumistischen Egoismus« sowie Masseneinwanderung »hyperpotenter« und billigarbeitender Ausländer. All diese »Bedrohungsszenarien« sind hochgradig gegendert.

Frauen hinter'n Herd

Feminismus, weibliche Emanzipation und Gleichstellungsprogramme wie Gender Mainstreaming werden als wahrloses Herumdoktern an natürlicher Lebensgrundlage verteufelt.

Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Landtag MV schimpfte im Januar 2007: »Verbiegen wir Männer und Frauen – sie nennen es Emanzipation – töten wir aber in den Frauen ein Stück ihrer Weiblichkeit und blockieren bei den Männern die Entfaltung ihrer Männlichkeit.« Im Juli 2007 beantragten NPD-Abgeordnete in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen Berlins die Streichung aller Gender-Mainstreaming-Programme, um die Gelder zur (völkischen) Familienförderung zu nutzen. Im Antrag heißt es: »Die Verfechter dieses Begriffes (Gender Mainstreaming, Anm. M.S.) behaupten biologische Rollenverteilung wäre willkürlich, zufällig und jederzeit änderbar. Ausgehend von der irrigen Vorstellung Menschen wären beliebig programmierbar, werden Menschen entwurzelt, sozial desorientiert →



und ihrer persönlichen Identität beraubt.«

Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?

Frauen sind jedoch nicht nur stumme Helferinnen, sondern werden als potentielles Einfallstor für »Rassenvermischung« beschützt und verteufelt. Drohgestalt ist der sexuell umtriebige und hyperpotente Nichtdeutsche, mit dem der Deutsche in Konkurrenz steht. »Triffst Du mal 'nen Türken mit einer deutschen Frau / dann ist das Rassenschande, / und Du weißt das ganz genau. / Drum wartest Du auf ihn / an irgendeiner Ecke, / schneid ihm seinen Schwanz ab, / auf das er dran verrecke.«

Gerade die Figur des aggressiven »schwarzen Mannes«, die Ethnisierung sexueller Gewalt, ist ein gängiges Thema: »Jetzt predigen sie schon die Mischung der Rassen / Nigger ficken weiße Frauen, das könnte euch so passen.«

Sexualität wird zum entscheidenden Punkt im »Kampf der Völker«. Dieser wird oft in Vergewaltigungsmetaphern beschrieben, so z.B. in der Rede von der »Vergewaltigung des deutschen Volkes«, in dessen Territorium eine ungezügelte Immigration penetriere: »(...)unbegrenzte Einwanderungsfluten ausländischer Lohndrücker zerstören die Nation als sozialen Schutzraum des Volkes.« heisst es auf einer neonazistischen Internetseite. Hierbei bezieht sich die Anprangerung einzig auf die völkische Nichtzugehörigkeit des migrantischen Mannes zum weiss-deutschen Kollektiv, denn sexuelle Gewalt nach aussen gilt als Waffe: »Tötet ihre Kinder, schändet ihre Frauen. / Vernichtet ihre Rasse / und so werdet ihr sie grauen.«

Kampf um Volksgemeinschaft – Erotik mit dem Vaterland

In Anbetracht dieser »offenen Fronten«, befinden sich extrem rechte Männer andauernd im Kampf, im Krieg. Denn Krieg ist dort, wo Männer unter sich sind, gleiches sich um Ehre misst. Dort, wo der totale Zusammenhalt im Ruf des Vaterlandes erträumt wird, pure Männlichkeit sich hinsehnt. Dementsprechend großen Raum findet der Bezug auf den historischen Nationalsozialismus in Person des angeblich sauberen, ehrhaften, treuen deutschen Soldaten. Da die historische Situation den offenen Kampf derzeit nicht zulässt, wird jeder Flyer-verteilende Schüler zum stählernen Systemfeind und Widerstandskämpfer empor erhoben. Den Rest erledigt ein Verbalradikalismus à la »Wir aber kennen den Terror des Systems und wir kennen dessen Angst vor der Explosionskraft unseres Kampfes.«

Mann imaginiert sich als SA des 21. Jahrhunderts. In der Auflösungserklärung des Märkischen Heimatschutz (MHS) 2006 heisst es: »Angetreten, Kameraden! Fünf Jahre des Kampfes liegen hinter uns. Wir haben uns durchgepaukt gegen alle Widerstände.(...) Wenn wir zusammenstehen, dann sind wir unbesiegbar. Tapfer und treu haben wir alle unsere Pflicht getan. (...) Die Not des Vaterlandes hat uns gerufen, und wir haben uns diesem Ruf nicht entzogen.« Dieses Vaterland erscheint im Rechtsrock häufig als zu liebende Person und wird erotisch besetzt: »Ich erinnere mich an die schöne Zeit, als alles noch in Ordnung war / Unvergessen bleibt der Anblick, wenn ich Deine Schönheit sah (...) Doch eines Tages war's passiert und Du kehrtest mir den Rücken / Ich hab' Dir so viel gegeben, wollte immer nur zu Dir stehen / Ich kann es nicht begreifen, warum wolltest Du von mir gehen? / Vaterland, oh Vaterland, warum lässt Du mich allein?« Was als recht kitschig heterosexuelles Liebeslied beginnt, endet als Liebesbekundung an Deutschland, welches es ebenso zu schützen gilt, wie Frau und Familie. Zur Verteidigung dessen gegen imaginierte Bedrohungen, lohnt es sich, zumindest verbal, im Kampfe zu sterben: »Kämpfen und sterben, ja, was ist dabei / Wenn nur mein Vaterland, mein Deutschland frei.« Sehr anschaulich, von wem dieses Deutschland u.a. bedroht ist, stellte es der CDU-Bundestagsabgeordnete Henry

Nitzsche 2006 dar, als er sagte, dass Patriotismus notwendig sei, »um endlich vom Schuldkult runterzukommen« – und damit »Deutschland nie wieder von Multikulti- Schwuchteln in Berlin regiert wird«. Gemeint war Berlins regierender Bürgermeister Klaus Wowereit.

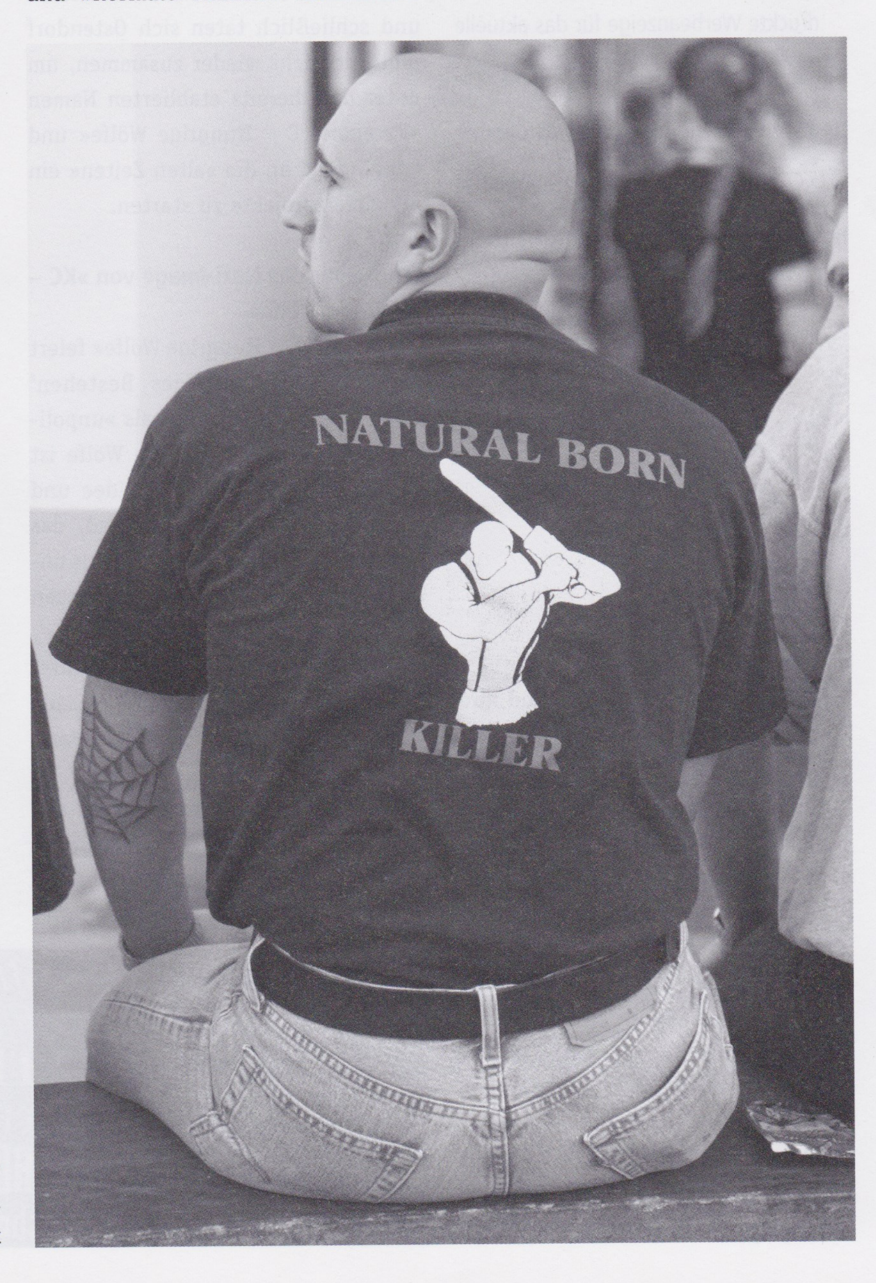
Appell an (gekränkte) Männlichkeit

Bedroht von Feminismus, kastrierendem Kapitalismus sowie vom sexuell hyperpotenten und arbeitsfähigeren Nichtdeutschen, fühlen sich extrem rechte Männer anscheinend entwürdigt. Hieran richtet sich der politische und moralische Appell, endlich aufzustehen: »Wie oft haben sie dich geschlagen, deine Freundin angegafft / Wie oft hast du dich gefürchtet, haben sie es schon geschafft / Ist dein Mut denn schon gestorben, dann hast du längst verloren / Brecht euer Schweigen, lasst uns alle schreien / Wir werden kämpfen, und dann Sieger sein.« Extrem rechte Männer sind die Einzigen, die sich wehren, nicht aufgeben, sondern versuchen ihre männliche Selbstbehauptung wieder zu erlangen, die Krise mittels eigener Stärke zu überwinden : »Der Feind steht gegen uns, mächtiger denn je. Wollt ihr ihn bezwingen, dann müsst ihr mutig sein und das Letzte an die große Aufgabe setzen. Nichts ist unmöglich, wenn Männer wollen.« Die jüngliche Allmachtsphantasie ist klare politische Ansprache. Sie ist Tabubruch als Stärkebeweis in Zeiten feministischer »political correctness« und dient der Rekrutierung.

»Krasse Macker« mit Programm

Männlichkeit ist kein Nebenprodukt althergebrachter Propaganda, sondern spielt eine zentrale Rolle in der politischen Ansprache. Extrem rechte Männer fühlen sich in ihrer angestrebten Herrschaftsposition konstant in Abwehrkämpfe verwickelt. Xenophobie geht mit Angst vor unmännlichem bzw. entmännlichendem Machtverlust einher. Klaus Theweleits Analyse, daß eine agitatorische Stärke der historischen Nationalsozialisten darin lag, Menschen in ihren innersten Gefühlen, ihren Körpern anzusprechen, scheint auch auf die aktuelle Situation übertragbar. Der Appell an eine sich verstümmelt, gekränkt und unterdrückt sehende Männlichkeit, der erst wieder zu ihrem explosiven Potential verholfen werden muss, ist zentrales Moment einer breiten Männermobilisierung, die sich dies wiederum niemals eingestehen würde.

Seit Jahren ist bekannt, wo sich Neonazis in ihrer Freizeit tummeln und »normale Männer« rekrutieren: Fussballclub, Free-Fight-Gym, etc., dort wo nicht nur das körperliche Ideal noch vollends ausgelebt werden kann – Männer unter sich sind. Dementsprechend erstaunlich ist es, das linke Analysen extrem rechten Männergebahrens selten über die Bezeichnung »krasse Macker« hinauskommen. Vielmehr müssten sich weitere Analysen mit programmatischen Themen oder auch dem »doing gender in der extremen Rechten« beschäftigen. Denn die Frage wie geschlechtliche und ideologische Vorstellungen in der Alltagswelt real umgesetzt werden, ist weitreichend und weiterhin offen. ■



Fußball verbindet

Die RechtsRock-Band »Kategorie C – Hungrige Wölfe« auf »unpolitischem« Karrieresprung

Eine in der März-Ausgabe des Heavy-Metal-Magazins Metal Hammer abgedruckte Werbeanzeige für das aktuelle Album der Bremer RechtsRock-Band »Kategorie C – Hungrige Wölfe« »Für Immer KC!« sorgte für Wirbel. »Kategorie C – Hungrige Wölfe« versucht erneut, sich als unpolitische Band zu inszenieren und die Verstrickung in die RechtsRock-Szene zu verschleiern.

Hin und Her der K's und C's

Die Band(s) um Kategorie C[1] und ihre Protagonisten haben eine wechselhafte und verwirrende Geschichte hinter sich. Der Einfachheit halber eine grobe Bandgeschichte vor ab: Die Band Kategorie C war ursprünglich ein Projekt, das von Hannes Ostendorf und Rainer Friedrichs getragen wurde.

Infolge eines Zerwürfnis zwischen Ostendorf und Friedrichs ging die Band Kategorie C auseinander. Ostendorf machte daraufhin zusammen mit Timo Schubert und Oliver Keudel (beide auch bei der RechtsRock Band Agitator) das Bandprojekt Kategorie C – Hungrige Wölfe (auch: KC – Hungrige Wölfe). Friedrichs machte zusammen mit Bremer Musikern die Band Vollkontact. Beide Bands zerfielen und schließlich taten sich Ostendorf und Friedrichs wieder zusammen, um unter dem bereits etablierten Namen »Kategorie C – Hungrige Wölfe« und anknüpfend an die »alten Zeiten« ein »Kommerzprojekt« zu starten.

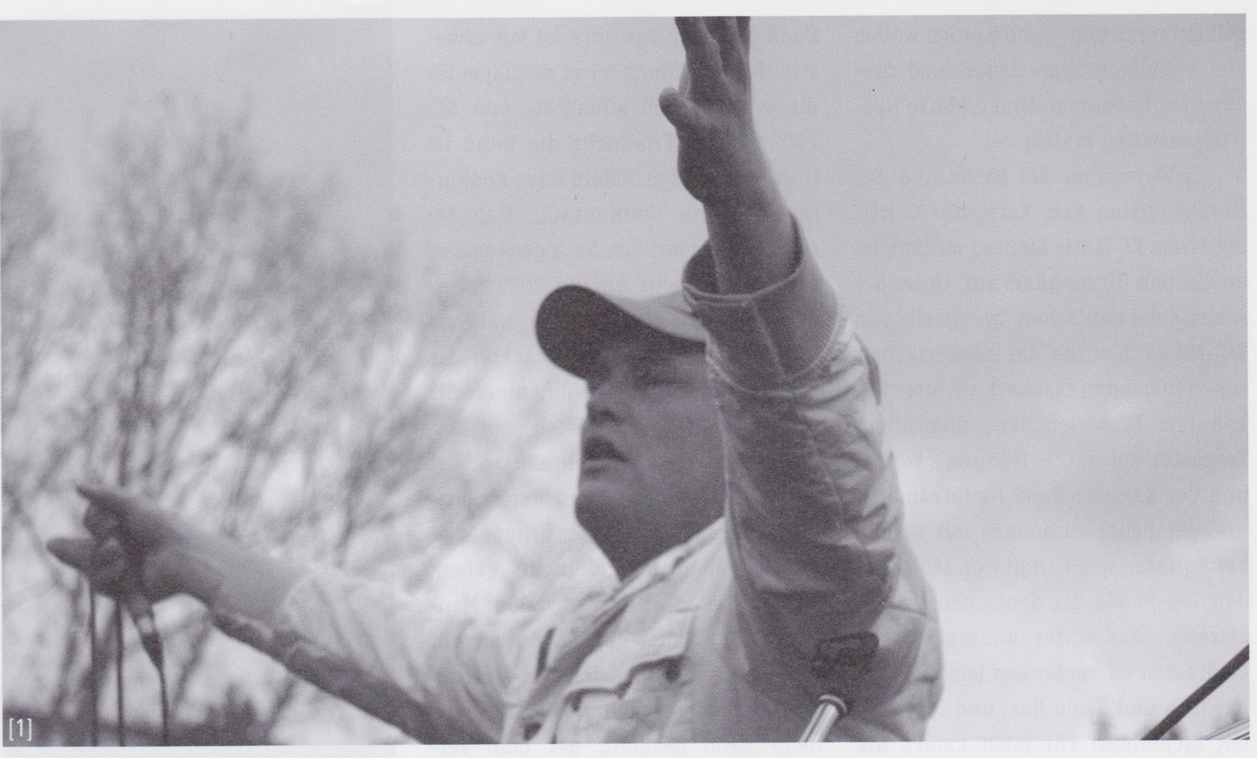
Streit über das Nazi-Image von »KC – Hungrige Wölfe«

Die Band »KC – Hungrige Wölfe« feiert aktuell ihr zehnjähriges Bestehen[2] und inszeniert sich dabei als »unpolitischer« Act. »KC Hungrige Wölfe ist keine politische Band. Die Idee und das Selbstverständnis der Band, das sich für euch und alle deutlich aus unseren Texten heraus hören und lesen lässt, ist absolut politisch neutral«[3], so die Selbstbeschreibung auf ihrer Homepage, mit der die Band ihr Image als gewaltorientierte Hooligan-Band pflegt.

Dem entgegen steht der Text des »Kategorie C – Hungrige Wölfe« –Songs »Deutschland dein Trikot«: »Deutschland dein Trikot. Das ist schwarz und weiß. Doch leider auch die Farbe deiner Spieler. In München, Rom und Bern, da gab's noch echte Deutsche. Solche Jungs und diese Siege hätten wir jetzt gerne wieder! [...] Deutschland ist der Schlachtruf. Für Deutschland stehen wir alle ein. Doch Deutschland ist nicht die BRD. Deutschland ist der Schlachtruf«, ist die nationalistische und rassistische Botschaft des Songs, der im Vorfeld der Fußball-WM 2006 auf dem Sampler »Zu Gast bei UNS« veröffentlicht wurde. Die CD erschien im Mai 2006 und wurde zwei Monate später wegen der »öffentlichen Aufforderung zu Straftaten sowie Gewaltdarstellungen« bundesweit beschlagnahmt.

Während KC-Frontmann Ostendorf den Song als eine schon Jahre vor der WM eingespielte und nicht »autorisierte« Aufnahme bezeichnet, widerspricht der RechtsRock-Musiker Michael Müller dieser Darstellung. »Die Aussage von Hannes, das Lied: ›Deutschland sein Trikot‹ sei vier Jahre alt und widerrechtlich, also gegen seinen Willen, veröffentlicht worden, entspricht nicht der Wahrheit





[1] Hannes Ostendorf bei einem Solidaritäts Konzert für den inhaftierten Neonazi und Landser-Sänger Michael Regener vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel.

und da dies offensichtlich zum eigenen Wohl so geäußert wurde, ist dies als dreckige Lüge einzustufen. Ich weiß, wann und wo das Lied aufgenommen wurde, da ich persönlich wirkend dabei war«, behauptet Müller im Forum von Metal Hammer und bezieht Position. »Fakt ist: Er gehört nicht mehr zu uns«, urteilt Müller über Ostendorf und spricht ihm die weitere Zugehörigkeit zur Szene ab. Er distanziert sich von Ostendorf, mit dem er noch 2006 gemeinsam auf der Bühne gestanden hatte: Bei der von der NPD am 21. Oktober 2006 in Berlin durchgeführten Demonstration für die Freilassung von Neonazi Michael Regener alias »Lunikoff«, dem damals noch inhaftierten Sänger der Berliner »Kultband« Landser, traten mehrere RechtsRock-Bands auf und bekundeten ihre Solidarität mit dem wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung verurteilten Regener, darunter auch Kategorie C[4].

Der Weg ins »Unpolitische«, den Kategorie C nun gehen will, hat in der Neonazi-Szene heftige Reaktionen ausgelöst. Alleine im neonazistischen Thiazi-Forum füllt der Thread »Neues von KC (Oder KC goes Böhse Onkelz)« 20 Seiten. Im Mittelpunkt der Kritik steht Hannes Ostendorf, dem beständig vorgeworfen wird, Unwahrheiten zu verbreiten. An die Spitze der Kritiker hat sich das Liedermacher-Ehepaar Michael und Annett Müller (Faktor Deutschland) aus Bad Lauterberg (Harz) gestellt, die ganz offensichtlich ein Hühnchen mit Ostendorf zu rupfen haben. Da mit Informationen selbst zu heiklen Themen nicht gegeizt wird, erschließt sich schnell warum. So äußert sich »Annett« am 28. Februar zur Trennung von Hungrige Wölfe und ihrem ebenfalls aus Bad Lauterberg kommenden Bandmitglied Oliver Keudel (heute bei Agitator): »Und hat nicht Hannes gesagt, Oli Du passt nicht mehr in unser Konzept so lange Du die KF für den Wixer machst.« KF steht im Szenecode für die Band Kommando Freisler, ein Untergrund-Projekt, das 2004 unter dem Titel »Geheime Reichssache« eine der widerwärtigsten antisemitischen Produktionen der letzten Jahre in Umlauf brachte. In antifaschistischen Medien wird Oliver Keudel seit längerem schon mit KF in Verbindung gebracht, auch dem Verfassungsschutz ist nicht entgangen, dass ein »Oli« der Band angehört. Hausdurchsuchungen im Herbst 2007, die sich gegen KF richteten, betrafen jedoch nicht Oliver Keudel, sondern Michael Müller, der in Verdacht steht an Produktion und Vertrieb beteiligt gewesen zu sein. Ob mit »Wixer« (Zitat Ostendorf) nun Michael Müller gemeint ist oder Thorsten Heise, Rechtsrock-Macher und Mitglied im Bundesvorstand der NPD, gegen den wegen Produktion und Verbreitung der Kommando Freisler-CD ebenfalls ermittelt wird, bleibt offen.

Das KC-Business

»Unsere Interessen sind stets gleich, wir schliessen uns fest zusammen! Sag mir, wie oft sind wir schon durch Dick und Dünn gegangen? Zusammenhalt steht an erster Stelle (...) Freunde fürs Leben - Und das für immer!«[5]. »Kameradschaft, Zusammenhalt, das ist unser Leben!«.[6]

Seit Kategorie C um 1998 erstmals die Bühnen betraten, singen sie das ewig gleiche Lied von Freundschaft, Kameradschaft und Zusammenhalt. Doch die Freunde von einst gehen längst privat und wirtschaftlich getrennte Wege. Kategorie C ist ein kommerzieller Erfolg geworden. Mancher →

1| »Kategorie C« ist die Polizei-Bezeichnung für gewaltbereite Fußballfans
2| »Wir gehen den steinigen langen Weg mit unseren Fans schon seit über 10 Jahren.«, Rainer und Hannes auf http://www.hungrige-wo-elfe.de/unterseiten/sosindwir.html
3| Ebd.
4 http://www.npd-kiel.de/Archiv/2006/AT_Demo_Berlin_211006.htm
5| Aus: »Noch Schlimmer«, »KC – Die Band«, CD »Hungrige Wölfe«, 2001.
6| Aus: »Komme mit uns«, »KC – Die Band«, CD »Komme mit uns«, 2002.

7| www.kc-die-band.de und http://www.turnitdown.de/59.html

➔ will mitverdienen – und wenige wollen viel verdienen. Das Hauen und Stechen hat begonnen. Und erklärte Neonazis mischen kräftig mit.

Als Vermarkter der Musik und des Merchandising von Kategorie C tritt die Firma KC Music Limited mit Sitz im englischen Birmingham auf. Unter der Adresse der deutschen Zweigstelle von KC Music Limited im niedersächsischen Bovenden residiert ein alter Bekannter: Timo Schubert, ehemaliger Trommler bei »KC – Hungrige Wölfe« und der Kasseler Band Hauptkampflinie, der heute zusammen mit Keudel bei Agitator spielt. Agitator zählen zu den Top-Bands der deutschen Neonaziszene, was unter anderem ihren Liedtexten zu verdanken ist: »Ich bin mit Leib und Seele Nazi und ich weiß mit Sicherheit: Für mich kann's nix Schöneres geben, ich bleib Nazi für alle Zeit!«. Im Jahre 2008 setzte die Firma KC Music Limited monatlich schätzungsweise um die 25.000 (!) Euro um, Kategorie C ist zur Goldgrube geworden. Und es kristallisiert sich immer deutlicher heraus, dass Timo Schubert und Hannes Ostendorf das Geschäft am Liebsten alleine machen würden. So ist es ihnen offenbar gelungen, Martin Elsner »loszuwerden«. Elsner betreibt in Bremen das Geschäft und den Versand »Sieg oder Spielabbruch«, der sich an ein breites, nicht ausschließlich rechtes, Hooliganspektrum wendet. In der Vergangenheit hatte Elsner für Kategorie C Manageraufgaben übernommen und vor allem hat(te) er die Rechte an mehreren alten Kategorie C-CDs. 15.000 Euro, so wird aus dem Umfeld von »Sieg oder Spielabbruch« kolportiert, seien KC Music Limited diese Rechte heute wert, eine verhältnismäßig hohe Summe, die Elsner wohl nicht ausschlagen wird. Eine eher komplizierte Beziehung pflegen Hannes Ostendorf und Rainer Friedrichs. Der Bremer Friedrichs gehört zur Urbesetzung von Kategorie C und ist laut Aussage von Ostendorf »Macher« der Band gewesen. Als Gittarist mit unbestreitbaren Können bürgt er zudem für die musikalische »Qualität« von KC. 2003 verließ Friedrichs die Band im Unfrieden und gründete das »Konkurrenz-Projekt« VollKontaCt. Man sei sich »kräftig auf den Sack gegangen«, erklärt Friedrichs Anfang 2007 in einem Interview die Trennung, während Ostendorf ein Jahr zuvor schon die Spaltung in Hungrige Wölfe einerseits und VollKontaCt andererseits mit drastischeren Worten beschrieb: »So ist halt das Leben. es gibt immer Schmarotzer in einer Band oder Gruppe. Immer nur nehmen und nichts geben. Das ist das Motto von vielen Menschen. Auf Dauer geht das nicht gut und deswegen habe ich die anderen rausgeschmissen und habe mir eine neue Band gesucht, der man vertrauen kann und die auch ehrlich ist.« Nur wenige Monate später wurde Keudel rausgeworfen und Friedrichs kehrte zur allgemeinen Verwunderung zur Band zurück – eine offenkundig rein pragmatische, geschäftliche Entscheidung, denn Freunde fürs Leben sind Friedrichs und Ostendorf nicht mehr geworden. Trotzdem sind sie untrennbar miteinander verbunden, denn Friedrichs ist Mitinhaber der Markenrechte für »Kategorie C – Die Band«. Ohne seine Zustimmung, vor allem aber ohne finanzielle Beteiligung von Friedrichs, geht im Business mit den »alten« KC-Produkten wenig. Es wird verhandelt und gefeilscht: um die prozentuale Beteiligung an Merchandising und Konzertgagen. In der Bremer Szene wird kein Geheimnis daraus gemacht, dass Ostendorf von den beständigen Forderungen Friedrichs zunehmend genervt ist. Doch noch führt kein Weg an ihm vorbei. The show must go on. So stehen Ostendorf und Friedrichs heute wieder gemeinsam auf den Bühnen, um die Lieder von Freundschaft und Zusammenhalt zu trällern.

Timo Schubert hält sich dabei vornehm im Hintergrund. KC Music Limited ist auch nicht sein einziges Geschäftsfeld. Er betreibt außerdem den Textil- und Medienversand »Der Versand«, der neben Thor Steinar-Kleidung und Hooligan-Artikeln beispielsweise Accessoires für Sicherheitsunternehmen anbietet. Auch ins Geschäft mit den Modemarken ist Schubert eingestiegen. Die Marken Violent Society, Vollkontakt, Fußballrocker, Kategorie C – Hungrige Wölfe hat er 2007 und 2008 angemeldet, zudem im Jahre 2006 das Logo der aufgelösten Bremer Neonaziband Nahkampf von Jens Pühse (Geschäftsführer des Deutsche-Stimme-Versandes der NPD) übernommen. Im Frühjahr 2005 forderte Schubert mehrere Verkäufer von Nordland-Kleidung auf, den Verkauf einzustellen. Schubert berief sich dabei auf die Rechte an einer 1999 angemeldeten Nordland-Marke, die laut dem Deutschen Patent- und Markenamt jedoch nicht auf seinen Namen eingetragen ist. Sie gehörte ursprünglich einem Neonazi aus dem hessischen Fulda und wurde im März 2005, kurz bevor Schubert die Aufforderungen verschickte, von Thorsten Heise übernommen.



Ostendorf – Mittendrin statt nur dabei

Dass Ostendorf trotzdem für sich und seine Band(s) eine »politische Neutralität« reklamiert, verdeutlicht den zweifelhaften Charakter seines angeblichen Wandels, der auf Grund seines unreflektierten Umgangs mit seiner Biografie stark in Frage zu stellen ist. Der heute 33-Jährige trat schon früh in der Neonazi-Szene in Erscheinung und eiferte damit seinem älteren Bruder Henrik Ostendorf nach. Durch dessen Mitgliedschaft in der neonazistischen Bremer Hooligan-Gruppierung »Standarte Bremen« sorgte das heutige NPD-Mitglied Henrik Ostendorf schon frühzeitig für die Verbindung von Fußball und Politik, der auch sein jüngerer Bruder Hannes folgen sollte. Am 3. Oktober 1991 war Hannes Ostendorf als Mitglied der rechten Jugend-Clique »Penny-Crew« an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft beteiligt, wofür er im Mai 1992 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde.

Ins Rampenlicht der RechtsRock-Szene rückte Ostendorf durch seine Mitgliedschaft bei der B&H-nahen Band Nahkampf, der er ab Ende der 1980er als Sänger angehörte. Aus dem Umfeld der Delmenhorster Band Boots Brothers erhielt Ostendorf Unterstützung für das im Vorfeld der Fußball-WM 1998 gegründete »Spaßprojekt« Kategorie C, mit dem er das Debüt-Album »Fußballfest '98« einspielte. Wie sein Nachfolger erschien das Debüt beim Brühler RechtsRock-Label Rock-O-Rama, wodurch die Bindung zur RechtsRock-Szene trotz fehlender »politischer« Texte gewährleistet wurde. Seine Zugehörigkeit zur Neonazi-Szene dokumentierte Ostendorf auch durch seine Mitwirkung an dem 1999 veröffentlichten Sampler »Die Deutschen Kommen II«, auf dem er sowohl mit Nahkampf als auch mit Kategorie C vertreten ist. Szeneintern noch populärer wurde Kategorie C 2001, als ihr drittes Album »Hungrige Wölfe« beim Chemnitzer RechtsRock-Label PC Records erschien. Das zum Umfeld der neonazistischen Hooligan-Gruppierung HooNaRa (Hooligans, Nazis, Rassisten) gehörende Label spiegelt die Verbindung von neonazistischer Politik und fußballorientierter Gewalt wieder, für die auch Siegfried Borchardts Dortmunder Hooligan-Gruppierung Borussenfront steht. Auf deren Geburtstags-Party zum 20-jährigen Bestehen trat am 31. März 2002 Kategorie C im hessischen Kirtorf auf[7].



[1]

»Unpolitisches« Remake ?

Obwohl die Band nicht müde wird, ihre »unpolitische« Ausrichtung zu betonen, hat ihr Wirken, bzw. das Wirken ihrer Protagonisten, in der extremen Rechten bis heute ungebrochene Kontinuität.

Es ist dabei nicht nötig, mit Geschehnissen, Liedtexten und Verbindungen der vergangenen Jahre, von denen sich die Band wenig glaubhaft distanziert, zu argumentieren. Die zentrale Figur im KC-Business und gleichzeitig der markenrechtliche Inhaber des Bandnamens bekennt offen, »mit Leib und Seele Nazi« zu sein. Und auch die auf ihren Alben abgedruckte Werbung untermauert die politische Verortung der Band. Nachdem »KC – Die Band« 2004 auf dem Album »6« (»Der sechste Streich«) noch für die Textil-Marke Thor Steinar (Vgl. AIB # 65) geworben hatte, befindet sich auf einer aktuellen CD von »Kategorie C – Hungrige Wölfe« Werbung für »Erik And Sons« (Vgl. AIB # 78). Doch »Erik And Sons« wird in Neonaziforen als szeneauthentische Alternative zu Thor Steinar (denen zunehmende Entfremdung von der Szene vorgeworfen wird) beworben. Produkte von »Erik And Sons« finden sich auch im Versand der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme.

Trotz allem verzeichnet die Band Erfolge in Sachen »Unpolitischheit«. Als »Kategorie C – Hungrige Wölfe« am 6. März 2008 in Moers auftrat, stufte die Polizei das Konzert nicht als rechten Event ein, so dass die Band in Ruhe spielen konnte. Kein Wunder, dass »KC – Hungrige Wölfe« am 23. Mai erneut bei einem Konzert in Moers auftrat.

Die Debatte um die Band offenbart, wie wichtig es bleibt, den antifaschistischen Druck aufrecht zu erhalten. Hierbei bedarf es der Ausarbeitung einer klaren antifaschistischen Positionierung mit entsprechender Handlungslinie, um einen Umgang mit Um- und Aussteigern zu finden. Ansonsten definieren sich Akteure aus dem rechten Spektrum wie Hannes Ostendorf weiterhin als »unpolitisch« und versuchen Subkulturen zu nutzen, um sich in ihnen ein weiteres Standbein aufzubauen. ■

Dieser Artikel basiert unter anderem auf einem Artikel von Ingo Taler aus der LOTTA # 31.

[1] So ansprechend wie zielgruppengerecht wirbt Kategorie C für sich.

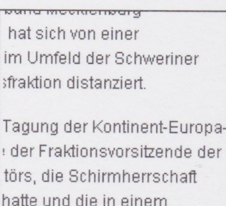
Die Kontinent Europa Stiftung

und der NPD-Flirt mit ihr

Vor wenigen Monaten geriet die Kontinent Europa Stiftung des 41jährigen Deutsch-Schweden Patrik Brinkmann für einige Tage in die bundesdeutsche Medienöffentlichkeit. Der SPIEGEL hatte berichtet, dass der umtriebige völkische Geschäftsmann Brinkmann zusammen mit seiner Frau Svetlana eine millionenteure Villa mit eigenem Seezugang in der Berliner Goethestrasse gekauft hatte.

Die gut gesicherte Luxusvilla in der noblen Villengegend in Berlin-Zehlendorf könnte eine Schaltzentrale des europäischen Rechtsextremismus werden, befürchteten diverse Zeitungen und Verfassungsschutz-Sprecher. Tatsächlich ist Brinkmann mit der Kontinent Europa Stiftung in ein Netzwerk europäischer Rechtsextremisten und Neonazis eingebunden. Aus Deutschland befinden sich mit Andreas Molau und Lutz Dessau zwei NPD-Funktionäre im Umfeld von Brinkmann. Auch wenn die Stiftung bisher keine relevanten politischen Erfolge bewirken konnte, so könnte sie für die NPD ein lang ersehnter Zugang zu dringend benötigten finanziellen Ressourcen sein. Allein Brinkmanns Ehefrau soll nach Informationen schwedischer Antifaschisten etwa 4.000.000 Euro auf ihrem schwedischen Konto verwalten. Wie der SPIEGEL lancierte, soll sie nach Prozessen zwischen Patrik Brinkmann und den schwedischen Steuerbehörden Vermögen halten, von dem ihr umtriebiger Gatte profitiert.

[1] Patrik Brinkmann auf einer NPD-Pressekonferenz. Faksimile von junge-freiheit.de



hat sich von einer
im Umfeld der Schweriner
sfraktion distanziert.

Tagung der Kontinent-Europa-
der Fraktionsvorsitzende der
törs, die Schirmherrschaft
hatte und die in einem
tel stattfand.

g handelt es sich um eine
e sich nach Angaben ihres
schwedischen Unternehmers
nn, die Vernetzung der
Rechten zum Ziel gesetzt hat.
d gehört auch der
er der NPD-Landtagsfraktion,
, an.



Stiftungsgründer Patrik Brinkmann während der Pressekonferenz im Schweriner Landtag Foto: JF

Die NPD auf Sponsorensuche...

Wie NPD-Insider dem AIB berichteten, kursierte Anfang März 2007 innerhalb der Parteispitze ein Strategiepapier des NPD-Funktionärs Jens Pühse. Der Verlagsleiter und Geschäftsführer der Deutsche Stimme Verlags GmbH hatte demnach ein Konzept für eine werbliche »Frühjahrsoffensive 2007« der NPD entwickelt, um der Zielsetzung »Einzug in den Deutschen Bundestag im Herbst 2009« näher zu kommen.[1]

Das interne Papier, welches dem AIB zugespielt wurde, zeichnet ein selten ungeschminktes Bild der finanziellen und strukturellen Lage der NPD. Laut diesem sah im März 2007 die Ausgangslage der Partei nicht besonders gut aus: Die NPD hätte demnach in diesem Zeitraum zu wenig Beitragseinnahmen und nur wenige finanzielle Förderer gehabt. Die finanzielle Situation der Partei sei daher für die Führung von bundesweiten Wahlkämpfen zu der Zeit unbefriedigend gewesen. Die NPD habe sogar zu wenig Mitglieder und Funktionsträger gehabt, um überhaupt flächendeckend Wahlkämpfe führen zu können. Das »nationale Umfeld« sei im März 2007 auf eine Unterstützung eines Wahlkampfes unzureichend vorbereitet gewesen. Um den Einzug in den Bundestag 2009 realistisch anzugehen, hatte Jens Pühse demnach errechnet, benötige die NPD mindestens 15.000 Mitglieder oder es sei alternativ wesentlich mehr Kapital notwendig.

Das Lösungsmodell von Jens Pühse ist wenig originell: Um die Chancen eines NPD Wahlerfolges zu verbessern, müssten neue finanzielle Förderer gewonnen und die momentane Mitgliederzahl verdoppelt werden. Hinzu kämen die frühzeitige Ansprache des »nationalen Umfeldes« mit dem Ziel der Einbindung in die Parteistrukturen und die »Durchsetzung der parteipolitischen Meinungsführerschaft im nationalen Lager«.

NPD-Spam für 200.000 Personen als Lösung ?

Um seinem Fazit: »Bereits in diesem Jahr müssen die Voraussetzungen für die Verbesserung der finanziellen und personellen Lage der Partei getroffen werden« gerecht zu werden, schlug er einen recht simplen Weg vor: »Die werblichen Anstrengungen der Partei sind mittels groß angelegter Mailing-Aktionen deutlich zu verstärken. Alle zugänglichen Anschriften sollten regelmäßig über das Wollen der Partei informiert werden.« Hierfür wollte er insgesamt 200.000 Adressen von SymphatisantInnen zusammentragen. Die

genannten Zahlen lassen einen interessanten Blick auf die tatsächliche Größe des NPD-Umfeldes zu. Von der NPD-Zeitung Deutsche Stimme kämen demnach 33.000 Adressen (Stand: 01.03.2007) und von der NPD-Parteizentrale 55.700 Adressen (Stand: 28.02.2007) zusammen. Vom extrem rechten »Druffel-Verlag« des Verlegers Gert Sudholt seien immerhin 53.000 Adressen (Stand: 28.02.2007) für die Werbeaktion eingeplant. Circa 45.000 Adressen kämen durch den Militaria-Versand »Podzun Pallas« hinzu, welche durch weitere 28.000 Adressen von »Jürgen Schützinger/Deutsche Liga« (Stand: 02.03.2007) ergänzt werden würden. Alle diese Adressendatenbanken wurden von Jens Pühse in der Rubrik »Eigene Adressen« vermerkt. Zwar in der Rubrik »Fremdadressen«, aber immerhin unter der Überschrift »Zugänglicher Adresspool« wurden noch ca. 23.000 weitere Adressen des »Franz Glasauer/Patria-Verlag« genannt, welche durch »Zukauf« besorgt werden könnten. Die datenschutzrechtlich bedenkliche Form des Eintreibens sensibler Personendaten ergab immerhin eine Adressen-Gesamtanzahl von circa 237.700 Adressen. Als Kalkulationsgrundlage blieben 200.000 Adressen als wahrscheinliche Gesamtzahl nach einem Dublettenabgleich.

Finanzielles Umfeld der NPD

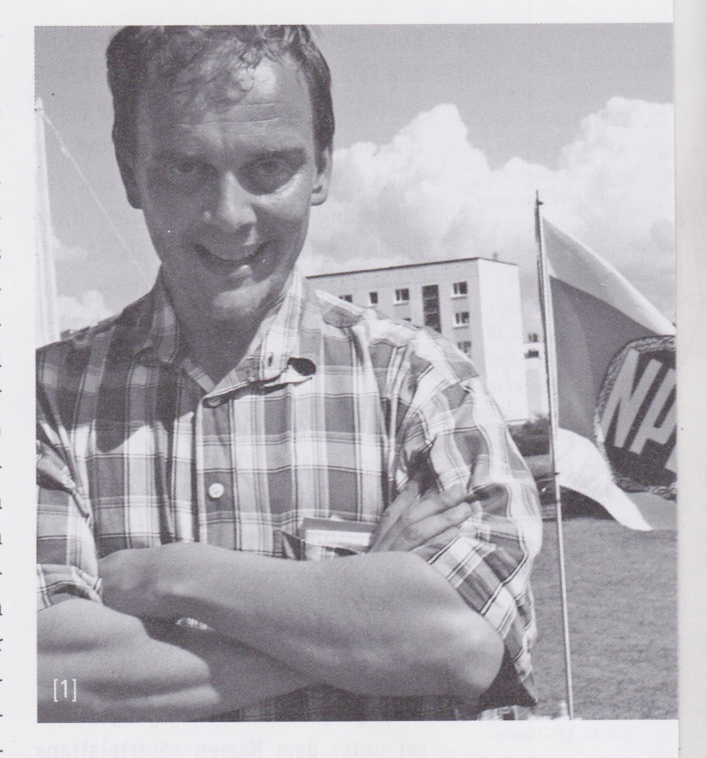
Die genannten Adressenpools zeigen, dass die NPD noch immer auf einige zahlungskräftige Kooperationspartner aus der extremen Rechten zurückgreifen kann, um ihre Basis zu verbreitern. Dass die NPD wohl kaum in der Lage sein dürfte, aus eigener Kraft aus ihrer Finanzkrise zu kommen, scheint auch Pühse klar gewesen zu sein. Laut Insider-Informationen soll er bei der Konzeptvorstellung gegenüber dem NPD-Parteichef Udo Voigt betont haben, dass er auch die »Befindlichkeiten« Sudholts (mit der Beilage des »Druffel-Prospekts«) und Molaus (mit der Vorstellung der Gesellschaft für freie Publizistik), sowie »unseres Gönners« (mit einem ganzseitigen »Seite 3-Interview«) berücksichtigt habe.

Laut Konzept sollten der Werbesendung neben diversen NPD-nahen Werbemitteln auch ein Buchprospekt des Druffel-Verlages und ein Vorstellungsprospekt der »Kontinent Europa-Stiftung« beigefügt werden. Zusätzlich sei die Beilage einer Gesamtausgabe der NPD-Zeitung Deutsche Stimme (DS) mit »europa-politischer Schwerpunktberichterstattung« geplant gewesen. In dieser Ausgabe sollten demnach auch folgende Themen abgehandelt werden: Interview mit dem Vorsitzenden oder einem Vorstandsmitglied der »Kontinent-Europa-Stiftung«, Zeitschriftenvorstellung »Deutsche Geschichte« (Gert Sudholt, Druffel-Verlag) und ein Beitrag über Zielsetzung und Arbeit der Gesellschaft für freie Publizistik (Andreas Molau, GfP). Hiermit schließt sich der Kreis zur »Kontinent Europa Stiftung« und Patrik Brinkmann, welcher hinter der Bezeichnung »unser Gönner« stehen dürfte.

Unabhängig davon, ob das Konzept in dieser Form jemals umgesetzt worden ist oder jemals umgesetzt wird, zeigt es doch recht deutlich welche Ressourcen die NPD sieht, um an das dringend benötigte Geld zu kommen. Die hier gefallenen Namen Andreas Molau, Gert Sudholt und der geheim behandelte »Gönner« der Kontinent Europa Stiftung haben in Schweden in den letzten Jahren diverse Firmen und Stiftungen gegründet, welche auch in Deutschland auftreten. In Zusammenarbeit mit der schwedischen Antifa-Zeitschrift EXPO soll etwas Licht in die Hintergrundstrukturen gebracht werden.

Stiftungs – und Firmenboom im schwedischen Jönköping

Brinkmann war seit den 1980er Jahren im Immobiliengewerbe und in der Baubranche tätig. Als Gründer einer Aktiengesellschaft namens »Wiking Mineral« beschäftigte er sich auch mit Erzabbau. In den frühen 1990er Jahren gingen einige seiner Unternehmen bankrott. Später hatte er auch Ärger mit der Steuerfahndung, welcher im Mai 2006 vor dem Bezirksgericht Uppsala zu einer Haftstrafe und Berufsverbot führte. Ein Berufungsverfahren steht allerdings noch aus. Nach dem Prozess in Uppsala übernahmen Ehefrau Svetlana und ihre Kinder nach außen hin die geschäftlichen Aktivitäten. Die »Kontinent Europa – Stiftelsen« gründete Brinkmann bereits am 20. April 2004 – also am 115. Geburtstag von Adolf Hitler – mit Unterstützung von Dr. Gert Sudholt und Dr. Michael Friedrich Vogt im schwedischen Jönköping. Das Kapital der Stiftung betrug 20.000 Kronen. Stefan Engdahl (Ernst & Young AB Jönköping) und Joakim Falck aus Jönköping waren bei der Stiftung als Buchhalter vorgesehen. Als Adresse der Stiftung fungiert die Box 167 in Jönköping. Am 17. Januar 2007 wurde eine »Avantgarde Fastigheter AB« von Andreas Molau und Gonda Molau (Denkte) im schwedischen Jönköping registriert. Auch hier trat wie bei der →



[1] Lutz Dessau, Redakteur der NPD-Zeitung Deutsche Stimme, bei einer NPD-Wahlkampfaktion in Rostock.

1| Konzeption zu einer werblichen »Frühjahrsoffensive 2007« der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) vom 2. März 2007.

→ Kontinent Europa Stiftung Claes Joakim Falck aus Jönköping als Buchrevisor in Erscheinung. Eine weitere Funktion hatte Erik Bengt Sterner inne. Als Adresse wurde ebenfalls die Box 167 Jönköping genannt. Nachdem diese Firma am 17. Januar 2007 als »Avantgarde Fastigheter AB« registriert worden war, folgte ein Namenswechsel in die Aktiengesellschaft Startplattan am 22. August 2007. Aus der Startplattan 132041 Aktiebolag ging am 4. September 2007 die Firma Iminsul Immobilien AB hervor. Die Märkische Oderzeitung berichtete, dass die schwedische Außenhandelskammer ihr mitgeteilt habe, dass Molau Eigentümer einer Firma »Hof Johannesberg, Landhaus Rauen« mit Sitz in Jönköping sei. Eine Vorgängerfirma sei unter dem Namen »Startplattan« mit Sitz im schwedischen Göteborg ansässig gewesen.

Am 4. Dezember 2006 ließ Brinkmann noch eine Brinkmannska Familjestiftelsen för int. Vetensk. o historisk Forskn (BFF) in Jönköping (Schweden) registrieren. Als Vorsitzende wird hier seine Ehefrau Svetlana Brinkmann (Saltsjöbaden) und als Verwalter Erik Sterner (Jönköping) genannt. Dieser war auch für Molaus schwedische Firma tätig. Als Revisor tritt wie bei der Kontinent Europa Stiftung auch Stefan Engdahl (Ernst & Young AB Jönköping) auf. Das Stiftungskapital betrug anfangs 22.800 Kronen. Im Juni 2007 wurde ein Stiftungskapital von 90.800 Kronen und ein Jahresumsatz von 12.246.539 Kronen angegeben. Als Totalumsatz wurden 12.337.334 Kronen verzeichnet. Auch Aktien der Noble Matals Exploration AB (Nomex) gehören zum Stiftungsvermögen.

Und die Wege nach Deutschland...

Ende April 2007 unterzeichnete Brinkmann bei einem Berliner Notar einen Kaufvertrag über 3,3 Millionen Euro für die Berlin-Zehlendorfer Villa. »Ein rein privater Kauf«, wie er gegenüber der Presse betonte.[2] Brinkmann trat bei diesem Geschäft als Beauftragter seiner Ehefrau Svetlana Brinkmann auf, die nun offiziell Eigentümerin der Immobilie ist. Im Mai 2007, wenige Tage nach dem Kauf der Luxusvilla in Berlin-Zehlendorf, kaufte Gonda Molau, die Ehefrau des NPD-Führungsmitgliedes Andreas Molau, eine Immobilie (»Hof Johannesberg«) mit umfangreichem Grundstück im brandenburgerischen Rauen für 200.000 Euro. Frau Molau trat bei dem Grundstückkauf für die schwedische Firma Startplattan auf. Molau versuchte die Geldgeber geheim zu halten und sprach von »ausländischen Investoren«, die anonym bleiben wollten. Die großen Pläne Molaus mit dem Objekt scheiterten bald, da der Vorbesitzer die Immobilie anderweitig verkaufte.

Die Arbeit der Kontinent Europa Stiftung

Die Arbeit der KES beschreibt sie selbst auf ihrer Homepage in einem »Stockholmer Manifest« mit pathetischen Worten: »Europäische Wissenschaftler und Publizisten haben sich in der Kontinent-Europa-Stiftung zusammengefunden, um einen europäischen Impuls zu stärken, der das Recht der Völker auf Identität anerkennt und gerade deshalb europäisch ist (...) Die Kontinent-Europa-Stiftung ist Teil der Avantgarde der europäischen Erneuerung. Sie möchte die Vernetzung dieser Avantgarde fördern (...)«. Anfang 2007 kam Bewegung in die Stiftung. Die zunächst ebenfalls im Stiftungsvorstand vertretene Svetlana Brinkmann wurde durch den Russen Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschitschew ersetzt. Der ehemalige Berater von Michail Gorbatschow ist seit Jahren Referent bei der »Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)« und Autor für die »National-Zeitung« des DVU-Chefs Gerhard Frey. Andreas Molau rückte in den Vorstand ein und Gert Sudholt wurde nach Medienberichten Vorsitzender der Stiftung.[3] Damit wird die Organisation durch eine Deutschen-Riege dominiert, die in Deutschland für die »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) (Vgl. AIB # 75) steht. Es kam auch zu zaghaften Aktivitäten der KES. So wurde der Rostocker NPD-Funktionär Lutz Dessau von der KES mit einem Forschungsauftrag »zur kulturgeschichtlichen und geopolitischen Entwicklung des Ostseeraumes« versehen. Kaum verwunderlich, denn Dessau selbst ist Mitglied im Direktorium der KES. Im März 2007 traf man sich im Elsass und im November zu einem Vortrag in Berlin. Im August 2007 wurde Alexander Kamkin, amtierender Auslandsreferent der National-Patriotischen Front Russlands »Pamjat«, in Berlin in das KES-Direktorium aufgenommen. Doch Ende 2007 gab es auch den ersten Streit. Pierre Vial (Tierra y Pueblo, Spanien), Pierre Krebs (Thule Seminar, Deutschland) und Enrique Ravello (Terre et Peuple, Frankreich) beschwerten sich über »machiavellistische Handlungen« in der KES. Der damalige Vorsitzende Sudholt soll sich »auf angebliche Satzungen« berufen haben, die von den Mitgliedern »nie durch ihre Stimme legitimiert« worden seien. Außerdem hatte Sudholt als offizielle Veröffentlichungen der KES zwei umstrittene Bücher herausgebracht. Das Buch »Feindliche Übernahme« sei »aus der Perspektive eines radikalen Judäo-Christentums« geschrieben worden und durch »Philosemitismus« geprägt. Die Gegner Sud-

2| Der Spiegel 29/2008: »Geheimer Gönner« von Sven Röbel und Andreas Wassermann.

3| In den KES-Gründungsunterlagen werden bereits Patrik Brinkmann, Dr. Gert Sudholt und Prof. Dr. Michael Vogt aufgeführt. Im Internet wurden jedoch im Juli 2007 auf der KES Homepage für den KES-Vorstand nur Wjatscheslaw Daschitschew (Russland), Prof. Pierre Vial (Frankreich), Andreas Molau (Deutschland) und Enrique Ravello (Spanien) vorgestellt. Als KES-Gründer trat hier Patrik Brinkmann (Schweden) auf. Als KES-Direktorium wurden Dr. Pierre Krebs (Deutschland), Prof. Pierre Vial (Frankreich), Prof. Jean Haudry (Frankreich), Prof. Wolfgang Seiffert (Deutschland), Dr. Walter Post (Deutschland), Dr. Pier Severini (Italien), Rüdiger Schrembs (Deutschland), Dr. Alexander Kamkin (Rußland) und Lutz Dessau (Deutschland) veröffentlicht.


[1] Die Brinkmann Villa in Berlin-Zehlendorf.

holts forderten seinen »vollständigen Rückzug« aus der KES und die Einberufung einer Kommission, die »echte Statuten verfassen und allen Mitgliedern zur Abstimmung vorlegen« solle. Dies trat jedoch nicht ein und Pierre Krebs verließ im Dezember 2007 das Direktorium der KES. Der Vorsitzende Sudholt beklagte jedoch, seinen Stiftungsgründer Brinkmann kaum zu sehen und bei der Organisierung von geplanten Versammlungen nicht unterstützt zu werden. Bei der Stiftung fehle es an der »wirtschaftlichen Transparenz«. Am 25. Juni 2008 sei er »aus persönlichen und politischen Gründen« als Vorsitzender zurückgetreten und habe die Stiftung verlassen. Offenbar hatte sich ihm die Stiftung zu sehr der NPD angenähert. Anfang August 2008 führte die KES auf Einladung der NPD-Landtagsfraktion von Mecklenburg-Vorpommern einen Kongress unter dem Motto »Deutschland und Rußland – Fundamente für ein Europa der Zukunft« in Schwerin durch. Anwesend waren neben Brinkmann von Seiten der Stiftung Wjatscheslaw Daschitschew und Enrique Ravello, die NPD hatte Udo Pastörs, Stefan Köster und Andreas Molau gesandt.

Fazit

Offenbar geht es den deutschen Neonazis bei dem politischen Flirt mit den internationalen Rechtsextremisten in diesem Fall weniger um den Aufbau neuer Strukturen durch die Stiftung, sondern eher um den Versuch in die Nähe des dringend benötigten großen Geldes zu kommen. Das Rennen um die Zuneigung des Millionärs Brinkmann scheinen im Moment die NPD-Funktionäre anzuführen. Eine Entwicklung die aufmerksam beobachtet werden sollte. ■

Die deutschen Mitglieder der Kontinent Europa Stiftung

Auffällig viele Deutsche tummeln sich in der schwedischen Stiftung. Hier finden sich äußerst rechte Publizisten wie der Verleger Gerd Sudholt, der revisionistische Historiker Dr. Walter Post (»Bürgerbewegung Pro München«), die Autoren und Referenten Olaf Rose (Vgl. AIB # 61) und Dankwart Kluge, Pierre Krebs (Leiter des Thule-Seminars) und Prof. Wolfgang Seiffert. Letzterer lehrte am Zentrum für deutsches Recht der Russischen Akademie der Wissenschaft in Moskau. Daneben agieren hier NPD-Kader wie Andreas Molau, Lutz Dessau und Rüdiger Schrembs. Viele der Deutschen kennen sich offenbar bereits aus der »Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)« (Vgl. AIB # 76). Sudholt und Rose gehören beispielsweise dem Vorstand der GfP an. Molau ist dort seit 2005 Vorsitzender. Laut der schwedischen Zeitschrift Expo ist im Leitungsgremium der Stiftung auch der Filmemacher Michael Vogt tätig. Dieser wird hier genauer betrachtet, da er als einer der Herausgeber der deutschen Fassung des verschwörungstheoretischen Filmes »Loose Change« zum 11. September bezeichnet wird, welcher auch außerhalb der rechten Szene weit rezipiert wird.

Prof. Dr. phil. Michael Friedrich Vogt (Jahrgang 1953) studierte in München und hat diverse einschlägige Filmdokumentationen unter anderem bei der Firma Polarfilm (Vgl. AIB # 76) produziert. Ein Zweiteiler über angebliche Kriegsverbrechen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg (1983, ARD), den Film »Geheimakte Heß« (2003, 2004 n-tv), »Death by hanging – Tod durch den Strang« (2006, DVD) zu den Nürnberger Prozessen, die deutsche Fassung von »Loose Change« (2007, DVD) zum 11. September Attentat und »Auf dem Wege Allahs« (2007, ZDF) über Islamisten in Deutschland. Zu seinen Mitarbeitern zählte auch Olaf Rose.
Vogt war Honorarprofessor an der Uni Leipzig, bevor er im November 2007 suspendiert wurde, da bekannt wurde, dass er – neben den Vorsitzenden der drei deutschen Rechtsparteien Udo Voigt (NPD), Gerhard Frey (DVU) und Rolf Schlierer (REP) – eine Erklärung der extrem rechten Fraktion ITS (Identität, Tradition, Souveränität) im Europaparlament unterzeichnet hatte bzw. nach Republikaner-Angaben gar an einem ITS-Treffen teilnahm. An dem »Gipfeltreffen« der europäischen rechtsextremen Parteien und Organisationen am 25. September 2007 in Straßburg nahmen auf Einladung des FPÖ-Funktionärs Andreas Mölzer insbesondere auch andere GfPler wie Andreas Molau teil. Bereits bei der mit Vogt verbundenen Firma »Polar Film« ist mit Karl Höffkes ein weiterer Filmschaffender und früheres Vorstandsmitglied der »Gesellschaft für freie Publizistik« tätig gewesen. Neben der Mitgliedschaft in diversen rechten bis extrem rechten Gruppen (Deutsche Burschenschaft, Burschenschaft Danubia, Ring freiheitlicher Studenten) war er 1986 als Funktionär in die »Hermann Niermann Stiftung« in Düsseldorf gewählt worden, welche über ein erhebliches Stiftungskapital verfügte (Vgl. AIB # 33).


Muslim-Markt interviewt Prof. Dr. phil. Michael Friedrich Vogt, M. A., u.a. Dokumentarfilmer ("Geheimakte Heß") 17.3.2008

Prof. Dr. phil. Michael Friedrich Vogt, M.A. (Jahrgang 1953) hat Geschichte und Politische Wissenschaften in München studiert. Seine Dissertation über das Menschenbild bei Karl Marx über die in der Marx'schen Anthropologie theoretisch schon angelegte menschenverachtende Realität des Sowjetkommunismus' wurde

Prof. Michael Friedrich Vogt

[1] Prof. Dr. phil. Michael Friedrich Vogt
Faksimile von www.muslim-markt.de

Die HNG – »Eine Familie, ein Bollwerk, eine Gemeinschaft«

Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V., kurz HNG, ist eine strömungsübergreifende Organisation des militanten Neonazismus. Sie versucht inhaftierte Neonazis ideell und materiell zu unterstützen und diese somit bei der Stange zu halten. Sie ist der organisierte Ausdruck der imaginären Kameradschaft und Volksgemeinschaftsideologie.

»HNG - Eine Familie, ein Bollwerk eine Gemeinschaft.
Wenn Ihr opfert, opfern wir doppelt so viel.
Wenn Ihr leidet, kämpfen wir stärker als zuvor.
Wenn Ihr klagt, tragen wir eure Stimme nach draußen.
Wenn Ihr weint, werden die Tränen zum Sturm der uns antreibt.
Wenn Ihr Hilfe braucht, stehen wir an der Front um sie euch zu geben.
Wenn sie Euch richten, verurteilen wir im Namen Deutschlands!
Wir sind was wir waren und wir werden es bleiben!«

Das in der Juni-Ausgabe der »Nachrichten der HNG« veröffentlichte Gedicht fasst die angestrebten Aufgaben und die Eigenwahrnehmung der 1979 in Frankfurt gegründeten HNG zusammen. Auch wenn es sich hier natürlich um Propaganda handelt und nicht um eine realistische Darstellung der Organisation.

Eine Familie

Die HNG versucht für die Inhaftierten des Neonazismus eine Familie darzustellen, eine Gemeinschaft die sich um die Gefangenen kümmert. Regelmäßig wird in den monatlich erscheinenden Nachrichten der HNG dazu aufgerufen Kontakt zu den Inhaftierten aufzunehmen. Auch wird dazu aufgefordert die Kameraden mit Briefmarken oder z.B. mit Weihnachtspäckchen zu unterstützen. In jeder Ausgabe des Heftes werden in der Rubrik »Briefe an den Vorstand« Beispiele von den Briefkontakten dokumentiert. Im Allgemeinen beginnen die Briefe mit den Worten »Liebe Ursel« oder auch »Heil dir liebe Ursel«. Gemeint ist Ursula Müller, die heute 75jährige wurde 1991 zur Vorsitzenden gewählt. Seit dieser Zeit führt sie, mit Unterstützung ihres Mannes, ebenfalls Vorstandsmitglied, die HNG. Die Familie Müller ist ein gutes Beispiel warum sich die HNG als »Familie« bezeichnet. Betrachtet man das Führungspersonal der HNG, so fällt auf, dass es sich dabei um eine Mischung aus Personen älteren und mittleren Alters handelt, diese sind fast ausnahmslos als langjährige Aktivisten des militanten Neonazismus bekannt. Sie sind weltanschaulich für die Szene über jeden Zweifel erhaben. Ihnen wird vertraut und durch die Dauer ihres Engagements sind sie in der Lage den Inhaftierten ein Gefühl emotionaler Nähe und familiärer Geborgenheit zu geben. Besondere Integrationspersonen sind dabei die Familie Müller, Personen wie Christian Worch oder Christian Malcoci. Aber auch die jüngeren Vorstandsmitglieder wie Sylivia Fischer, geb. Endres, oder Christian Wendt sind in der Szene seit Jahrzehnten bekannt.

Eine Gemeinschaft

Die HNG vermittelt der extrem rechten Szene das Gefühl von Kameradschaft und Gemeinschaft über den persönlichen Kreis hinweg. Sie erweckt den Anschein, als ob alle Kameraden einander helfen, für einander einstehen,




[1]

[1] Curt und Ursula Müller 1991 beim neonazistischen Rudolf-Heß-Marsch in Bayreuth.

eine Bewegung sind. Und dies fernab aller internen Streitigkeiten und Unterschiede. Die HNG schafft dabei zudem eine Brücke zwischen Alt und Jung, zwischen den Tätern des Nationalsozialismus und jenen die gerne in deren Fußstapfen treten wollen. Es besteht also die Möglichkeit sich mit zu Helden stilisierten NS-Tätern in eine imaginäre Kontinuität zu setzen.

»Eure Stimme«

Anspruch der HNG ist es den Gefangenen eine Stimme zu geben, über das angeblich erlittene Unrecht der Inhaftierten zu berichten und die Repression anzuprangern. Um diese nachzuweisen unterhält die HNG ein Archiv mit Prozessunterlagen und Zeitungsartikeln. Allerdings gehen von diesem derzeit keine größeren Aktivitäten aus. Es geht jedoch beim Sammeln von Unterlagen nicht nur um Propaganda, sondern auch darum anhand der Namen »die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können«.

Hilfe

»Die HNG verfolgt ausschließlich karikative Zwecke, in dem sie nationale politische Gefangene und deren Angehörige im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt« heißt es im §2 unter »Zweck des Vereins« der Satzung der HNG. Tatsächlich halten HNG-Mitglieder Kontakt zu vielen Inhaftierten. Allein ca. 100 Inhaftierte will Ursel Müller betreuen. Diese Zahl ist jedoch mit Vorsicht zu genießen, da es sich um eine Eigenangabe handelt. Regelmäßig startet die HNG eigene Solidaritätsaktionen. Auch hier ist die tatsächliche Dimension der Hilfe nicht abzuschätzen. Vielleicht ist jedoch auch viel entscheidender als die tatsächliche Hilfe, dass die Inhaftierten das Gefühl haben, dass sich um sie gekümmert wird.

»Wir sind was wir waren«

Die Hilfeleistungen sollen ein Ausdruck gelebter Kameradschaft sein. Diese soll den Inhaftierten verdeutlichen, wo ihre »Familie« und ihr Rückhalt ist und sie so zum Verbleib in der Szene bewegen, bzw. das Hinterfragen der neonazistischen Ideologie in der Haftzeit verhindern. Die Kameraden sollen nach der Haft dort weitermachen, wo sie vorher aufgehört haben. Betrachtet man die Namen in der Gefangenenliste und jener die sich Briefkontakt wünschen, so finden sich dort internationale Größen der Holocaustleugnung neben Altnazis und militanten bzw. rechtsterroristischen Tätern.

Mehr Schein als sein?

Eine Mitgliedschaft in der HNG gehört zum »guten Ton« für Aktivisten der neonazistischen Szene. Immerhin 550 Mitglieder hat die HNG laut dem Verfassungsschutz. Inwieweit die tatsächlich willens oder in der Lage sind, Hilfe für die »Kameraden in Haft« zu leisten ist oftmals nicht nachprüfbar. Ein Indiz, dass es sich bei der Mitgliedschaft in der HNG mehr um Prestige als um tatsächlich gelebte Kameradschaft handelt, ist die schwarze Liste der säumigen Zahler, die in regelmäßigen Abständen in den HNG-Nachrichten veröffentlicht wird. Allein 76 säumige Mitglieder weist die »Schwarze Liste« im Juni 2008 auf. Darunter die Namen bekannter Funktionäre wie Thomas Gerlach, Katrin Grewe, Gordon Reinholz, Dirk Sokoll oder Oliver Schweigert. Zwar kommen jährlich zur Jahreshauptversammlung ca. 150–200 neonazistische Kader zusammen, dieses als Ausdruck der Stärke der HNG zu sehen ist aber problematisch. Es ist Ausdruck des hohen Ansehens der HNG, jedoch nicht Ausdruck des eigenen Engagements. Auch dass die NPD Kontakt zur HNG hält und Daniela Wegener aus dem Kreis der Freien Kameradschaften beim NPD-Bundeskongress die Möglichkeit bekam, für die Arbeit der HNG zu werben, ist ein Zeichen für die Bedeutung der HNG als strömungsübergreifende Plattform der Neonazis. Doch die eigentliche Bedeutung der HNG liegt in deren Existenz selbst, in dem Mythos von Kameradschaft und gegenseitigem Einstehen. Inhaftierten Neonazis reicht schon der Schein angeblicher Solidarität und Hilfe, um jene Phantasmen von Kameradschaft und Volksgemeinschaft aufrecht zu erhalten, für die sie ihre Taten begangen. Und für jene, die vor den Gefängnissen »drinnen und draußen – ein Kampf« brüllen, ist es ebenfalls die Teilhabe an der Gemeinschaft, die ihnen Stärke vermittelt. Von daher ist die Bedeutung der HNG unabhängig von Mitgliederzahl und tatsächlichen Aktivitäten nicht zu unterschätzen. ■

»Keine Stimme den Nazis«

Antifaschistische Kampagne in Brandenburg soll Wahlerfolge der NPD stoppen

Gastbeitrag der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB)

Zur Kommunalwahl im Land Brandenburg Ende September 2008 hat sich ein antifaschistisches Bündnis unter dem Motto »Keine Stimme den Nazis« zusammengeschlossen. Das Bündnis setzt auf regionale Aktionen, Aktivierung lokaler Akteure und versucht den Einzug von Neonazis in Kommunalvertretungen zu verhindern.



Das Land Brandenburg ist durch zwei Extreme geprägt: einen dichtbesiedelten Speckgürtel rund um Berlin, sowie ländlich geprägte Kreise, die vielerorts eine Landflucht erleben. Brandenburg verzeichnet nach Mecklenburg-Vorpommern die geringste Einwohnerdichte in der BRD und ist gleichzeitig eines der Bundesländer mit den meisten extrem rechten Übergriffen aus der Bevölkerung. Nach Angaben der Brandenburgerm Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt »Opferperspektive« wurden im Jahr 2007 mit 1511 extrem rechten Gewalttaten ein neuer Jahresrekord erreicht, dazu kommen unzählige Propagandadelikte, Sachbeschädigungen und Bedrohungen.

Die extreme Rechte ist in Brandenburg in unterschiedlichster Form vertreten: DVU, NPD sowie eine Vielzahl von »Kameradschaften«. Der »Deutschlandpakt« mit Wahlabsprachen zwischen DVU und NPD wurde auf die lokale Ebene ausgeweitet. Das Ziel der Neonazis ist, flächendeckend in Kommunalparlamente einzuziehen und damit ein Fundament für die Landtagswahl 2009 zu legen. Bisher galt Brandenburg als DVU-Land, doch unter der Führung von Klaus Beier plant die NPD im kommenden Jahr Parteikader in den Brandenburger Landtag zu schicken. Ob dann die NPD oder die DVU die Wahllisten anführt, könnte sich aus den Ergebnissen bei den Kommunalwahlen ergeben. Tatkräftige Unterstützung erhält die NPD aus dem Spektrum der »freien Kameradschaften«, die nach der Auflösung des »Märkischen Heimatschutz« (MHS) näher an die NPD gerückt sind.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie auf die Offensive der NPD zu reagieren ist. Auf Initiative der Antifaschistischen Linken Berlin gründete sich ein Bündnis, an dem zahreiche Antifagruppen, Jugendverbände, lokale Initiativen sowie Gewerkschaften beteiligt sind. Bewusst haben wir uns enschieden, neben Antifas auch

Die Massenzeitung »Speziell«

Ein Mittel zur Ausgrenzung von Neonazis ist die Aufklärung über selbige. Einen Schritt weiter geht die offensive Diffamierung von scheinbar unbescholtenen NPD/DVU-Kadern als Neonazis, Gewalttäter und Kriminelle. Dazu kann die Selbstinszenierung der NPD als Partei der Saubermänner gezielt genutzt werden, um sie zu diskreditieren.

Dafür wurde die Massenzeitschrift »Speziell« erstellt. In ihrem Stil an der Boulevardpresse orientiert, liefert sie Hintergrundinformationen über die Gefahr von Rechts und Rassismus, die Verstrickung von NPD-Kadern in Kriminalität, Gewalttätigkeiten, etc. und liefert Argumente gegen Vorurteile gegenüber MigrantInnen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich potentielle NPD-Wähler damit abhalten lassen, ihr Kreuz bei der NPD zu machen.

gesellschaftliche MultiplikatorInnen aus Gewerkschaften und lokalen Initiativen anzusprechen. Aus den Erfahrungen zahlreicher Antifa-Kampagnen der letzten Jahre in Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein kamen wir zu dem Schluss, dass nur eine offene Bündnisarbeit, die möglichst viele Akteure anspricht, den Erfolg der Neonazis einschränken und eine antifaschistische Kultur stärken kann. Das Nebeneinander unterschiedlicher Aktionsformen und Ansätze wird als Stärke begriffen. Die Aufgaben von AntifaschistInnen innerhalb solcher Kampagnen sind vielfältig:

- Aufklärung über neonazistische Strukturen und die Gefahren von Rechtsextremismus.
- Aufzeigen der gesellschaftlichen Tragweite von Neonazismus und Rassismus und dass beides von allen Kräften gemeinsam bekämpft werden muss.
- Schaffen eines Klimas, in dem Antifaschistinnen und Antifaschisten ermutigt sind, aktiv zu werden und sich NPD & Co. in den Weg stellen. Denn letztlich sind Neonazis dort schwach, wo es eine starke Linke gibt.

Um dies alles zu erreichen, geht es um das Aktivieren von lokalen Gruppen, Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen. Da Gewerkschaften sowie die genannten Akteure aus der Zivilgesellschaft vielerorts über eigene (halb-)staatliche Netzwerke verfügen, sind Antifas in ländlichen Regionen oft auf sich allein gestellt. Sie gilt es gezielt zu stärken und zu fördern, damit auch nachhaltig linke Strukturen entstehen, die immer noch das beste Mittel gegen die extreme Rechte sind. ■

Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Ein flaches Land, dünn besiedelt, kulturarm – und seit fünfzehn Jahren Tummelplatz von Rechtsextremen. Kein Wunder, denn Potenzial ist reich vorhanden. Einer Studie zufolge vertreten fast 50 Prozent der Bevölkerung rassistische Positionen, bundesweit der unangefochtene Spitzenwert. Angesichts solcher Daten überrascht es fast, dass die organisierten Rechtsextremen nicht noch erfolgreicher sind. Immerhin aber sitzt die DVU seit fast zehn Jahren in Fraktionsstärke im Landtag. Außer in Brandenburg ist es der Partei noch nirgendwo sonst gelungen, einen Wahlerfolg zu wiederholen. Auf 5,3 Prozent 1999 folgten 6,1 Prozent im Jahr 2004. Die sechs DVU-Abgeordneten bemühen sich fleißig, parlamentarisch mitzuarbeiten. Sie schaffen es jedoch nicht sonderlich gut, damit öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Nebenher veranstaltet ein Landesvorstandsmitglied nicht nur das jährliche DVU-Fest auf seinem Privatgrundstück, sondern auch beinharte Neonazi-Rechtsrockkonzerte. Probleme mit seiner Partei bekommt er deshalb nicht, obwohl die DVU offiziell sowohl Neonazismus als auch Rechtsrockmusik ablehnt. Neben der 250 Mitglieder zählenden DVU hat sich die NPD inzwischen zur zweiten bedeutenden rechtsextremen Partei im Land hochgearbeitet. Auch sie zählt mittlerweile 250 Mitglieder. Bis vor zwei Jahren lag der NPD-Landesverband in Trümmern, nachdem der damalige Landeschef die Partei 2004 verlassen hatte. Unter dem aktuellen Vorsitzenden Klaus Beier (hauptberuflich Pressesprecher der Bundes-NPD) warb die Partei fleißig um Mitglieder, baute Lokalstrukturen auf und zeigte mit recht zahlreichen wenn auch teilnehmerschwachen Demonstrationen Präsenz auf der Straße. Die Brandenburger Kameradschaftsszene reiht sich bei diesen Events artig mit ein, ist aber nicht in der Lage, eigene Impulse zu geben. NPD und DVU kandidieren bei den Kommunalwahlen mit rund 50 bzw. 70 KandidatInnen nach Landkreisen getrennt voneinander, um nicht konkurrieren zu müssen. Die Listen sind gespickt mit militanten Neonazis, rechtsextremen Politmumien und verurteilten Gewalttätern. Nur drei Beispiele: Auf der DVU-Liste in Barnim steht Kai Hasselmann (Ex-Chef des »Nationalen Bündnis Preußen«); die NPD bietet in Guben Alxander Bode (den Haupttäter der tödlichen Hetzjagd von Guben 1999) und in Cottbus Frank Hübner (Ex-Chef der 1992 verbotenen Kühnentruppe »Deutsche Alternative«) auf.



Informationen:
www.keine-stimme-den-nazis.de
www.antifa.de

Organisiertes Erbrechen in Bremen

Christian Jakob

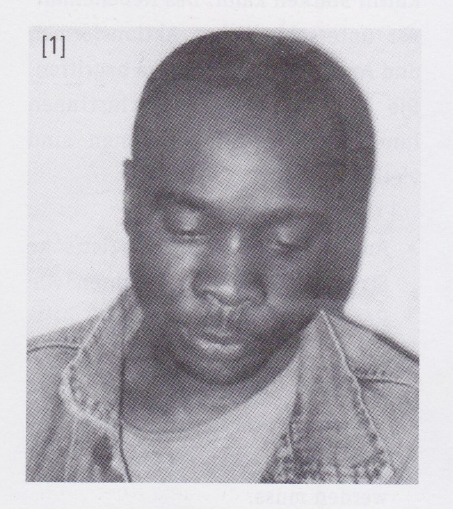
Der Autor ist Redakteur bei der tageszeitung (taz) in Bremen.

Thomas Röwekamp ist ein erfolgreicher Politiker. Mit 25 Jahren Landtagsabgeordneter, mit 36 Innensenator, mit 38 stellvertretender Bürgermeister von Bremen. Dass der CDUler sich sicherheitshalber auch noch zum Bankkaufmann ausbilden ließ und in eine Anwaltskanzlei einstieg, ist da kaum noch der Rede wert. Doch dass Röwekamps Karriere derart gradlinig verlief, gibt nicht nur Einblick in die Zielstrebigkeit des Berufspolitikers, sondern auch in das kleine Bundesland an der Weser, das sich so gerne seiner Liberalität rühmt.

Röwekamp hat den Beweis erbracht, dass man im hanseatischen Norden eine tödliche Brechmittelvergabe an einen afrikanischen Drogenhändler zu Zwecken der »Beweissicherung« als »gerechtfertigte Maßnahme« bezeichnen – und kurz darauf mit großer Mehrheit in das zweithöchste Amt des Landes gewählt werden kann.

Es ist die Rede vom Brechmitteltod des sierra-leonischen Asylbewerbers Laye-Alama Condé. Seit April dieses Jahres verhandelt das Landgericht Bremen wegen fahrlässiger Tötung gegen den Polizeiarzt, der die »gerechtfertigte Maßnahme« durchgeführt hatte und am 2. Weihnachtstag des Jahres 2005 dem gefesselten Condé den Brechsirup Ipecacuanha eingeflößt hatte. Stundenlang. Mit Gewalt und mit der Hilfe zweier Polizisten und, später, auch zweier Sanitäter. V. setzte die Maßnahme auch dann noch fort, als Condés Zustand zwischenzeitlich so kritisch geworden war, dass er einen Notarzt hinzurufen musste. Doch ob die Justiz das Rechtsverständnis von Thomas Röwekamp, der als Innensenator für die archaische Ermittlungspraxis verantwortlich war, zurückweisen wird, ist völlig offen.

Bis auf seine dramatischen letzten Stunden ist Laya Condés Leben nicht so präzise dokumentiert, wie das des ehrgeizigen Konservativen. Doch man darf annehmen, dass es auch in den Jahren zuvor nicht so geradlinig verlief. Seine Familie floh vor dem Bürgerkrieg in Sierra Leone in das Nachbarland Guinea. Condé sah dort keine Perspektive für sich und machte sich auf nach Europa. Irgendwie verschlug es ihn in das Bremer Ostertorviertel. Und an jenem zweiten Weihnachtsfeiertag, kurz vor Mitternacht, hielt Condé sich an der dortigen Sielwallkreuzung auf. Diese ist ein Treffpunkt der Drogenszene und Afrikaner werden hier, vor allem nachts, häufig von der Polizei kontrolliert. Die Streifenwagenbesetzung, die Condé aufgreift, wird später angeben, dass Condé, der bis dahin weder als Dealer noch sonstwie strafrechtlich in Erscheinung getreten war, »verdächtig geschluckt« hatte. Den Polizisten reichte das. Sie brachten ihn in das Polizeipräsidium in der Vahr, fesselten Condé auf eine Pritsche und riefen den Polizeiarzt Igor V. Einen Dolmetscher, einen Richter oder einen Staatsanwalt riefen sie nicht. »Gefahr« sei »im Verzug« gewesen.



[1] Laye-Alama Condé starb im Polizeigewahrsam.

Das sah Condé wohl ähnlich. Er weigerte sich jedenfalls, den Brechsirup zu schlucken. Die Polizisten ließen sich davon nicht beirren. Sie wollten die »Exkorporation« um jeden Preis. Dass weder sie noch der Arzt V. Erfahrungen mit zwangsweiser Brechmittelvergabe hatten, störte sie nicht.

Das Experiment ging schief. Gegen ein Uhr sah V. sich gezwungen, ein Notarzt-Team zu rufen. Die beiden Sanitäter erinnerten sich bei der Gerichtsverhandlung an folgende Szene: Condé lag, mit Handschellen gefesselt, auf einer Liege. Nach der Brechsirupvergabe »zeigte er überhaupt gar keine Reaktion mehr«. Sein gemessener Blutsauerstoffwert sei kritisch gewesen, die Sanitäter konnten ihn jedoch wieder normalisieren. Doch obwohl Condés Zustand zwischenzeitlich lebensgefährlich gewesen war, nutzten V. und die Polizisten die Gelegenheit, ihre »Maßnahme« fortzusetzen.

Die beiden Sanitäter halfen ihnen dabei. Einer reichte V. Schüsseln mit



Wasser, das dieser Condé über eine Nasensonde einflößte. Die Sonde, so berichten sie später, sei immer wieder herausgerutscht und habe nachgelegt werden müssen. Schließlich regte Condé sich nicht mehr. Dann habe V. Condés »Zäpfchen mit einer Pinzette stimuliert«, um weitere Würgereflexe zu provozieren. Aus Condés Mund sei ständig Flüssigkeit gelaufen. »Der ganze Boden war reichlich voller Wasser«, sagte ein Sanitäter. Condé selbst sei derartig durchnässt gewesen, dass die Elektroden zur Messung der Herzfrequenz kaum an seinem Körper haften blieben.

Am Ende habe Condé »Schaum vor dem Mund« gehabt. Seine Herzfrequenz rutschte »in den Keller«, zeitweise habe das Herz völlig zu schlagen aufgehört, seine Pupillen »deuteten auf einen schweren Hirnschaden hin«. Bei der Aktion kamen einige Kokainkügelchen zum Vorschein, die Condé offenbar zuvor verschluckt hatte.

Einer der beiden Polizisten sagte vor Gericht, er und sein Kollege hätten »angemessen und verhältnismäßig« entschieden. Dass man Condé Wasser per Nasensonde einspritzte, damit er seinen Mageninhalt restlos hervorwürgte, nannte der Drogenfahnder »trinken«.

Um drei Uhr morgens fällt Condé ins Koma und wird in das St.-Joseph-Krankenhaus eingeliefert. Die Diagnose des Notarztes: Ertrinken. Condés Lunge war voller Wasser gelaufen. Kurz darauf trat der Hirntod ein. Am 7. Januar wird Condé für tot erklärt.

Während der Afrikaner im Koma liegt, lädt Radio Bremen den damaligen Innensenator Thomas Röwekamp zu der Regionalnachrichtensendung »buten un binnen« ins Studio ein. »In Bremen liegt ein Mensch in einem Krankenhaus. Er stirbt vermutlich, weil die Polizei ihn als Drogendealer überführen wollte. Was empfinden Sie dabei?« will der Moderator von ihm wissen. Röwekamps holt weit aus und sagt schließlich: »Ich würde in der Abwägung sagen, ich halte das für eine gerechtfertigte Maßnahme. Der Umstand, dass er jetzt gesundheitliche Folgen davon trägt, ist im wesentlichen (...) wohl darauf zurückzuführen, dass er eine dieser Kapseln offensichtlich zerbissen und sich dadurch eine Vergiftung zugeführt hat.«

Er halte es für »völlig gerechtfertigt, mit unnachgiebiger Härte gegen solche Leute, die Drogen gewerbsmäßig verkaufen, vorzugehen und dann müssen sie eben halt auch in Kauf nehmen, dass sie ein Brechmittel verabreicht bekommen.« Für den Senator war die Sache klar: »Hätte er die Drogen nicht versucht vor uns zu verbergen, wäre ihm nichts weiter passiert. (...) Wir werden weiter mit der notwendigen Härte und Schärfe und mit Brechmitteleinsatz gegen gewerblichen Drogenhandel in Bremen vorgehen.«

Es sollte anders kommen. Nur zwei Wochen später verbot der Senat den zwangsweisen Einsatz von Brechmitteln. Auch wenn Röwekamps Auftritt vielen Menschen in der Stadt lange im Gedächtnis blieb, tat dies seiner Karriere keinen Abbruch.

Anfang 2007 erhielt Condés Mutter 10.000 Euro – das Schmerzensgeld, welches Condé zugestanden hätte, wenn er überlebt hätte. Das hätte das Land ihm zahlen müssen, weil der Europäische Gerichtshof 2006 im Fall des Nigerianers Achidi John zwangsweise Brechmittelvergabe als Verstoß gegen das Folterverbot eingestuft hatte. Auch John war 2004 in Hamburg nach einer zwangsweisen Brechmittelvergabe gestorben. Das Geld für Condés Mutter zahlte der »Haftpflichtschadensausgleich der Deutschen Großstädte« eine Selbsthilfeeinrichtung mehrerer Kommunen.

Der Prozess gegen den Polizeiarzt V. ist derweil ins Stocken geraten. V.s Anwalt hatte kurz vor Ende der Beweisaufnahme einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter gestellt. Der Richter hatte Bremen wegen des Condés Tod in einer juristischen Fachzeitschrift »Hauptstadt des organisierten Erbrechens« genannt. Nachdem der Befangenheitsantrag Ende Juni abgelehnt wurde kündigte der Verteidiger Revision beim Bundesgerichtshof an. Gleichzeitig stellte er 22 neue Beweisanträge. Die eigentlich unmittelbar danach angesetzten Schlußplädoyers wurden auf unbestimmte Zeit verschoben.

Röwekamps Nachfolger, der Sozialdemokrat Ulrich Mäurer, Anfang Mai ins Amt gekommen, setzte in derselben Zeit erste innenpolitische Akzente: Mit noch mehr Polizeipräsenz, »intensiven verdeckten Observationen« und mehr Platzverweisen will er die »bis zu 30 afrikanischen Kleindealer« im Ostertorviertel »für längere Zeit« inhaftieren – oder abschieben. Mäurer selbst nannte seine Initiative einen »Kampf gegen Windmühlen«, und auch die Polizei geht davon aus, dass sich der Drogenhandel mit den geschätzten 4.000 NachfragerInnen in Bremen »dauerhaft nicht unterbinden«, sondern höchsten mit hohem Personaleinsatz »eindämmen« lasse. Die Dealer würden sich »sofort neu formieren« oder auf andere Ort ausweichen. Bremens Polizeipräsident Eckhard Mordhorst nannte es ein Ziel »die Szene in Bewegung halten«. Denn auf die Ursachen des Drogenhandels »wollen wir erst gar nicht einsteigen«. ■

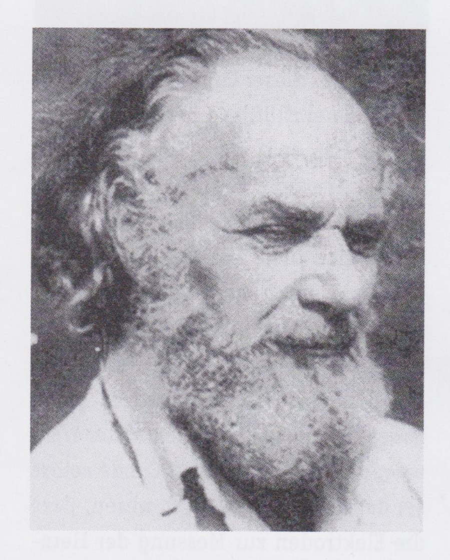
»Das eigene Leid begreift man nicht.«

Fred Wanders »Der siebente Brunnen und die Geschichte des Selbst« (Teil 2)

Erin McGlothlin

Der siebente Brunnen trägt die Spuren des autobiographischen Unterfangens. Auf den ersten Blick scheint es ein Buch zu sein, in dem das Selbst zugunsten der Entwicklung anderer Charaktere eingeschränkt wird. Während des Lesens enthüllt sich das Buch jedoch als Text, der den Spagat des autobiographischen Prozesses vollbringt und den Versuch unternimmt, das autobiographische ›Ich‹ zu erschaffen. Auf gewisse Weise ist Wanders Buch eine Art Bildungsroman, der von der Entstehung eines autobiographischen Subjekts erzählt, das sich langsam positioniert, um seine eigene Geschichte zu erzählen, indem es die Stimmen anderer Figuren annimmt und deren Geschichten erzählt. Die Akzeptanz der Rolle des Geschichtenerzählers reflektiert die Bemühungen des Texts, eine Autobiographie zu werden und eine Perspektive zu finden, aus der das ›Ich‹ die brutale Zerstörung, die es beobachtet, bezeugen kann. Es ist daraufhin in der Lage, etwas über seine eigenen traumatischen Erfahrungen zu erzählen.

Christa Wolf bezeichnet das Problem des Erzählens als zentrales Motiv des Buches.[1] Die erste Geschichte mit dem Titel »Wie man eine Geschichte erzählt« reflektiert dieses Problem ganz bewußt, da die Geschichten, die in diesem Fall erzählt werden, keine Märchen sind, sondern Berichte über den tragischen und sinnlosen Tod europäischer Juden und über die »verlorene schöne Welt«[2] ihrer Leben vor dem Holocaust. Wie kann man eine Sprache finden, die dieser Aufgabe gewachsen ist? Das ist das Dilemma des Erzählers, der seine Geschichte des Leidens und Traumas schon im ersten Satz mit dem Tod eines der Häftlinge, Mendel Teichmann, beginnt. Als Mendel Teichmann noch am Leben war, beanspruchte er den Status des Meister-Geschichtenerzählers, denn seine legendären erzählerischen Fähigkeiten hatten einen nachhaltigen Einfluß auf seine Zuhörer: »Das Wort, kaum daß es erklang, machte die Männer erbleichen, es verwandelte sie, kehrte ihre Blicke nach innen, ließ sie Tränen vergießen und lachen, geißelte sie, erstickte sie, ließ sie ächzen und sogar schwitzen.« (S. 8) Mendel ist daher der einzige der Lagerhäftlinge, der das Talent und die Fähigkeit besitzt, die Lagererfahrung sprachlich so zu organisieren und zu übermitteln, daß sie die Taubheit einer unsensiblen Welt überwindet. Der Erzähler glaubt dagegen, daß er der Aufgabe des Geschichtenerzählens nicht gewachsen ist. Selbst sein jetziger Versuch, Mendels Worte zu wiederholen, endet in bedeutungslosen Sprachfetzen und eigenartigen Geräuschen: »Doch wie soll ich es wiedergeben – verglichen mit dem Glanz und der Kraft seiner Rede, kann meine Erzählung nur



Gestammel sein.« (S. 8) Doch der Erzähler möchte unbedingt Geschichten erzählen können, und so sucht er Mendel auf, um »das Handwerk des Erzählens zu erlernen«. (S. 8)

Mendels Methode, das Geschichtenerzählen zu lehren, besteht darin, daß er erzählt, wie er einst einem »milchgesichtige[n] Bürschlein« (S. 8) diese Fähigkeit beibrachte, nämlich indem er ihm eine Geschichte erzählte. Die Unterweisung im Geschichtenerzählen ist daher als Geschichte und Lektion verdoppelt: Die Zuhörer und Studierenden sind zugleich Erzähler und Bürschlein (verdreifacht, wenn man den Leser noch in Betracht zieht). Geschichtenerzählen ist, wie Mendel behauptet, nichts, was man lernen kann: »das hat man oder hat es nicht.« (S. 8) Mendel demonstriert sein eigenes Talent des Geschichtenerzählens, indem

1| Wolf, Gedächtnis und Gedenken, a.a.O., S. 140.

2| Fred Wander: Der siebente Brunnen. Erzählung. Berlin, Weimar: Aufbau 1971, S. 8. In Hinkunft im Text mit einfacher Seitenangabe zitiert.

er erzählt, wie er auf des Bürschleins Verlangen nach Unterricht reagierte. Nachdem er das Bürschlein bat, ihm etwas über die wesentlichen Bestandteile seines Hauses zu erzählen, sagt er: »Viel mehr sagt er nicht, der kluge junge Mann, und das genügt mir, ich kann es sehen, riechen kann ich das Haus. Ich brauche erst gar nicht hinauszufahren, um es mir anzusehen.« (S. 9) An diesem Punkt, so macht er dem Erzähler klar, war er in der Lage, den Faden der Erfahrungen des Bürschleins aufzunehmen, diese auszuschmücken und in eine Geschichte zu verwandeln, die sich über die nächsten zwei Seiten erstreckt. Das, was Mendel die Fähigkeit verleiht, diese Geschichte zu konstruieren, ist, wie er selbst sagt, seine lebhafte Vorstellungskraft. Seine Phantasie ist in der Tat so stark, daß er sich nicht nur ein mentales Bild von dem Haus des Bürschleins macht, sondern es mit seinen Sinnen erfährt.

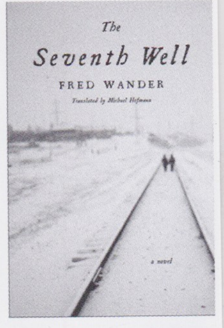
Der Ich-Erzähler hört der Lektion über das Geschichtenerzählen geduldig zu und antwortet: »Das alles haben Sie dort gesehen, in jenem Haus, wo jenes Bürschlein wohnte?« (S. 13) Diese naive Reaktion auf Mendels Geschichte, die pure Phantasie war, verrät das Unverständnis des Erzählers darüber, was Mendels Geschichtenerzählen ausmacht. Mendel reagiert äußerst vehement auf dieses falsche Verstehen seiner Lektion:

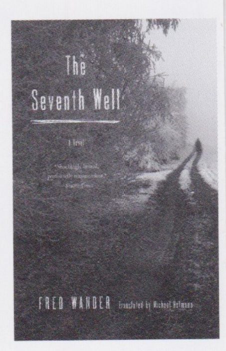
Mendel schaute mich erschrocken an: Also du hast nichts verstanden. Ich rede und rede, und du verstehst mich nicht. Ich war nicht draußen, wo er wirklich wohnte. Ist es denn so wichtig, dieses Haus, jenes Haus ... In den Menschen liegen Kräfte verborgen, aber sie wissen es nicht. Man läßt sie verkümmern und zu Krüppeln werden. Und da ihre Poren verstopft sind, ihre Augen blind, aber das Leben in ihnen drängt, all diese Kraft, von der sie nicht wissen, was sie mit ihr anfangen sollen, brechen sie aus. (S. 13)

Für Mendel besteht Geschichtenerzählen nicht aus den trockenen Fakten und nüchternen Details des täglichen Lebens. Im Fall des Bürschleins ist es nicht die tatsächlich greifbare Struktur des Hauses, die die Geschichte bestimmt. Mendel ist eher der Meinung, daß Geschichten aus einer inneren menschlichen Erfahrung bestehen, einer inneren Bedeutung, zu der viele Menschen oft keinen Zugang haben, da sie unfähig sind, ihre eigenen Kräfte wirklich wahrzunehmen. Es bedarf eines Geschichtenerzählers mit offenen Augen und Poren, der sich diese innere Erfahrung vorstellen, sie sprachlich fassen und in eine Geschichte einbinden kann, so daß die inneren Kräfte dieser Erfahrung wahrgenommen und kundgetan werden können. Mendel Teichmann, der als Zadik in der Lage ist, das Wesentliche hinter der Fassade zu sehen, übernimmt daher die Aufgabe, sich menschliche Erfahrungen vorzustellen und zu interpretieren. Für Mendel zeigt sich in der Unfähigkeit des Erzählers, über das Haus des Bürschleins hinausgehend die wesentliche Erfahrung zu sehen, seine Untauglichkeit für die schwierige Aufgabe des Geschichtenerzählens.

Nach dieser mißglückten Lektion im Geschichtenerzählen spricht der Erzähler nicht mehr von seinem Verlangen, das Geschichtenerzählen zu lernen. Am Ende des Kapitels erzählt er uns jedoch von Mendels Tod und dem damit verbundenen Verlust von Mendels Geschichten. Der Geschichtenerzähler, der die innere Erfahrung der Lager vermitteln würde, ist tot, und das Vermächtnis seiner Geschichten ist mit ihm gegangen. Es gibt niemanden, der Mendels Rolle als Geschichtenerzähler übernehmen könnte, und so muß der Erzähler, trotz seiner fehlenden Phantasie, irgendwie in die Schuhe schlüpfen, die ihm Mendel zurückgelassen hat.

Zu Beginn sieht sich der Erzähler ganz und gar nicht in der Lage, diese neue, selbstauferlegte Pflicht zu erfüllen. Als er über Mendels Tod berichtet, bemerkt er seine eigene Unfähigkeit, dieses Ereignis zu beschreiben: »Er starb einen sinnlosen, unwürdigen Tod, laßt mich darüber schweigen.« (S. 16) Wie er zu Beginn des nächsten Kapitels feststellt, reicht das Verlangen danach, eine Geschichte erzählen zu können, nicht aus, um die Geschichte dazu zu zwingen, sich in Sprache zu manifestieren: »[Der Mensch] möchte das alles rufen, glänzen, prahlen, sich ereifern, atemlos. Er kann es nicht, ihm fehlen die Worte, fehlt die Kunst.« (S. 18) Trotz seiner Sprachlosigkeit und seiner fehlenden Vorstellungskraft beginnt der Erzähler, der über sich selbst in der dritten Person spricht, sich langsam seinen Weg aus dem Schweigen zu bahnen: »Erst fängt er stockend zu erzählen an, vorsichtig den anderen taxierend.« (S. 18) Er bricht dieses Schweigen nicht, indem er seine eigene Geschichte erzählt, sondern indem er sich eher auf ›die anderen‹ konzentriert und versucht, sich ihre Geschichten vorzustellen und ihnen eine Stimme zu verleihen. In seinem ersten Erzählversuch nimmt er die Stimme des holländischen Juden de Groot an und probiert, de Groots Erfahrungen von innen heraus zu imaginieren und Zugang zu ihnen zu finden. Sehr bald danach beginnt er, sich die Geschichten der anderen Häftlinge vorzustellen: Tschukran, Meir Bernstein, Sascha, Jacques. Die eigene Stimme des Erzählers zieht sich dabei fast gänzlich in den Hintergrund zurück, während die Stimmen der anderen in den Vordergrund rücken. Auf diese Weise wird er zu einem Zeugen; jemand, der die innere Erfahrung anderer wahrnimmt und ihnen eine Stimme verleiht. ■







Verhinderte Entschädigung

Interview mit Anja Hense

In Ihrer Dissertation analysieren Sie die Entstehungsgeschichte der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«. Können Sie die wichtigsten Stationen der Gründung kurz nachzeichnen?

Die erste und zugleich entscheidende Station im Gründungsprozess der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« waren die zahlreichen Sammelklagen und Sanktionsdrohungen gegen deutsche Unternehmen in den USA, die seit März 1997 in Gang gesetzt wurden. Die Klagen richteten sich gegen ehemalige Profiteure der Zwangsarbeit, die intensive Geschäftsbeziehungen in den USA unterhielten, so dass eine Zuständigkeit der amerikanischen Bundesgerichte begründet werden konnte. Auch andere rechtliche Rahmenbedingungen sorgten dafür, dass Überlebende der Zwangsarbeit hier erstmals über eine Erfolg versprechende Klagemöglichkeit verfügten. Kurz nach Beginn der Klagewelle im Sommer 1998 trafen daher die Manager der beklagten Konzerne zusammen, um erstmals über eine kollektive Kompensationsregelung für ehemalige Zwangarbeitende zu beraten. Mit Hilfe der Bundesregierung sollte dann zunächst ein exklusives Abkommen über die Ansprüche jüdischer Überlebender in den westlichen Staaten getroffen werden. Osteuropäischen Überlebenden und Regierungen gelang es jedoch, durch die Beteiligung an den US-Sammelklagen und intensive diplomatische Interventionen einen internationalen Verhandlungsprozess zu erzwingen und die Ansprüche nicht-jüdischer Zwangsarbeitskräfte in die Regelung einzubeziehen. In achtzehnmonatigen Verhandlungen wurde dann um die Grundstruktur der geplanten ‚humanitären Stiftung', die Anspruchskriterien, die Gesamthöhe des Fonds und die Herstellung von ‚Rechtssicherheit' für deutsche Unternehmen gerungen. Negativ wirkte sich die Abweisung zweier Sammelklagen durch das US-Bundesgericht in New Jersey auf die Verhandlungsposition der Opfervertretungen aus, so dass diese im Dezember 1999 in eine Gesamtsumme von 10,1 Mrd. DM zur Abgeltung sämtlicher Ansprüche aus Zwangsarbeit und anderen von deutschen Unternehmen verursachten Personen- und Vermögensschäden einwilligten. Nach weiteren Verhandlungen über die Verteilung der Gelder und weitere Rechtsgarantien für die deutsche Regierung und Wirtschaft, die einen endgültigen Schlussstrich unter alle Reparations- und Entschädigungsfragen aus dem Zweiten Weltkrieg gewährleisten sollten, wurde im August 2000 die Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' gegründet. Die Auszahlungen an die Überlebenden begannen erst ein knappes Jahr später, da die deutsche Seite darauf bestand, dass zuvor alle laufenden Sammelklagen gegen deutsche Konzerne in den USA abgewiesen sein mussten.

Fand sich die deutsche Industrie letztlich nur aus ökonomischen Gründen im Hinblick auf das USA-Geschäft bereit, oder gab es auch moralisch-politisch geläuterte Akteure?

Die ökonomischen Motive der deutschen Unternehmen waren eindeutig ausschlaggebend für die Gründung und die Ausgestaltung der Stiftung EVZ. Schließlich hatten die Konzerne noch Mitte der neunziger Jahre jeden Handlungsbedarf verneint und auch im Kontext der US-Sammelklagen wurde ja von beteiligten Managern immer wieder betont, dass keinerlei gültige Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen existierten und die Unternehmen quasi unausweichlich in das staatliche System der Zwangsarbeit »verstrickt« gewesen seien. Nach Beginn der Klagewelle waren es zunächst ausschließlich beklagte oder von US-Klagen bedrohte Konzerne, die ihren über 50-jährigen Widerstand gegen eine kollektive Kompensation aufgaben und sich zu der Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen zusammenschlossen. Sie unterstrichen zudem immer wieder, dass die vermeintlich ‚humanitären Zahlungen' nur geleistet würden, wenn damit alle denkbaren Rechtsansprüche gegen deutsche Konzerne aus der NS-Zeit endgültig ausgeschlossen würden. Im Gegensatz zu den öffentlichen Äußerungen der Konzernsprecher wurden die Verfahren nicht nur wegen der möglichen gravierenden Imageschädigung auf dem amerikanischen Exportmarkt sehr ernst genommen, sondern auch in rechtlicher Hinsicht als sehr ‚gefährlich' eingeschätzt. Es wurde nicht ausgeschlossen, dass die deutschen Unternehmen zu milliardenschweren Schadensersatzleistungen verurteilt werden würden. Zusätzlicher ökonomischer Druck auf die Konzerne entstand dann ja durch Boykottaufrufe, Fusionsblockaden und Gesetzesinitiativen in verschiedenen US-Bundesstaaten. Dass moralische Erwägungen, insofern sie bei einzelnen Akteuren vorhanden waren, nicht die Verhand-

Von Anja Hense ist erschienen:
Verhinderte Entschädigung – Die Entstehung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« für die Opfer von NS-Zwangsarbeit und »Arisierung«,

Verlag Westfälisches Dampfboot, Juni 2008, 384 Seiten



[1] KZ-Überlebende fordern 1991 vor dem Reichstag die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen.

von links: **Günter Papenheim,** Überlebender des KZ Buchenwald, im Hintergrund **Elisabeth Tetenborn, Albert Thomas, Kurt Goldstein, Liesel Jäger,** Überlebende des KZ Ravensbrück, **Reinhold Lochmann,** Überlebender des KZ Buchenwald.

lungspositionen der deutschen Unternehmen bestimmten, zeigte sich schließlich auch darin, dass versucht wurde, durch Zahlungen an einen kleinst möglichen Kreis von Anspruchsberechtigten eine endgültige Freistellung von sämtlichen Entschädigungsansprüchen zu erreichen. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft war während der internationalen Verhandlungen faktisch ununterbrochen damit beschäftigt, möglichst viele Gruppen von Überlebenden von den Zahlungen auszuschließen, andere Kompensationszahlungen anzurechnen bzw. die Höhe der Zahlungen zu reduzieren. Sie nahm durch ihr langes Ringen um ‚Rechtssicherheit' zudem in Kauf, dass Tausende ehemaliger Zwangsarbeitender verstarben, bevor sie eine geringfügige Stiftungsleistung erhielten.

Ein Teil der Einzahlungen konnten die beteiligten Unternehmen von der Steuer absetzen. Kann man beziffern, wie hoch der tatsächliche Eigenanteil der deutschen Unternehmen an der Stiftung tatsächlich war?

Der reale Eigenanteil der deutschen Unternehmen wurde insgesamt auf etwa 2,5 Mrd. DM beziffert. Das Bundesfinanzministerium hatte den Unternehmen ermöglicht, ihre Beiträge zum Stiftungsfonds als »sofort abziehbare Betriebsausgaben« geltend zu machen, da die Zahlungen »der Sicherung und Aufrechterhaltung des unternehmerischen Ansehens, d.h. der Wettbewerbsposition der Unternehmen« dienten und somit der Zusammenhang zwischen Aufwendungen und Betrieb gegeben sei. Weitere Einsparungen machte die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, indem sie die Zurechnung der Beiträge privatisierter ehemaliger Bundesunternehmen wie der Bahn und der Telekom zu ihrem Pflichtanteil erkämpfte und indem sie die zuletzt noch immer fehlenden Gelder durch Zinsen abdeckte, die durch die lange Verzögerung der Auszahlungen auf die vorhandenen Beiträge angefallen waren.

Die einzelnen Unternehmen zahlten maximal 1–1,5 Prozent ihres Jahresumsatzes in den Stiftungsfonds ein, die dann steuermindernd geltend gemacht werden konnten. Die Mehrzahl der letztlich etwa 6500 Mitglieder der Stiftungsinitiative zahlte allerdings sogar noch weniger als das geforderte Soll und durchschnittlich weniger als 10.000 DM. Diese Unternehmen wurden daher sogar intern als »Discountteilnehmer« bezeichnet.

Immer wieder ist zu hören, die Beweislast für Verfolgung und Zwangarbeit liege bei den Opfern, was den Kreis der Anspruchsberechtigten stark eingrenze. Wie ist das Antragsverfahren zu bewerten?

Die Einschränkung der Anspruchsberechtigten war in erster Linie durch die restriktiven Anspruchskriterien des Stiftungsgesetzes bedingt. Demnach waren nur Personen zu Zahlungen berechtigt, die Zwangsarbeit im Rahmen von KZ-, Ghetto- oder ähnlicher Lagerhaft leisteten oder Deportierte, die Zwangsarbeit im gewerb- →



→ lichen oder öffentlichen Sektor leisteten und dabei haftähnlichen oder »vergleichbar besonders schlechten Lebensbedingungen« ausgesetzt waren. Letzteres wurde in der Regel nur bei Überlebenden aus Polen und der Sowjetunion angenommen, so dass ein Großteil der ehemaligen nord-, west- und südosteuropäischen Zwangsarbeitenden von allen Zahlungen ausgeschlossen blieb. Ausgegrenzt wurden im Prinzip auch die ehemaligen Zwangsarbeitenden in der deutschen Landwirtschaft, in Handwerksbetrieben und Privathaushalten sowie die innerhalb ihres besetzten Landes eingesetzten Zwangsarbeitskräfte, die lediglich im Rahmen einer »Öffnungsklausel« des Stiftungsgesetzes geringe Leistungen erhalten konnten. Keinerlei Kompensationen erhielten zudem Gruppen wie die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen und die Italienischen Militärinternierten, die unter besonders barbarischen Bedingungen für deutsche Institutionen arbeiteten, sofern sie nicht in einem KZ oder ‚Arbeitserziehungslager' inhaftiert waren.

Die Nachweisbeschaffung stellte für die anspruchsberechtigten Gruppen dann natürlich eine zusätzliche Schwierigkeit dar, wenngleich die Anforderungen hierfür auf Drängen der Opfervertretungen deutlich gesenkt wurden. So wurde alternativ zu der Vorlage von Dokumenten die Möglichkeit geschaffen, die geleistete Zwangsarbeit etwa durch Zeugen oder Fotos glaubhaft zu machen. Allerdings machten die Überlebenden offenbar sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den Partnerorganisationen der Stiftung und ihrer Unterstützung bei der Nachweissuche. Sie waren darauf angewiesen, dass ihre Anfragen korrekt aufgenommen und bearbeitet und an entsprechende Archive oder Unternehmen weitergeleitet wurden. Wie viele Anträge letztlich aufgrund nicht ausreichender Nachweise abgelehnt wurden, ist mir nicht bekannt, ihr Anteil ist jedoch eher marginal gegenüber den Ablehnungen wegen nicht erfüllter gesetzlicher Anspruchskriterien.

Welche Opfergruppen finden in der Stiftung keine Berücksichtigung? Aus welchen Gründen?

Für die Ausgrenzung der oben genannten Opfergruppen aus den Stiftungsleistungen war primär der weitgehende politische Konsens zwischen Bundesregierung und deutschen Unternehmen verantwortlich, den Preis für die Niederschlagung aller laufenden und zukünftigen Entschädigungsklagen gegen deutsche Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Für den Ausschluss der ehemaligen Kriegsgefangenen machte sich insbesondere die Bundesregierung stark, zumal sie eine Wiederauflage der Reparationsfrage unbedingt verhindern wollte. Allerdings machten die ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen auch keine Klagen in den USA anhängig und nur Russland setzte sich im Rahmen der internationalen Verhandlungen für ihre Belange ein. Ebenso beteiligten sich viele Opfergruppen aus Nord-, West- oder Südosteuropa nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt an den US-amerikanischen Klagen, so dass sie keinen ausreichenden Druck aufbauen und die US-amerikanische Regierung nicht zur Unterstützung ihrer Forderungen hinter sich bringen konnten. Den ehemaligen landwirtschaftlichen Zwangsarbeitskräften fehlte zudem ein gerichtsfähiger Gegner in den USA. Das macht deutlich, dass die Beteiligung an den US-amerikanischen Sammelklagen wesentlich darüber entschied, welche Verfolgtengruppen in den



Kreis der Anspruchsberechtigten der Stiftung aufgenommen wurden.

Über Jahrzehnte stand die Schuldabwehr im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um Zwangsarbeit und KZ-Haft. Jetzt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, die deutsche Politik präsentieren sich in der Welt als mustergültige Vergangenheitsbewältiger. Täuscht der Eindruck?

Der Eindruck täuscht sicherlich nicht. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren setzte hier eine gewisse Trendwende ein, sozialdemokratische Politiker beschworen die Erinnerung als Zeichen demokratischen Bewusstseins und Unternehmen begannen angesichts sich verstärkender Entschädigungsforderungen, eine »moralische Verantwortung« für den Bereich der Zwangsarbeit zuzugestehen. Die schlichte Leugnung jeglicher Schuld ließ sich mit der zunehmendem öffentlichen Thematisierung des Holocaust und den Forschungen zu Zwangsarbeit und KZ-Haft einfach nicht mehr aufrechterhalten. Dabei verband sich das Zugeständnis moralischer Verantwortung auf Seiten der Unternehmen jedoch damals wie heute mit der Leugnung konkreter und rechtlicher Verantwortung für Ausbeutung und Massenmord. In den neunziger Jahren entwickelte sich im Zusammenhang mit dem deutschen Kriegseinsatz gegen Jugoslawien das noch heute aktuelle Paradigma, dass Deutschland sich zu seiner Geschichte bekennen müsse und gerade wegen ihr, also »wegen Auschwitz«, eine besondere Verpflichtung habe, weltweit notfalls auch militärisch zu intervenieren. Der Verweis auf die vermeintlich mustergültige Vergangenheitsbewältigung der Bundesrepublik erwies sich also als funktional für die neue Machtpolitik Deutschlands nach der Wiedervereinigung. Auch nachdem die deutsche Regierung und Wirtschaft sich gezwungen sahen, gewisse Zahlungen an ihre ehemaligen Zwangsarbeitenden zu leisten, nutzten sie den politischen und ökonomischen Gebrauchswert ihres Bekenntnisses zum »nationalsozialistischen Unrecht«. Hierfür steht quasi beispielhaft die Gründung des so genannten Zukunftsfonds, den Deutschland gegen den Willen praktisch aller anderen Verhandlungsteilnehmer durchsetzte. Mit der Finanzierung von Erinnerungsprojekten und Jugendbegegnungen aus den viel zu knappen Mitteln für ehemalige Zwangsarbeitende verband sich die Hoffnung, das Ansehen Deutschlands und der deutschen Wirtschaft in der Welt nachhaltig aufzubessern. ■

Antifa heißt radikale Gesellschaftskritik

Ein Beitrag der Leipziger Antifa Gruppe (LeA)

Die Hoffnung, dass Antifa Angriff heißt, klingt wie die verzweifelte Sorge um eine liebgewonnene Tradition. Es hört sich an wie die Wahl zwischen Resignation, also Selbstauflösung, und Restauration, sprich der Rollback in die vermeintliche Blütezeit einer linksradikalen Bewegung. Und die Frage, was Antifa noch bedeutet, kommt nicht von ungefähr.

Viele Antifagruppen haben in den vergangenen Jahren Diskussionsprozesse losgetreten, die um die Entwicklung seit 2000 und den Niedergang von Organisationsversuchen wie der AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) und des BAT (Bundesweites Antifatreffen) kreisen. Die Illusion, Antifa sei der »Kampf ums Ganze«, hat sich dabei zerschlagen, vor allem, weil es nicht möglich ist, die hiesige Gesellschaft durch die Brille des Faschismus als Ganzes zu analysieren und zu kritisieren. Zugleich ist die Auseinandersetzung mit Neonazis trotz ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung nicht obsolet geworden, da sie im lokalen Raum alles andere als marginal sind.

Weil, wie in einem Debattenbeitrag der Leipziger Zeitschrift CEE IEH gefordert, eine »ausführliche Analyse aktueller antifaschistischer Politik [...] von denjenigen selbst geleistet werden [muss], die mit Antifa nicht nur Interventionspraxis, sondern auch ein politisches Konzept verbinden«[1], sehen wir die aktuelle Debatte im Antifaschistischen Infoblatt (AIB) als unseren Ansatzpunkt zur Einmischung in die Diskussion. Dort haben sich bisher die Kampagne »NS-Verherrlichung stoppen«, die Antifaschistische Linke Berlin (ALB) und Antifaschistische Linke International Göttingen (ALI) geäußert. Zeit für ein Statement, das auch Selbstkritik beinhaltet.

Antifaschistische Realität

Trotz geringfügiger Unterschiede sind die drei Beiträge im AIB durch Gemeinsamkeiten gekennzeichnet, welche sich für uns als gemeinsame Fehler ausnehmen.

Als Maßstab antifaschistischer Arbeit gilt der Erfolg und die Wirksamkeit von Anti-Nazi-Aktionen, was allerdings kein politischer Maßstab ist. Es gehe darum, »Menschen [...] zu sammeln und Handlungsfähigkeit herzustellen, in drängende gesellschaftliche Konflikte zu intervenieren.«[2] Dieser Massenansatz, der sich zuvorderst um die »Mobilisierungsfähigkeit der antifaschistischen Bewegung«[3] sorgt, verbannt Reflexion über das Politische aus der ganzen Diskussion.

Das Bemühen um eine Mobilisierung der größtmöglichen Zahl führt zu »strategischen und organisatorischen Problemen«[4]. Zugunsten solcher taktischer Berechnungen wird jede kritische Erwägung des Inhalts ausgespart. Mit anderen Worten: Antifaschismus wird durch sein Gelingen, beispielsweise durch die Verhinderung eines Neonaziaufmarsches, legitimiert. Allerdings gibt der Erfolg oder Misserfolg von Anti-Nazi-Aktionen keine Auskunft darüber, inwiefern die Praxis überhaupt politisch sinnvoll und vernünftig ist. Wer in Anspruch nimmt, linksradikale Politik zu betreiben, muss sich an linksradikalen Inhalten messen lassen, das heißt einer radikalen Gesellschaftskritik. Einer solchen Kritik wird mit einer Verständigung über Aktionsformen und -taktiken nicht entsprochen.

Dagegen werden inhaltliche Restbestände im Antifaschismus zusammengekürzt auf einen unwillkürlichen Sachzwang, die keiner besonderen Legitimation bedarf: Antifaschistischer Widerstand sei »vor allem auch eine konkrete Notwendigkeit«[5]. Das ist nicht nur ein sehr zweifelhaftes Konstrukt; auch verdankt sich diese Einsicht bei der ALI der Erwägung, man müsse gegen Nazis sein, weil »man im Land der Täter wohne«[6]. Hier wird Antifaschismus zur Frage ausgerechnet des nationalen Standorts der AntifaschistInnen und nicht der Stimmigkeit ihrer Kritik.

Wenn man sich vor dem Hintergrund dieser drei Punkte in Fußnoten-Diskussionen über Demonstrationsästhetik, Transparent-Beschriftungen oder Bündniskonstellationen verfängt, streitet man sich um Formalia. Dabei müsste man sich zuerst über die inhaltliche Begründung antifaschistischer Arbeit streiten. Vor einer »Intervention« in die Gesellschaft hat nämlich die Kritik derselben zu stehen, mit anderen Worten: Sich einen Begriff von ihr

1| Roman: ... Die Lösung sind Wir!?, im Newsflyer des Conne Island Leipzig, CEE IEH #148 , www.conne-island.de/nf/148/27.html
2| ALI, ...zusammen kämpfen!, AIB #79
3| NS-Verherrlichung stoppen, Antifa heißt...?, AIB #76
4| ALB, ...Angriff!, AIB #77
5| ALI
6| ebd.
7| ALB
8| NS-Verherrlichung stoppen
9| K. Marx, Deutsche Ideologie, MEW Bd. 3, S. 35.



zu machen. Das Hintenanstellen der Theoriebildung befördert seinerseits eine Diskussion, die sich nur noch auf das »Auftreten« der »Bewegung« und nicht mehr den politischen Gehalt des Bewegtseins bezieht.

Da verwundert es nicht, dass bei allem Gerede um »Antifaschismus als politisches Konzept« eine Kritik des Faschismus ausgelassen wird oder sich ebenfalls an Äußerlichkeiten (die ALB moniert die »Adaption und Übernahme subkultureller Codes« in einem »kulturell anschlussfähige(n) ›rechte(n) Lifestyle‹«[7]) aufhält – also an augenfälligen Erscheinungen, nicht dem Versuch ihrer Einordnung und Kritik. Die Gegnerschaft zu Neonazis wird zum Ausdruck der eigenen affirmativen Stellung zur bestehenden Gesellschaft, die Neonazis nur die Abweichung von der demokratischen Norm vorwirft. Ganz so, als wäre man zur Verteidigung des demokratischen Staates gegen eine faschistische Minderheit angetreten, statt aus einer Feindschaft gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Gesellschaft den Schluss zu ziehen, auch jene zum Ziel der Praxis machen, die für eine politische Verhärtung von Staat und Gesellschaft und die Radikalisierung ihrer alltäglichen Zumutungen einstehen.

So lange solche Basisbanalitäten nicht mal in den so genannten Antifadebatten auftauchen, so lange muss man nicht über antifaschistische Organisierung nachdenken – weil beim bisherigen Stand der Diskussion der linksradikale und damit gesellschaftskritische Gehalt völlig dementiert wird oder auf einen alles andere als kritischen Minimalkonsens zusammenschrumpft.

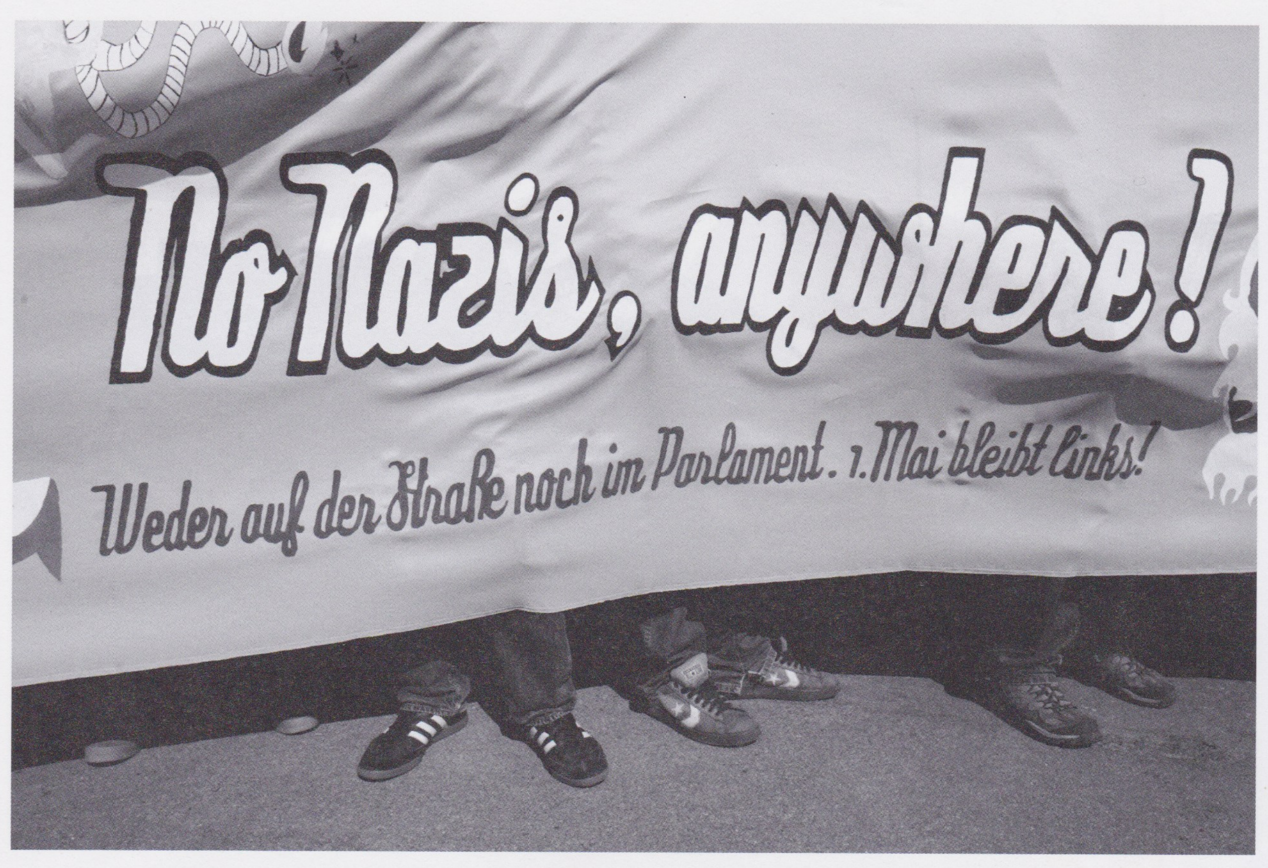
Kommunistischer Anspruch

Wer es mit Gesellschaftskritik ernst meint, muss die Reflexion antifaschistischer Praxis auch von diesem Standpunkt aus vornehmen. Das bedeutet, die Schädigungen, die sich aus dem gesellschaftlichen Prozess ergeben, zu skandalisieren und mit der Beseitigung ihrer Gründe auch die Änderung der Gesellschaft selbst ins Auge zu fassen. Das Vorkommen von Neonazis ist dafür eine praktische Hinderung und der Grund für eine reale Schädigung anderer Leute, der ohne Frage auszuräumen ist. Vernünftig ist, sich dafür geeignete Mittel zusammenzusuchen. Unvernünftig ist, sich hierfür ein Konzept auszudenken, das mit dem Argument der »Notwendigkeit« die Gesellschaftskritik außer Vollzug setzt. »Antifaschismus als politisches Konzept« wird damit zum Selbstzweck degradiert, für den nur immer wieder die aufzubringenden Mittel diskutiert werden.

Dabei liegt es auf der Hand, dass man Wissen um die Gesellschaft braucht, um auch ihre Teilmomente – wie das Vorhandensein faschistischer Bewegungen und die Verbreitung ihrer Ideologien – zu erfassen. Umgekehrt lassen sich aber aus dem reinen »Mitmachen« in der Auseinandersetzung mit Neonazis keine gesellschaftskritischen Inhalte destillieren.

Die auf der Suche nach dem passenden »Konzept Antifa« oft gehörte Forderung nach einer »Ausweitung des

➔



Aktionsfeldes« und der Wunsch, Antifa möge »mehr« sein als »gegen Nazis«, ist damit eine politische Sackgasse. Statt den Antifaschismus mit Theorie-Versatzstücken zusätzlich aufzuladen – etwa durch ein bekenntnishaftes »Für den Kommunismus« in der letzten Flugblattzeile – muss anerkannt werden, dass sich die eigentlichen Inhalte einer Gesellschaftskritik in Antifa-Praxis-Konzepten in aller Regel nicht erhalten. Andernfalls müsste man nicht ihre (Wieder-) Einführung fordern. Stattdessen brechen taktische Kalkulationen über Mobilisierungsfähigkeit, Demo-Mottos usw. ein, als stünde gar keine inhaltliche Befassung an, als habe man Einigkeit in prinzipiellen Fragen schon in einem Maße erzielt, dass sie nur selten zur Sprache kommen müssten oder getrost in Theoriegruppen ausgelagert werden könnten.

In der Vergangenheit hat sich dies als fatal erwiesen: Nicht nur hinsichtlich einer Entpolitisierung der Antifaarbeit, sondern auch um den Preis, als alternative demokratische Ordnungsmacht zu erscheinen, die keine eigenen Ziele mehr kennt als die Zurückweisung von Neonazis. Dabei begreifen wir unsere Antifa-Rolle gerade nicht als alternativer Akteur, der das durchsetzt, was der Staat unterlässt, sondern als aufklärerisches Vorhaben. Solcher Aufklärung liegt nichts an einer Anbiederung an falsches Bewusstsein – weder an dem Appell an DemokratInnen, gegen Neonazis tätig zu werden, noch am Ignorieren bürgerlicher Ideologien zugunsten ihrer faschistischen Varianten.

Wir verstehen uns ebenso wenig als ein quasi-demokratisches Korrektiv, das den Neonazis ihre Abweichungen von den Normen der Gesellschaft vorhält und dies gegenüber demokratischen AkteurInnen skandalisiert. Wer damit auf eine zivilgesellschaftliche Hegemonie setzt, hebt sich vielleicht von denen ab, die MigrantInnen körperlich attackieren – paktiert aber mit denen, die sie abschieben lassen und die Sortierung der Gesellschaft in In- und Ausländer, in »nützlich« und gemeinwohlschädlich vornehmen. Es bedarf der Analyse der Gesellschaft, die offenlegt, dass der soziale Normalbetrieb, in dem Neonazis vorkommen, kein Werk von Neonazis ist. Den realen Zumutungen und materiellen Schädigungen, mit denen die meisten InsassInnen der Gesellschaft zurechtkommen müssen, begegnen wir heute nämlich nicht in ihrer faschistischen, sondern in ihrer demokratischen Form. Und dafür bedarf es logischerweise gar keiner Neonazis.

Dieser Hinweis ist keine Marginalie, sondern weist darauf hin, dass Antifaschismus praktisch niemals »revolutionär« sein kann und theoretisch kein Träger einer angemessenen Gesellschaftskritik ist. Damit wird »Antifa« keine Sinnlosigkeit, sondern gibt Linksradikalen folgende Erkenntnis an die Hand:

Ohne eine Aneignung einer Gesellschaftskritik kann man sich politischen Gegenständen weder gedanklich angemessen, noch in der Praxis reflektiert nähern. Weil Teile der Antifa kein Interesse an einer solchen politischen Grundlage haben, werden

ihre minimalpolitischen Konzepte mit der Zeit selbst zum Hindernis für das kommunistische Anliegen. Es ist uns daher an einem Antifaschismus gelegen, der Neonazis die Feindschaft erklärt, wie man es für die hiesige Gesellschaft selbst zu erledigen hat: Durch Argumente, die man sich aneignet, und eine zutreffende Kritik, ohne die nur eine falsche Praxis denkbar ist.

Die »richtige« Praxis

Die bisherigen Debattenbeiträge im AIB fordern eine »Diskussion darüber, auf Basis welcher Analyse und mit welcher Zielrichtung wir in der Zukunft antifaschistische Arbeit gestalten wollen«.

Dem schließen wir uns an, selbst wenn das bedeutet, »lieb gewonnene Traditionen und Selbstverständnisse zu hinterfragen und gegebenenfalls aufzugeben«[8]:

Wer sich als AntifaschistIn versteht, muss zuerst den Gegenstand seines Antifaschismus klären. Weil Faschismus ohne Gesellschaft weder theoretisch denkbar, noch in der Praxis möglich ist, muss für eine Faschismusanalyse von einem kritischen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft ausgegangen werden. Daraus ergeben sich sachliche Gründe, auch gegen Neonazis vorzugehen, sowie Kriterien für eine Praxis, die auf dieser sachlichen Grundlage funktioniert. Was dagegen von ALI, der NS-Verherrlichung-Stoppen-Kampagne und der ALB betrieben wird, ist das Gegenteil: die Suche nach Rechtfertigungen für eine bereits bestehende Praxis.

Stattdessen sollte mit einer Bildung und Aneignung der Theorie begonnen werden, die einem nicht einfach zufällt, sondern überlegt und systematisiert werden will. Das kann nicht das Geschäft von Theoriegruppen sein – denn einerseits ist das Üben von Kritik und Praktizieren der Diskussion selbst eine praktische Angelegenheit; andererseits kommt um diese Angelegenheit nicht herum, wer die richtige Theorie einer falschen Praxis vorzieht. Schon die Selbstbezeichnung als »praktisch arbeitende Antifagruppe« weist aber auf eine Trennung hin, die Inhalte als Beigaben versteht und sich jeden weiteren Schritt lieber vom politischen Gegner vorschlagen lässt.

Wer dem trotzdem folgt, bezieht sich auf die mobilisierten MitstreiterInnen nicht als GenossInnen, mit denen über politische Grundlagen zu sprechen wäre, sondern als Manövriermasse, von der man annimmt, dass sie für buchstäblich »jeden Scheiß« zu haben ist. Damit stiftet man keine politische Bewegung, sondern eine Szene; man fördert nicht Erkenntnis und Kritik, sondern gewaltgeladenen Lifestyle und Subkulturbespaßung. Dagegen ist es Anliegen eines aufklärerischen Anspruchs, der Entpolitisierung in den eigenen Reihen entgegenzuwirken. Das steht vor allem dann an, wenn ein antifaschistischer Minimalkonsens (»gegen Nazis«) zur dominierenden Handlungsgrundlage wird.

Was unter solchen Bedingungen noch als Diskussionsinhalt aufgegriffen wird, ist häufig ein Theorie-Ersatz aus Gewissheiten und konditionierten Parolen. Wer seine politische Arbeit auf die Effektivierung der bestehenden Praxis ausrichtet, spielt immer wieder Strategie und Taktik gegen Kritik und Theorie aus; dafür reicht es tatsächlich, mit einer geringeres-Übel-Rhetorik die Gefährlichkeit der Neonazis durch den Vergleich mit demokratischen Normen zu belegen. Die linksradikalen Ursprünge solcher Antifapraxis sind noch durch Symbole, Parolen und Kapuzenuniformierung kenntlich – abseits davon ist alles abgestellt auf die Einnahme einer Rolle als alternativer Politikberater.

Der aktionistische Versuch, mittels »Interventionen« radikale Forderungen in der Gesellschaft umzusetzen, ist schließlich die folgerichtige verbalradikale Überschätzung der tatsächlichen Wirkmächtigkeit – und zugleich Indiz für die Opportunität und Anschlussfähigkeit nicht einer Gesellschaftskritik, sondern eines Feindbildes: So, wie ab 2000 ein »Ruck« gegen Neonazis durchs Land ging, weil das »Naziproblem« medienwirksam skandalisiert werden konnte, fiel keine zehn Jahre voher das Asylgesetz, nachdem Neonazis und andere Deutsche durch ihre militante Intervention ein »Ausländerproblem« auf die realpolitische Tagesordnung brachten. Aber in keinem der beiden Fälle ist das Resultat ein faschistisches oder antifaschistisches. Die Masse auf der Straße – so radikal, entschlossen und verhetzt sie sein mag – gab jeweils nicht das Startsignal für einen radikalen Wandel, sondern für eine Systemoptimierung.

Obwohl das augenscheinlich ist, lesen sich die Debattenbeiträge einiger Gruppen zum Thema Antifapolitik wie routinierte Rechenschaftsberichte bezüglich der eingeübten Aufgabe, die Fortexistenz von Neonazis in der Gesellschaft zu skandalisieren. Radikal wäre das frühestens dann, wenn als Skandal die Gesellschaft ausgemacht wird, die selbst im demokratischen Normalbetrieb nationalistische Ideologie und kapitalistische Schädigungen hervorbringt; die faschistische Option ist der Durchsetzung sozialer Härten dabei immanent. Revolutionär ist daher nicht der Antifaschismus, sondern »die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«[9]

Auf geht's, ab geht's! ■

Institut für Staatspolitik

Intellektuelle Antidemokraten in Berlins Mitte

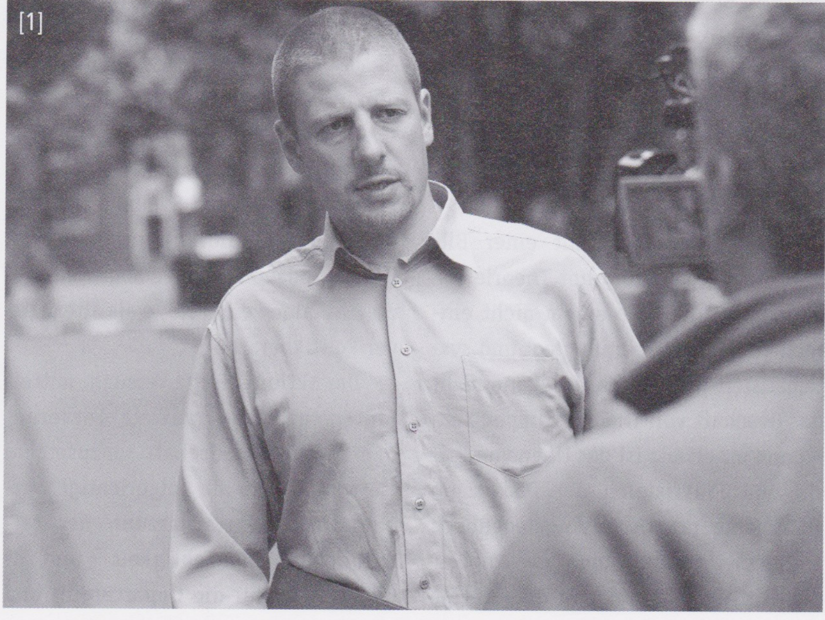
Bereits zum zweiten Mal stellte der Berliner Veranstaltungsort Urania seine Räumlichkeiten dem neurechten Institut für Staatspolitik zur Verfügung. Der Einladung zur Tagung des Institut um Karlheinz Weißmann folgten knapp 250 Zuhörer, ungestört vom Vermieter oder der Öffentlichkeit.

Am 12 Juli 2008 fand eine Veranstaltung des »antidemokratischen« Institut für Staatspolitik (IfS) in den Räumen des »demokratischen« Berliner Bildungsvereins Urania e.V. statt. Von den merkwürdigen Demokratie-Auffassungen in der Mitte Berlins abgesehen, gibt es über diese Vortragsveranstaltung wenig Bemerkenswertes zu berichten.

Seit inzwischen acht Jahren lädt Götz Kubitschek für das IfS zu einem Kolleg nach Berlin ein, dieses Mal im Rahmen einer Veranstaltungsreihe durch vier Städte unter dem Motto »Widerstand. Lage – Ziel – Tat«. »Wir meinen, dass wir das Recht haben, geistig und tatkräftig Widerstand gegen die Entwicklung in Deutschland zu leisten. Wir müssen die Lage beurteilen und beschreiben, in der wir stecken (...), müssen unsere Politik formulieren (...) und tatkräftig für die konservative, rechte Sicht der Dinge werben, um Widerstandsinseln zu bilden«, hieß es in seiner Einladung. Nach der ersten Veranstaltung in Frankfurt/Main traten in Berlin neben den IfS-Rednern Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek auch Frank Lisson sowie Alain de Benoist, französischer Rechtsextremist und Ikone der »Neuen Rechten«, auf.

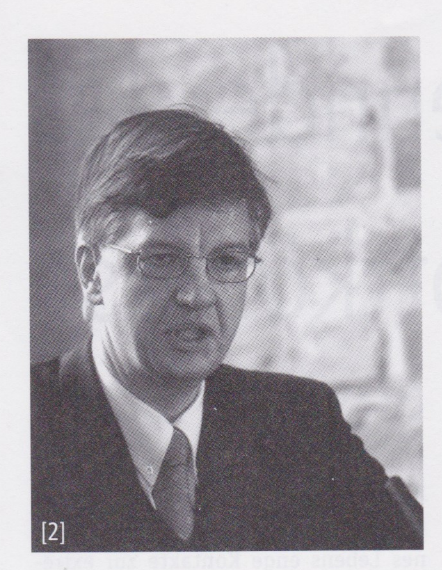
Im Verlauf der Tagung mit teilweise langatmigen Vorträgen wurden die Vertreter des IfS erneut zu mehr Aktionismus aufgefordert. Das wurde für das Institut als Ganzes zurückgewiesen. Allein »feinsinnige Provokationen« könne man erwarten, hatte Kubitschek schon gegenüber dem NPD-Organ Deutsche Stimme formuliert. Er betonte, dass vom IfS kein Organisationsrahmen gestellt werde. So mussten sich die BesucherInnen mit den unbefriedigenden Hinweisen auf die von Kubitschek ins Leben gerufene »Konservativ-Subversiven Aktion« (KSA) begnügen. Mit der hatten rund ein Dutzend Personen Anfang Mai einen linken Kongress an der Humboldt-Uni gestört, Parolen gerufen und Flugblätter verteilt.

Inhaltliche Kontroversen werden auf IfS-Veranstaltungen grundsätzlich nur selten deutlich ausgetragen. In Frankfurt/Main jedoch hatte Weißmann scharf auf den Vortrag Lissons reagiert, die Epoche des Nationalstaats sei vorbei: »1000 Jahre Nationalgeschichte (!) sind nicht auszuradieren (...) ich verstehe mich als Repräsentant des ewigen Deutschlands«. Und als Adept der »Konservativen Revolution« betont Weißmann ausdrücklich seine Gegnerschaft zur liberalen, repräsentativen Demokratie: Demokratie in seinem Verständnis funktioniere nur, wenn auf der einen Seite die Homogenität des Staatsvolkes und auf der anderen eine Elitenauswahl gewährleistet sei. Zitat Weißmann: »Wir werden nur eine Demokratie verteidi-



[1] Götz Kubitschek im Gespräch mit einem Journalisten

juelich@p-photo.com



[2] Karlheinz Weißmann bei einer Veranstaltung des Institut für Staatspolitik am 7. Mai 2005

gen, die illiberal ist«. Eine Auffassung mit durchaus weitreichenden Implikationen und eine zentrale These des antidemokratischen Selbstverständnisses. Weißmann kann sich in seiner antiliberalen Rhetorik auf Vordenker aus dem letzten Jahrhundert berufen, die ganz ähnlich formulierten: »Vielleicht können wir sagen, dass wir Deutschen uns in Deutschland zur Demokratie werden bekennen können – wenn es keine »Demokraten« mehr gibt. Hat die deutschen Demokraten noch niemals Schrecken bei dem Gedanken erfasst, dass eine liberale Demokratie vielleicht diejenige schicksalsbestimmte Form ist, in der das deutsche Volk untergehen wird?«

Über die demokratischen Prinzipien staatlicher Bildung beklagt Weißmann, der Göttinger Gymnasiallehrer: »Gleichmacherei tötet die organischen Formen der Bildung und einer Ordnung, die sich an Leistung und Verdienst ausrichtet. An die Stelle dieser organischen Formen treten Willkür bei der Auswahl und Ausschaltung der Tüchtigen. (...) Egalitarismus (...) setzt auf die Zerstörung jeder Ungleichheit.«

Irreführende Bewertungen

Die Berliner Urania wurde im Vorfeld vom Berliner Apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum) auf den Charakter des IfS und seiner Referenten aufmerksam gemacht. Urania-Direktor Ulrich Bleyer sah sich jedoch außer Stande, auf die erfolgte Vermietung noch Einfluss zu nehmen. Der Urania schien die Aufmerksamkeit für ihre rechtsgerichteten Gäste zwar unangenehm, sie ging der Presse gegenüber aber dennoch in die verbale Offensive. Zum einen verwies Bleyer auf die unverzichtbaren Mieteinnahmen durch die Veranstaltung, zum anderen bog er die interne, nicht-öffentliche Veranstaltung des IfS in seinem Haus zu einer Herausforderung demokratischen Handelns um: es gelte, sich inhaltlich mit der rechten Klientel auseinanderzusetzen und deren Argumente zu widerlegen.

Dieser Auffassung konnten sich VertreterInnen der Berliner Landespolitik oder auch das Internationale Auschwitz Komitee, das selber in der Urania veranstaltete, nicht anschließen. Auch die Veranstalter vom IfS hatten ein ganz anderes Konzept von demokratischer Öffentlichkeit im Sinn als Herr Bleyer: so wurde eine Pressevertreterin der Wochenzeitung Die Zeit mit der Angabe eines falschen Veranstaltungsortes in die Irre geführt. Mindestens genau so irreführend sind die Äußerungen des Berliner Staatsschutzes über das IfS und den Referenten Alain de Benoist. Laut Aussage des Urania-Direktors Bleyer habe man ihm auf seine Anfrage mitgeteilt, dass beide »lediglich als rechtskonservativ« einzuschätzen seien. Sie wiederholen damit eine Selbstbezeichnung, die vom Personenkreis der sogenannten »Neuen Rechten« gerne benutzt wird – eine ideologische Nebelkerze, um sich vom Rechtsextremismus-Stigma fern zu halten.

Ihre Fortsetzung findet die Veranstaltungsreihe des Instituts für Staatspolitik übrigens am 4. Oktober in München und am 5. Oktober in Düsseldorf. ■

Konservativer Aktionismus

Die »Konservativ-Subversive Aktion« (KSA) um Götz Kubitschek und den Herausgeber der Blauen Narzisse, Felix Menzel, führte am 31. August 2008 ihre dritte Aktion durch. Diesmal wurde die Premiere des neuen Buches »Die Box« von Günter Grass in Hamburg öffentlichwirksam von etwa 20 Personen gestört. Dabei wurde der Autor Grass als »linke moralische Instanz« in der BRD unter Anspielung seiner SS-Mitgliedschaft angegriffen. Der Personenkreis um Kubitschek agiert bei seinen Aktionen – wie der Störungen des 1068er Kongreß in Berlin – mit dem Mittel der »konservativen Provokation« gegenüber seinen politischen Gegnern und versucht die umfangreiche theoretische Arbeit des IfS und seines maßgeblichen Vordenkers Karlheinz Weißmann in die Praxis umzusetzen. Diese »Provokation« der KSA wird nach Ankündigung von Kubitschek eine noch größere Rolle in der politischen Arbeit des IfS spielen. So erklärte der langjährige Geschäftsführer Götz Kubitschek im Anschluß der 9. Sommerakademie des IfS zum Thema »Strategie« seinen Rücktritt »aus der inhaltlichen und planerischen Arbeit des Instituts«. Seine Aufgaben übernimmt Erik Lehnert, der bereits in der Vergangenheit Erfahrung bei der Durchführung von IfS-Veranstaltungen sammelt konnte. Kubitschek möchte sich mehr um die »praktische Arbeit in Form von Aktionen kümmern« sprich vor allem der Konservativ-Subersiven Aktion. Die stärkere Umsetzung der theoretischen Arbeit in die Praxis wurde immer wieder auf den Tagungen des IfS oder auf dem Internetblog vom Kubitschek von vor allem jüngeren Teilnehmern eingefordert. Dieses Defizit versucht das IfS durch die KSA auszugleichen und gleichzeitig ein Angebot in Richtung »neurechten« Nachwuchs zu machen.

Eine gekürzte Fassung des Artikels erschien im monitor – Rundbrief des apabiz e.V. Nr. 36

(R)echte Freunde des »Gottkönigs«

Nach wie vor zu wenig beachtet sind die Kontakte des Dalai Lama zu alten und neuen Nazis. Damit ist nicht allein seine Freundschaft zu Heinrich Harrer gemeint, der als SA-Mann und späterer SS-Oberscharführer überzeugter Nazi gewesen war (auch wenn er das bis zu seinem Tod Anfang 2006 abstritt). 1939 war Harrer im Zuge einer SS-Bergsteiger-Expedition zum Nanga Parbat in Nordindien (heute Pakistan) in britische Kriegsgefangenschaft geraten, aus der er 1944 nach Tibet entfliehen konnte. Erst Anfang 1950 lernte er den damals knapp 15-jährigen Dalai Lama kennen, dem er in der Folge mehr oder minder regelmäßigen Englisch- und Geographieunterricht erteilte. Im November 1950 verließ Harrer Lhasa. Seine vielgerühmte Tätigkeit als »Lehrer und Vertrauter des Gottkönigs« hatte etwas mehr als ein halbes Jahr gedauert.

Colin Goldner

Der Dalai Lama selbst erwähnt Harrer in seiner ersten Autobiographie von 1962 nur höchst beiläufig, erst nachdem dieser über seine Buchveröffentlichungen (»7 Jahre Tibet«) zu einer publicitywirksamen Figur geworden war, erinnerte sich auch der »Gottkönig« daran, dass er und der SS-Mann eigentlich von Anfang an »sehr gute Freunde« gewesen seien. In späteren Jahren traten die beiden vielfach gemeinsam auf. Auf die Frage (in einem Interview von 1997!), ob er von der Verstrickung seines Freundes in das verbrecherische Nazi-Regime gewußt habe, gab der Dalai Lama tiefen Einblick in seine Art von Geschichtsverständnis: »Natürlich wußte ich, dass Heinrich Harrer deutscher Abstammung war – und zwar zu einer Zeit, als die Deutschen wegen des zweiten Weltkrieges weltweit als Buhmänner da standen. Aber wir Tibeter haben traditionsgemäß schon immer für Underdogs Partei ergriffen und meinten deshalb auch, dass die Deutschen gegen Ende der vierziger Jahre von den Alliierten genügend bestraft und gedemütigt worden waren. Wir fanden, man sollte sie in Ruhe lassen und ihnen helfen.«

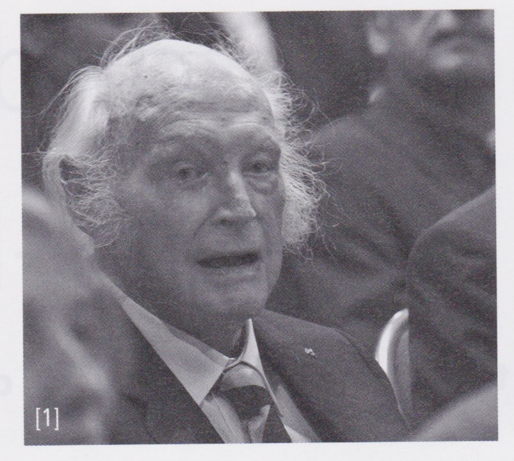
Ob solche Position als Ausdruck einer gewissen Affinität zu Nazi-Deutschland gewertet werden muß, oder einfach nur als Beleg einer tiefen Ignoranz des tibetischen »Gottkönigs«, läßt sich nicht entscheiden. Die vielkolportierte Behauptung, Harrer habe als »langjähriger Tutor« des jungen Dalai Lama wesentlich dessen politische Einstellung geprägt, ist jedenfalls nicht haltbar. Dass der Dalai Lama auf seinen späteren Auslandsreisen immer wieder die Nähe Harrers suchte, der zwar bis zu seinem Tod Anfang 2006 abstritt, jemals überzeugter Nazi gewesen zu sein, sich aber nicht scheute, Zeit seines Lebens enge Kontakte zur extremen Rechten in Österreich und Deutschland zu pflegen, deutet indes auf eine gewisse »Seelenverwandtschaft« hin. Nach dem Tode Harrers besuchte der Dalai Lama dessen Grab in Kärnten, um für eine günstige Wiedergeburt seines Freundes zu beten. Anschließend beehrte er seinen zweiten rechten kärntener Freund, Jörg Haider, mit dem er die Grundsteinlegung für ein seit langer Zeit – und noch mit Unterstützung Harrers – geplantes Tibet-Zentrum in Kärnten erörterte. Zur Riege der Seelenfreunde »Seiner Heiligkeit« zählt Politprominenz der rechtesten Sorte: von Silvio Berlusconi bis hin zu Franz Pahl von der rechtskonservativen Südtiroler Volkspartei, die es als ihre Hauptaufgabe betrachtet, »das Heimatrecht der angestammten Bevölkerung zu verteidigen und das Land vor Überfremdung zu bewahren«. Nicht zu vergessen Roland Koch (CDU), der schon als RCDS-Vorsitzender dem tibetischen Gottkönig in tiefster Verehrung zugetan war. Erwähnenswert sind auch die freundschaftlichen Kontakte des Dalai Lama zu dem unlängst verstorbenen US-Senator Jesse Helms, der seiner rassistischen und schwulenfeindlichen Ausfälle wegen einige Berühmtheit besaß.

SS-Expedition & Nazihenker

Weitaus weniger bekannt sind die Kontakte, die der Dalai Lama im Exil

zu den Mitgliedern der SS-Expedition Ernst Schäfer pflegte, die 1938/39 in Lhasa zugange war. Die Nationalsozialisten, Himmler vorneweg, hatten größtes Interesse an Tibet gehegt, wo man, basierend auf den theosophischen Schriften Helena Blavatskys, das Hirngespinst verfolgte, es hätten Überlebende des untergegangenen Kontinents Atlantis im tibetischen Hochland sagenhafte unterirdische Reiche geschaffen, in denen ihr uraltes höheres Wissen bewahrt würde. Insofern wähnte man auch den Ursprung der »nordischen Rassenseele« in Tibet beheimatet. Selbstredend gab es auch handfestes politisches beziehungsweise militärisches Interesse an »Innerasien«. In den Kinos wurden ständig irgendwelche Tibet-Filme gezeigt, es gab zahllose Ausstellungen und Veröffentlichungen zum »Dach der Welt«. Das heutige große Interesse an Tibet hat, wenn auch mit anderen Vorzeichen, seine Wurzeln mithin in der flächenddeckenden Tibet-Propaganda der Nazis.

Der Dalai Lama, dessen Regent Reting Rinpoche im Jahre 1939 die Schäfer-Delegation offiziell im Potala empfangen und mit einem Freundschaftsschreiben an den »trefflichen Herrn Hitler, König der Deutschen« versehen hatte, weigert sich bis heute, irgendwelche Auskunft zu den damaligen Unterredungen zu geben. Bis in die 1990er Jahre hinein pflegte er stattdessen regen Kontakt zum letzten Überlebenden der Expedition von 1939, zu dem 2004 verstorbenen SS-Hauptsturmführer Bruno Beger, der 1971 wegen Mordes an 86 KZ-Häftlingen als NS-Kriegsverbrecher (»Rassenspezialist von Auschwitz«) rechtskräftig verurteilt worden war, aber nur kurze Zeit abzusitzen hatte. Man traf einander oftmals zu persönlichen Gesprächen, jeweils in herzlichster Atmosphäre. Unter dem Titel »Meine Begegnungen mit dem Ozean des Wissens« legte Beger sogar eine eigene Denkschrift darüber vor.





Internationale Rechte

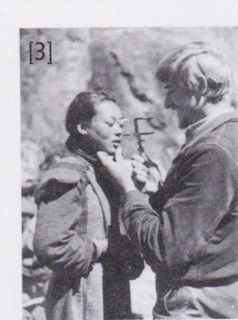
Dokumentiert sind Kontakte des Dalai Lama zu Miguel Serrano, dem Vorsitzenden der »Nationalsozialistischen Partei« Chiles. Serrano, ehedem Botschafter Chiles in Österreich, gilt als Vordenker des sogenannten »Esoterischen Hitlerismus«. In seinen Publikationen halluziniert er, der »Führer« sei nach wie vor am Leben und plane von einer unterirdischen Basis in der Antarktis aus mittels einer gigantischen Flotte an UFOs das »Dritte Reich« zu vollenden und die Weltherrschaft zu erringen.

Dazu kommen auch die Kontakte des Dalai Lama zu dem japanischen Terroristen und Hitler-Verehrer Shoko Ashara, den er mehrfach und in allen Ehren in Dharamsala empfing. Er stattete Asahara mit zwei hochoffiziellen Empfehlungsschreiben aus, die wesentlich zum Aufstieg der AUM-Sekte zu einer der gefährlichsten Terrorgruppen beitrug. Die U-Bahn-Attentate in Tokyo vom 20. März 1995 – es hatte seinerzeit zwölf Tote und über 5.000 teils Schwerstverletzte gegeben – waren nur das Vorspiel zu einem geplanten Massenmord an 20 Millionen Menschen gewesen: die Sekte plante, die gesamte Einwohnerschaft Tokyos mit Botulismusbakterien auslöschen, womit Asahara seinen Anspruch als buddhokratischer Weltendiktator zu unterstreichen beabsichtigte. Anfang 2004 wurde Asahara zum Tode verurteilt, das Urteil wurde indes nicht vollstreckt. Es steht zu erwarten, dass er lebenslang in Haft bleibt. Der Dalai Lama konnte sich, entgegen aller Propaganda der internationalen Tibet-Unterstützerszene, zu einer klaren Verurteilung seines »spirituellen Freundes« bis heute nicht durchringen.

Rechter Schlagschatten

Dass sich im Schlagschatten des Dalai Lama neben all den esoterisch beflissenen Tibetschwärmern und pseudoengagierten Menschenrechtsverfechtern zunehmend auch Figuren von Rechtsaußen einfinden – anläßlich seines Deutschland-Besuches im Herbst 2007 hatte die NPD in den »klar nationalistischen Positionen« des »spirituellen und politischen Führers vom Dach der Welt« weitreichende Gemeinsamkeiten entdeckt –, kann diesem nur vordergründig nicht zur Last gelegt werden: seine gebetsmühlenhaft vorgetragenen »Tibet-den-Tibetern«-Parolen etwa hören sich nicht nur völkisch-rechtsextrem an, sie sind es. Nicht von ungefähr wird seine »Seine Heiligkeit« von rechtslastigen Figuren und Medien hofiert, und nicht umsonst sucht er deren Nähe. Neuerdings geht die Rede, er könne, auf besondere Einladung Jörg Haiders, seinen Alterssitz von Nordindien nach Kärnten verlegen. Der Bau eines gigantischen buddhistischen Zentrums ist bereits in Planung. ■

Siehe auch: www.gottkoenig.de



[1] Heinrich Harrer erhält am 27. Juli 2005 den hessischen Friedenspreis

[2] Harrer links neben Adolf Hitler

[3] Der SS-Hauptsturmführer und Dalai Lama-Freund Bruno Beger bei rassenbiologischen Untersuchungen in Tibet.

Literatur:
Colin Goldner:
Dalai Lama: Fall eines Gottkönigs.
Alibri-Verlag, Aschaffenburg, 2008

Entschädigung für Distomo-Massaker

Kassationshof in Rom macht den Weg frei

Am 7. Juni 2008 gab der oberste italienische Gerichtshof (La Corte Suprema di Cassazione) seine Entscheidung im Fall Distomo bekannt: Griechische NS-Opfer können in Italien Entschädigungsansprüche gegen Deutschland durchsetzen. Dieses Urteil des obersten Gerichtshofs Italiens ist bahnbrechend.

AK Distomo

Der Hintergrund: Am 10. Juni 1944 überfiel eine deutsche SS-Einheit während der deutschen Besatzungszeit in Griechenland die Ortschaft Distomo bei Delphi und ermordete 218 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter viele Kinder, Frauen und alte Menschen. Die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer erhielten von der Bundesrepublik niemals eine Entschädigung.

Der letztes Jahr verstorbene Rechtsanwalt Ioannis Stamoulis hatte vor dem Landgericht Levadia (Griechenland/Provinz Böotien) für die Opfer eine Entschädigung von ca. 28 Mio. Euro erstritten. Der Areopag, der oberste Gerichtshof Griechenlands, bestätigte das Urteil im Jahr 2000. Den Einwand der Staatenimmunität, den die deutsche Seite vorbrachte, wies der Areopag zurück. Im Fall schwerer Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen komme dieser völkerrechtliche Grundsatz nicht zum Tragen, urteilte der Areopag. Die Bundesregierung erklärte, sie werde das Urteil des höchsten griechischen Gerichts nicht anerkennen, und wies Griechenland damit den Status einer halbkolonialen Nation zu.

Trotz der rechtskräftigen Entscheidung zahlte die Bundesrepublik bis heute keinen Cent. Auf politischen Druck der deutschen Seite stoppte die griechische Regierung im Sommer 2001 die Pfändung und Zwangsversteigerung deutscher Liegenschaften in Griechenland (Goethe-Institut). Nach der griechischen Zivilprozessordnung bedarf es der Zustimmung des griechischen Justizministers, wenn in ausländisches Eigentum vollstreckt werden soll. Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer persönlich intervenierten in Athen, die griechische Regierung wollte den Beitritt zur Eurozone wohl nicht gefährden und lenkte ein.

Damit war es der deutschen Seite vorerst gelungen, den juristischen Erfolg der Distomo-Opfer vor griechischen Gerichten auszuhebeln. Gleichzeitig versagten deutsche Gerichte den Überlebenden des Massakers Ansprüche auf Entschädigung. Im Fall Sfountouris erklärten Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht, Individualansprüche kämen nicht in Betracht. Um ein NS-Verbrechen habe es sich im Fall Distomo auch gar nicht gehandelt, so die Karlsruher Richter, sondern allenfalls um einen schlichten Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht.

Die Kläger beantragten daher vor italienischen Gerichten, die griechischen Urteile in Italien für vollstreckbar zu erklären. Vor den unteren Instanzen bekamen sie Recht. Der Rechtsanwalt der Distomo-Opfer in Italien, Joachim Lau aus Florenz, pfändete daraufhin im Jahr 2007 deutsche Liegenschaften in Como/Italien ('Villa Vigoni'), indem er dort Sicherungshypotheken eintragen ließ.

Die deutsche Regierung ging in die Rechtsbeschwerde und rief den Kassationhof in Rom an. Dieser entschied nun, dass die griechischen Kläger aus Distomo in Italien Vollstreckungsmaßnahmen gegen deutsches Eigentum ergreifen dürfen. Nach Auffassung des Kassationshofs genießt der deutsche Staat in einem solchen Verfahren keine Immunität, weil die Grundlage des Rechtsstreits ein Kriegsverbrechen war und weil entsprechende Urteile aus anderen EU-Staaten Anerkennung finden müssen.



[1] Blockade der deutschen Botschaft in Athen im Juni 2006

Mit dieser Entscheidung ist endlich der Weg frei, den Menschen aus Distomo zu einer gerechten Entschädigung zu verhelfen. Verweigert Deutschland weiter die Zahlung, so könnten die gepfändeten deutschen Liegenschaften in Italien zwangsversteigert werden. Das dürfte wohl auch geboten sein. Denn aus Berlin wurde sehr schnell signalisiert, dass man die Entscheidung des Kassationshofs ebenfalls nicht anerkennen werde. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Linkspartei erklärte die Bundesregierung, dass man nicht mit den Betroffenen über die Frage der Entschädigung reden werde[1]. Stattdessen hat das Auswärtige Amt eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem italienischen Außenministerium eingerichtet, um vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Verfahren durchzuführen[2], das die Außerkraftsetzung der Kassationshof-Entscheidung zum Ziel hat.

Die Bundesregierung ließ sich nicht viel Zeit damit, die Argumentation des Kassationshofs auf sich wirken zu lassen. Um abstrakte Rechtsprinzipien zur Wahrung staatlicher Souveränität geht es Deutschland dabei ohnehin nicht. Die staatliche Souveränität etwa des vormaligen Jugoslawiens war Deutschland vielmehr stets ein Hindernis bei der politisch-ökonomischen Durchdringung des Balkans. Dafür war man auch bereit, einen Angriffskrieg zu führen und Belgrad zu bombardieren. Völkerrecht gilt für Deutschland nur, wenn es den eigenen Interessen nützt.

Deutschland will die Opfer von Distomo nicht entschädigen, mehr als ein paar dürftige Worte des Bedauerns gönnt man diesen nicht. Seit Jahren kämpfen die Überlebenden von Kriegsverbrechen, die Wehrmachts- und SS-Einheiten während der deutschen Besatzung Griechenlands im Zweiten Weltkrieg an der Zivilbevölkerung verübten, um Anerkennung und Entschädigung. Die Bundesregierung verweigert bis heute jeden Dialog mit den Opfern und Hinterbliebenen. Kategorisch wird jegliche Zahlung abgelehnt. Während die Täter niemals für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen, ja von den bundesdeutschen Nachkriegsregierungen sogar aktiv vor Verfolgung geschützt wurden, sieht man in den Forderungen der Opfer und Hinterbliebenen nur einen Störfaktor deutscher Normalisierungspolitik. Für die Bundesregierung ist das Thema Entschädigung erledigt. Ihre Wunschvorstellung ist es, nach Abschluss des Projekts »NS-Zwangsarbeiterentschädigung«, zum letzten Mal für die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus gezahlt zu haben.

Die Entscheidung aus Rom stellt hierbei ein ernsthaftes Hindernis dar, zumal der Kassationshof am gleichen Tage auch entschied, dass die 1943/1944 deportierten italienischen Soldaten (meist als Italienische Militärinternierte/IMI bezeichnet) wegen NS-Zwangsarbeit durch die Bundesrepublik Deutschland entschädigt werden müssen. Diese waren durch Deutschland von Zahlungen aus dem Fonds »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« ausgeschlossen worden. Der Klageweg in Italien ist durch die Entscheidung für die IMIs auch für viele weitere NS-Opfer frei geworden. Und das Beispiel könnte auch in anderen Ländern Schule machen.

Die juristischen Auseinandersetzungen in Italien und darüber hinaus werden weiter gehen. Das Urteil des Kassationshofs betrifft formal nur eine Teilforderung, über den Hauptteil wird wohl erst im nächsten oder übernächsten Jahr entschieden werden. Das gibt der deutschen Seite Zeit für weitere Störmanöver. Zu hoffen ist, dass die italienischen Gerichte weiterhin den Mut haben, gegen die erklärten politischen und ökonomischen Interessen der BRD zu entscheiden. Hierzu bedarf es der verstärkten politischen Solidarität mit den Opfern des nationalsozialistischen Terrors und einer aktiven Unterstützung ihrer Forderungen. Nur dann kann der Schlussstrichpolitik der BRD etwas entgegen gesetzt werden. ■

1| BT-Drucksache Nr. 16/0719 vom 23. Juni 2008
2| www.3sat.de/kulturzeit/themen/123642/index.html

www.nadir.org/nadir/initiativ/ak-distomo
Kontakt: ak-distomo@nadir.org

LKA ohne Peilung

Strafverfahren gegen antifaschistische Strukturen in Norddeutschland eingestellt!

In dem gegen insgesamt elf Beschuldigte in Hamburg, Bad Oldesloe und Berlin geführten Verfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung wurde nunmehr nicht nur gerichtlich festgestellt, dass bereits die im vergangenen Jahr durchgeführten Hausdurchsuchungen rechtswidrig waren und das Verfahren endlich mangels Tatverdacht eingestellt. Auch der gegen zwei Beschuldigte durchgeführte so genannte große Lauschangriff, mit dem ihre Wohnung monatelang abgehört wurde, hätte nicht durchgeführt werden dürfen.

Rechtsanwalt Alexander Hoffmann

Die Verfahren wurden bekannt, nachdem zwei Wochen nach dem G 8-Gipfel in Heiligendamm zunächst Durchsuchungen gegen 9 Beschuldigte in Schleswig-Holstein und Hamburg und eine Woche später gegen zwei Personen in Berlin durchgeführt wurden. Zum damaligen Zeitpunkt wurden die Verfahren unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung geführt. Vorgeworfen wurde der angeblichen Vereinigung, die Begehung von insgesamt vier Brandanschlägen in den Jahren 2002, 2004 und auf Fahrzeuge der Bundeswehr und eine Firma, die an Rüstungsprojekten beteiligt gewesen sei. Dabei seien die Anschläge in Glinde (2002), Bad Oldesloe und Berlin (2004) sowie erneut Bad Oldesloe (2006) begangen worden.

Vom ersten Moment an war dieser Vorwurf als abenteuerliches Konstrukt erkennbar. Die Beschuldigten kannten einander zum Teil gar nicht, zum Teil waren sie seit Jugendjahren miteinander befreundet. Politisch war allerdings ein Teil der Beschuldigten über ihre gemeinsame antifaschistische Arbeit verbunden. Hier setzte auch die Bundesanwaltschaft (BAW), sowie das in Schleswig-Holstein ermittelnde LKA an: die Beschuldigten würden konspirativ kommunizieren, sie würden Material vor dem möglichen Zugriff der Polizei verstecken und sich auch ansonsten komisch Verhalten. Darüber hinaus hatten zwei Beschuldigte in der Nacht des letzten Anschlages im Jahr 2006 mehrere Telefongespräche unbekannten Inhaltes miteinander geführt. Man hatte dann festgestellt, dass diese beiden Gesprächspartner der antifaschistischen Szene in Bad Oldesloe zugehören und messerscharf geschlossen, dass sie in irgend einer Verbindung zu dem Anschlag stehen müssten.

Früh gescheitert

Dabei waren die Ermittlungen zum Zeitpunkt der Hausdurchsuchungen längst gescheitert. Zum einen hatte sich die zentrale Annahme der Ermittler, die Gruppe werde zum G 8-Gipfel Anschläge verüben, nicht bestätigt. Im Gegenteil zeigten die angeblichen Gruppenmitglieder überwiegend nur geringes Interesse an dem Großereignis. Außerdem hatten die beiden Hauptverdächtigen bereits zwei Monate zuvor an einem von ihnen genutzten Auto einen GPS-Sender gefunden und sofort die Presse benachrichtigt, weil sie Ermittlungsbehörden hinter diesem Sender vermuteten.

Trotzdem wurden die polizeilichen Maßnahmen bis zu den Hausdurchsuchungen und teilweise darüber hinaus fortgeführt. Konkret heißt das: Über einen Zeitraum von fast einem Jahr wurden Telefonate, nicht nur der Beschuldigten, sondern auch von ihnen nahe stehenden Personen, unter einander, mit Dritten aber auch mit Journalisten und Rechtsanwälten abgehört. Internet und Mails wurden überwacht, Wohnungen wurden von außen mit Kameras überwacht, monatelange Observationen durchgeführt, PKWs abgehört und mit Peilsendern ausgestattet, die Wohnung von mindestens zwei Personen wurde verwanzt, mindestens drei Monate wurde jedes Wort aufgezeichnet (Zitat: »unverständlich ... spricht im Schlaf«).

Nachdem die BAW bereits wegen weiterer von ihr geführten § 129 a StGB Verfahren durch Beschlüsse des BGH gezwungen wurde den Vorwurf der terroristischen Vereinigung fallen zu lassen, gab sie hier am 16. Januar 2008 das Verfahren an die für ein Ver-



fahren wegen der Mitgliedschaft in einer einfachen, kriminellen Vereinigung zuständige Staatsanwaltschaft Flensburg ab.

Der Beschluss des Landgerichts Flensburg war deutlich: »Es kann ausdrücklich dahinstehen, ob die Beschuldigten an den genannten Anschlägen überhaupt beteiligt waren und gleichermaßen, ob sich überhaupt eine Vereinigung in tatbestandlichem Sinne gebildet hat. Jedenfalls fehlte es von vornherein an der in §129 a Abs. 2 Nr. 2 StGB genannten Voraussetzung... Die hier genannten Straftaten waren von vornherein nicht geeignet, speziell die Bundesrepublik Deutschland in diesem Sinne erheblich zu schädigen.«

Klare Worte fand das Gericht auch bei der Beurteilung der Anschläge an sich:

»Dabei kam es im ersten Fall ohnehin nur zu einem Versuch (...) hatten auch die Brandstiftungen im Jahr 2004 keine bedeutsamen Auswirkungen«.

Am 14. Juli 2008 wurde das Verfahren daher durch die Staatsanwaltschaft Flensburg eingestellt. Es hatten sich keinerlei Anhaltspunkte für strafbares Verhalten gefunden. Es folgte nunmehr ein Beschluss des für die Wohnraumüberwachung zuständigen Landgerichts Karlsruhe, das erklärte, die Anordnung sei rechtswidrig.

Besonders problematisch bleibt vorliegend, dass hier für einen Teil der Beschuldigten über einen längeren Zeitraum eine lückenlose Überwachung ihres Lebens durchgeführt wurde. Mit der Einstellung des Verfahrens und der Feststellung der Rechtswidrigkeit von Durchsuchungen und Lauschangriff ist weder sicher gestellt, dass sich ein solches Vorgehen der Ermittlungsorgane nicht wiederholt, noch bedeutet es eine ausreichende Genugtuung für die Betroffenen. Eine Entschädigung für den erlittenen Verlust an Privat- und Intimsphäre ist gar nicht möglich, und als Schadensersatz in Geld rechtlich kaum durchzusetzen. Die Karrieren der handelnden Akteure werden nicht beeinträchtigt. Der Ermittlungsrichter am BGH Ulrich Hebenstreit lässt sich im Gegenteil gerne als liberalen Richter abfeiern, weil er an der Entscheidung des BGH gegen die Zulässigkeit der Onlinedurchsuchung beteiligt war. Dass er ansonsten willfähig alles abnickt, was ihm von der Generalbundesanwaltschaft zugeschoben wird, ist für einen deutschen Richter kein Charakterfehler. Die BAW wird aller Voraussicht nach auch in Zukunft sehenden Auges rechtswidrige Ermittlungsmaßnahmen durchführen und später sang und klanglos an die eigentlich zuständigen Staatsanwaltschaften zur Einstellung abgeben. Eine wirkliche Kontrolle der Behörde ist durch den einfachen Richtervorbehalt, also die Kontrolle durch einen Ermittlungsrichter, nicht zu erreichen. Dies zeigt sich täglich auch bei den einfachen Amtsgerichten, an denen überforderte Einzelrichter sang und klanglos Durchsuchungsbefehle, DNA-Abnahmen, Ingewahrsamnahmen und ähnliches durchwinken.

Öffentlichkeit hilft

Anhand eines eher komischen Randgeschehens zu dem Verfahren wurde deutlich, wie einem solchen rechtlich dubiosen Verhalten der Ermittlungsbehörden entgegengewirkt werden kann. Den im April letzten Jahres am Auto eines der Beschuldigten gefundene Peilsender wollte das LKA-Schleswig-Holstein gerne zurück und erhob deshalb Klage beim Amtsgericht Bad Oldesloe. Allerdings war die Behörde nicht gewillt Details über den Kauf und die Anbringung des Senders zu liefern und daher unfähig ihr Eigentum daran zu beweisen. Unter den Augen eines extra nach Oldesloe angereisten »Mitarbeiters der Bundespolizei« wurde daher die Klage abgewiesen. Die Ermittlungsbehörden scheuen das Licht der Öffentlichkeit, es muss daher viel stärker als bisher öffentlich auf die oft fragwürdigen und rechtswidrigen Ermittlungsmethoden aufmerksam gemacht werden, will man sich nicht zum bloßen Objekt staatlicher Willkür degradieren lassen. ■

Siehe auch:
www.soligruppe.blogsport.de
www.soligruppenord.blogsport.de

Neue Antworten auf die BNP sind nötig

David Williams (Searchlight) aus London

Die Londoner Kommunalwahlen im Mai dieses Jahres waren offensichtlich der bisher größte Erfolg einer faschistischen Partei in der britischen Geschichte. Die British National Party (BNP) erlangte knapp 70.000 Erst- und über 128.000 der Zweitstimmen und kam so auf 5,23 Prozent. Das reichte für einen Sitz im Stadtparlament und somit für eine gewisse Rolle in der Verwaltung.

Dies war sowohl ein Erfolg als auch eine Niederlage für den britischen Antifaschismus. Ungerechterweise suchten manche die Fehler bei Searchlight, hatten wir doch vor der Wahl geschätzt, dass die BNP zwei oder gar drei Sitze erlangen würde, was eine Katastrophe gewesen wäre.

Wir lagen falsch und waren verdammt froh darüber. Unsere Analyse, die auf der Situation an der Basis beruhte, wurde auch von Meinungsforschungsinstituten geteilt. Das Schlimmste befürchtend, gaben wir mit unserer Kampagne »Hope not Hate« alles, um den Super-GAU zu verhindern. Dass die BNP nicht stärker wurde, war ein Resultat der täglichen praktischen Arbeit im Rahmen unserer Kampagne, zu der wir hunderte von AktivistInnen mobilisiert hatten. Auch wenn wir die BNP nicht restlos geschlagen haben, denken wir doch, dass wir mit begrenzten Mitteln und maximalem Einsatz das Bestmögliche bewirkt haben. Es ist sicher, dass die Dinge ohne die »Hope not Hate«-Kampagne sehr viel schlimmer gekommen wären.

Die Fortschritte der BNP in London und auch in anderen Regionen wie Stoke on Trent sind zwar nicht irreversibel, geben aber Anlass zu großer Sorge. In ehemaligen BNP-Hochburgen wie Oldham, Bradford oder Kirklees hingegen wurde die BNP erfolgreich bekämpft und ihr politischer Einfluss zurückgedrängt.

Unabhängig davon gibt es eine bittere Pille, die britische AntifaschistInnen früher oder später schlucken müssen, auch wenn viele es nicht wollen: Sie müssen einsehen, dass die BNP sich verändert hat. Zu Zeiten ihrer Gründung 1982 war die BNP eine offen neonationalsozialistische Partei und eher eine Privatveranstaltung von John Tyndall, dem Ex-Chef der National Front (NF). Nach Tyndalls Absetzung durch Nick Griffin im Jahre 1999 begann dieser, die Partei zu modernisieren und durch eine Abkehr von allzu offensichtlicher faschistischer Politik hoffähig und somit wählbar zu machen. Für AntifaschistInnen, die das Innenleben der BNP gut kennen und ihre Entwicklung seit Jahren mitverfolgen, war es schwer einzusehen, dass viele diese Veränderungen der BNP nicht wahrnehmen.

Aber die BNP begann zu wachsen. Insbesondere seit 9/11 und den rassistischen Krawallen in Oldham im Jahre 2001 gelang es der BNP sich aus ihrer Isolation zu lösen und am Rand der politischen Mitte zu etablieren. Es wird zunehmend deutlich, dass die BNP von ihren WählerInnen anders gesehen wird.

Sie sehen die BNP nicht als eine faschistische Partei an, sondern ihre Wahl als einen Protest gegen die unentschlossene Labour Partei, die ohne Anschluss an die Basis ihrer nächsten Wahlniederlage entgegen steuert. Die Strategie, die BNP einfach als »Nazi«-Partei zu betiteln, stösst bei deren WählerInnen auf keinerlei Resonanz. Diese Versuche werden als ein geschmackloser Angriff vom politischen Gegner angesehen.

Stattdessen wird die BNP von ihren WählerInnen als eine Partei verstanden, welche eine aufrichtige politische Alternative darstellt. Es ist keine Überraschung, dass die BNP in einer Zeit an Einfluss gewinnt, in welcher die Labour-Regierung sich, auf der Jagd nach politischer Macht, von ihrer eigenen sozialen Agenda verabschiedet hat. Die Wahlergebnisse in Mittelengland haben der Zeit, in welcher die Labour Partei die Interessen der marginalisierten, weitestgehend weissen Arbeiterklasse in bestimmten Teilen des Landes vertrat, ein Ende gesetzt – allerdings nicht unbedingt in den Teilen, die am schlimmsten von der Politik von New Labour betroffen sind. Der Anspruch der BNP, der legitime Erbe des »old labour«-Sozialismus zu sein, ist lächerlich. Aber während unter »new Labour« ein massiver gesellschaftlicher Rechtsruck stattfand, wurden viele empfänglich für die BNP und ihre vagen Versprechungen eines weissen »National«-Sozialismus.

Dies liegt nicht darin begründet, das alle BNP-WählerInnen Rassisten sind.

Das Benutzen von »Rasse« als Erklärungsansatz liefert schnelle Lösungen für komplexe sozio-ökonomische Missstände, welche ursprünglich einen Ausdruck in der Politik der Labour Partei gefunden hätten. Die Menschen, die sich (richtigerweise) von der Labour Partei im Stich gelassen fühlen, laufen Gefahr, eine vielleicht dauerhafte Bindung zur BNP aufzubauen. Stoke sollte in dieser Hinsicht wohl am beunruhigendsten sein.

In der ehemaligen Labour Hochburg haben Jahre der Gleichgültigkeit die ehemaligen politischen Bindungen schwinden lassen. Die BNP ist Nutznießer dieser Situation. Setzt die BNP die aktuelle Wahlkampagne fort, ist es sehr gut möglich, das sie im nächsten Jahr die Mehrheit im Rathaus bekommen.

Natürlich bleibt die BNP eine faschistische Partei

Das Problem ist, dass die »Kampagne gegen den Islam« der BNP quer durch alle Bevölkerungsschichten erschreckend viele Menschen berührt. Die BNP ist aktuell mit einer xenophoben Argumentation erfolgreich, dass ihre Gegnerschaft zum Islam nichts mit Rasse zu tun habe, aber um so mehr mit Verteidigung der eigenen Religion und Kultur.

In einigen Gegenden repräsentiert diese Unterstützung der BNP, die auf Werten und nicht biologistischen Prinzipien basiert, nicht mehr einen vorübergehenden Enthusiasmus sondern ein tief verwurzeltes politisches Phänomen, dem schwierig zu begegnen ist. Es sieht danach aus, dass die BNP sich in einigen Regionen in den nächsten Jahren als politischer Akteur etablieren wird.

Dies hat dazu geführt, dass Searchlight die einfache aber wichtige Frage stellt: »Wohin jetzt?« Falls die BNP die Kontrolle über Stoke erhält – also die erste extrem rechte Partei wird, die jemals eine britische Stadt kontrolliert hat – oder bei den Europawahlen 2009 einen Abgeordneten ins EU-Parlament schicken kann, würde das die BNP über Nacht von einer eher unbedeutenden Partei in eine seriöse politische Kraft verwandeln.

Der fundamentale Wechsel in der Politik der Labour Party hin zur politischen Rechten, hat eine Kluft geöffnet, welche die BNP in einigen Gegenden füllen kann. Die Öffnung dieses politischen Spielraums hat uns dazu veranlasst eine interne Analyse zu beginnen, was in der Kampagne gegen die BNP funktioniert hat und was nicht.

Seit langem vertreten wir die Auffassung, dass es die beste Methode ist, die örtlichen Basisorganisationen in den Kampf gegen die BNP mit einzubeziehen. Sie versuchen der BNP vor Ort zu begegnen, indem sie deutlich machen, wie die BNP lokale Themen und Missständen verdreht und lügt. Gleichzeitig wird versucht authentische soziale und demokratische Strukturen als die einzige richtige Lösung darzustellen, entgegengesetzt der spaltenden rassistischen Politik, welche von der BNP angeboten wird.

Als Ergänzung dazu konzentrierten wir uns auf den Ausbau unserer Netzwerke, um unsere Unterstützung für die lokalen Gruppen und Einzelpersonen zu intensivieren und mit ihnen die Effektivität der Kampagne vor Ort abzusichern. Dies wurde zu einer Priorität in unserer politischen Arbeit. Eine lokale Netzwerkarbeit, welche die BNP direkt vor Ort politisch bekämpft, ist unserer Ansicht nach der Schritt in die richtige Richtung. Sich in den örtlichen Gemeinden zu verwurzeln und Partnerschaften mit z.B. PolitikerInnen, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen, Jugendorganisationen etc. einzugehen, hat sich als die effektivste Methode zur Bekämpfung der extremen Rechten erwiesen.

Obwohl diese Art der Politik natürlich nicht frei von ihren spezifischen Problemen ist, hat die »Hope not hate«-Kampagne doch bewiesen, dass die



BNP mit einer lokal orientierten Kampagne in ihrem eigenem Hinterhof geschlagen werden kann, was sich auf die Partei sehr demoralisierend auswirkte. Letzten Monat musste die BNP im Wahlkreis Chadwell Heath starke Verluste einstecken. Waren die Erwartungen, besonders nach dem Londoner Wahlerfolg im Mai diesen Jahres hoch, hat die unermüdliche Arbeit der AntifaschistInnen hier erste Früchte getragen und die BNP in ihre Schranken verwiesen.

Die Bindung zu AntifaschistInnen vor Ort und die anhaltenden politischen Bündnisse können die BNP in ihren Hochburgen wirksam bekämpfen und die lokalen Gruppen befähigen ihre Situation zu verbessern. Der Kampf hat greifbare Resultate hervorgebracht, auf die alle involvierten AktivistInnen stolz sein können.

Searchlight hat natürlich kein Patent darauf wie die extreme Rechte am effektivsten bekämpft werden sollte, national aber auch international. Es ist wichtig zu erkennen, dass es keine Art der Politik gibt, welche auf jede Situation passt. Aus diesem Grunde wären wir erfreut von den Erfahrungen von unseren internationalen GenossInnen zu hören. Wie haben sie ihre Kampagnen gestaltet? Was hat funktioniert und – vielleicht noch wichtiger – was hat nicht funktioniert? ■

Gegen Klan und Neonazis

Ein Rückblick auf 30 Jahre Antifa-Arbeit in den USA

Von Leonard Zeskind, Kansas City

Lange Zeit waren das »National Anti-Klan Network« (NAKN) und das »Center for Democratic Renewal« (Zentrum für demokratische Erneuerung, CDR) in Atlanta die wohl wichtigsten Antifa-Organisationen in den USA. Dort arbeiteten Schwarze, Weiße und andere gemeinsam gegen Rassisten und Neonazis. Nun hat sich das Zentrum aufgelöst. Ein Ehemaliger erinnert sich.

Das NAKN wurde im August 1979 gegründet. Drei Monate zuvor hatten bewaffnete Mitglieder des Ku-Klux-Klan in Decatur (Alabama) eine Bürgerrechts-Demonstration angegriffen. Die Lage eskalierte im November, als Klan-Leute und Neonazis in Greensboro (North Carolina) auf eine Demonstration der Communist Workers Party schossen und dabei fünf Demonstranten töteten. Am 1. Februar 1980 mobilisierte das NAKN mehrere Tausend Menschen zu einer Demonstration in Greensboro gegen das Wiederaufflammen von rassistischer Gewalt.



[1] NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt 2002 bei einem Treffen mit David Duke

Bild dokumentiert von: altermedia.info / E. D. AUBIGNOSC

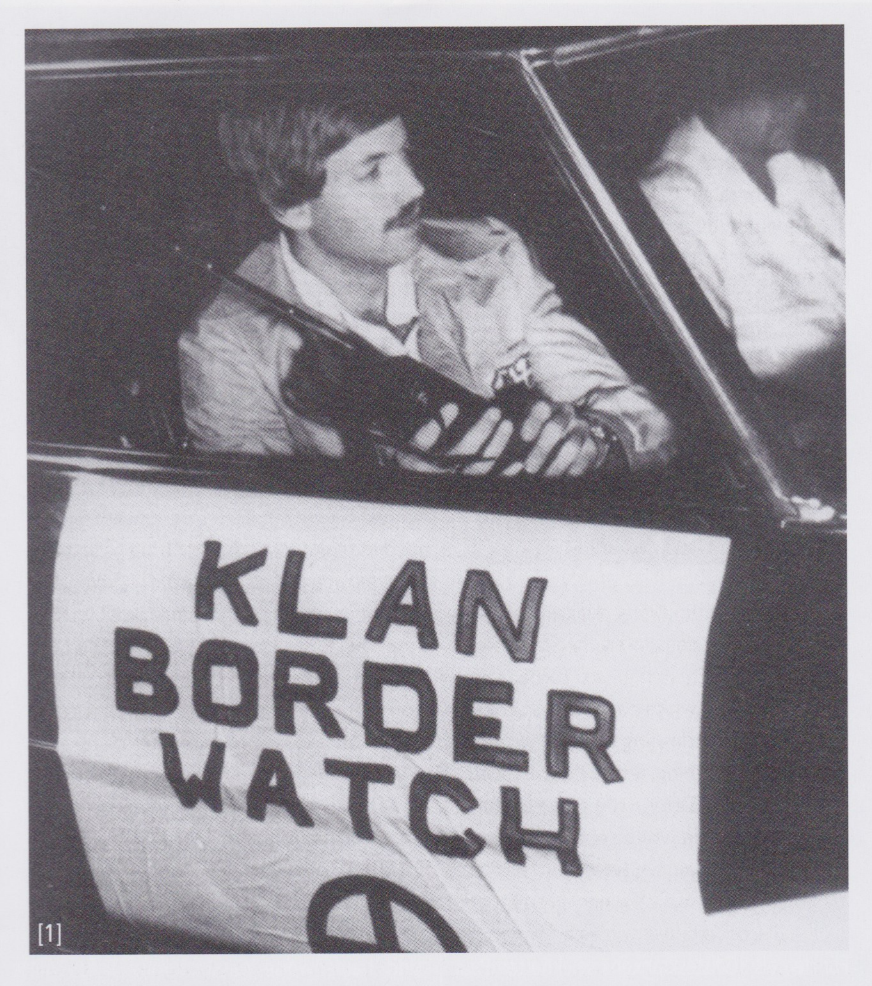
Das NAKN war nicht die einzige derartige Initiative. Das Southern Poverty Law Center startete damals sein eigenes »Klanwatch«-Projekt. Nach der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten im November 1980 begann die Organisation »People for the American Way« eine Medienkampagne gegen die religiöse Rechte. (...) Andere kleinere Gruppen und Kollektive lösten sich bald wieder auf.

Zusammen mit dem Center for Constitutional Rights (Zentrum für Verfassungsrechte) in New York City strengten wir eine Zivilklage gegen drei Klan-Männer an, die auf fünf schwarze Passantinnen in Chattanooga (Tennessee) geschossen hatten. Eine Jury sprach den Frauen ein Schmerzensgeld von 535.000 Dollar zu. Im Namen von acht Opfern verklagten wir 1983 das US-Innenministerium, weil es sich weigerte, rassistische Gewaltverbrechen zu verfolgen. In diesem Fall kam es zwar nie zur Gerichtsverhandlung, aber unsere Klage bleibt mir als wichtiger Meilenstein in Erinnerung.

Wir deckten auf, dass der Ku-Klux-Klan im bergigen Nordwesten von Georgia eine »Arbeitergewerkschaft« organisiert hatte. Daraufhin half das NAKN, statt dessen eine multi-ethnische Gewerkschaft aufzubauen. Mitte der 1980er Jahre begann die rechtsradikale Terrorgruppe »The Order« ihren Krieg gegen die angebliche »Zionistische Besatzungsregierung« in Washington, überfiel Geldtransporter und tötete Menschen. Damals lernten wir, wie man systematisch Informationen sammelt, auswertet und für die Medien aufbereitet. Auch in North Carolina entwickelte das NAKN ein Rechercheprojekt. Weil die Mörder der Greensboro-Demonstranten von 1979 nie verurteilt wurden, kam es dort zu einem starken Anwachsen rassistischer Gewalt. Das NAKN dokumentierte dies und wurde dagegen aktiv. Daraus entwickelte sich eine eigene anti-rassistische Organisation.

1984 begann ein Teil der NAKN-Führung mit einem strategischen Neuorientierung. Unsere bisherige Bündnisstruktur war nicht mehr zeitgemäß. Wir analysierten unsere Stärken und Schwächen, unsere Verbündeten, unsere Geldquellen und die politischen Rahmenbedingungen – also die rechtsradikale Bewegung, die Reagan-Regierung, die christlich-fundamentalistische Rechte und die anti-rassistische Seite der Medaille. Wir begriffen, dass der Klan sich gewandelt hatte seit jener Zeit, als er die alte Rassentrennung in den Südstaaten verteidigt hatte. Nun traten die Rechtsradikalen rebellisch auf, sogar »revolutionär«. Für diejenigen von uns, die ihr ganzes erwachsenes Leben »das System« ändern wollten, begann eine schmerzhafte Diskussion über eine Verteidigung der Bürgerrechte. 1985 benannte sich das NAKN in »Zentrum für demokratische Erneuerung und Erziehung« (CDR) um, um diese breitere Perspektive auszudrücken.

Wir arbeiteten auch mit Bauern-Organisationen wie Prairiefire Rural Action in Iowa zusammen. Denn während der damaligen Farmkrise tauchten in den ländlichen Gegenden verstärkt rassistische und antisemitische Gruppen auf. Von 1985 bis 1987



[1] David Duke 1977 in den USA während einer Grenzpatrouille des Ku-Klux-Klan.

kamen etwa 2000 Farm-AktivistInnen zu unseren Workshops und lernten, wie man die radikale Rechte stoppen kann. Im Nordwesten arbeiteten wir eng mit örtlichen Initiativen und Bündnissen zusammen. In dieser Region wollten weiße Rassisten eine »Arische Republik« aufbauen. Diese Pläne deckten wir als erste auf. Auch über das Auftauchen von »White Power Skinheads« berichteten wir als erste, ebenso wie über die Präsidentschaftskandidatur des Ku-Klux-Klan-Führers David Duke 1988. Und wir setzten uns erfolgreich dafür ein, dass nun auch Angriffe gegen Homosexuelle rechtlich als »Hassverbrechen« gewertet wurden.

In unserer unmittelbaren Umgebung im US-Südosten beobachteten wir systematisch die fast wöchentlich stattfindenden Klan-Aufmärsche. Im Januar 1987 griff ein 400-köpfiger Mob unter Führung von zwei Klan-Gruppen in Nord-Georgia eine kleine antirassistische Demonstration an und stoppte sie. Am folgenden Wochenende strömten 20.000 BürgerrechtlerInnen in diesen Landkreis, um »den Marsch zu vollenden«. Dieses kurze Signal antirassistischer Kraft konnte allerdings nicht verhindern, dass danach in der Region weiße rassistische Aktivitäten zunahmen. Doch das CDR konnte langsam die leise moralische Opposition gegen Rassismus in Nord-Georgia aufpäppeln.

In dem Zeitalter vor dem Internet und Wikipedia erhielt das CDR viele Anfragen von SchülerInnen und Studierenden, die Material für ihre Hausarbeiten brauchten. Unsere Angestellten entwickelten Informationspakete über den Ku-Klux-Klan, rassistische Skinheads oder arische Terrorgruppen. Wir erstellten Hintergrundmaterialien, einen regelmäßigen Rundbrief und Praxis-Handbücher, die von der Frauenabteilung der Methodistischen Kirche, von der Automobil-Gewerkschaft und von örtlichen Aktionsgruppen im ganzen Land verwendet wurden. Gelegentlich bekamen wir auch Anrufe von frustrierten Klan- oder Arier-Typen, die Hilfe zum Ausstieg suchten. Wenn wir sicher waren, dass sie es ehrlich meinten, halfen wir ihnen auch.

Ein Anruf aus der Kleinstadt Blakely in Südost-Georgia löste im Jahr 1990 eine Reihe von Ereignissen aus, die keiner der Beteiligten jemals vergessen wird. Bei der örtlichen Feuerwehr waren dort drei Klanmänner aktiv – einschließlich des Kommandanten. Die Kleinstadt schien wie ein Relikt aus der Zeit vor der Bürgerrechtsbewegung: Schwarze konnten sich nicht richtig an Wahlen beteiligen, und die Stadtverwaltung kümmerte sich nicht darum, dass in den schwarzen Vierteln immer wieder Häuser niederbrannten. Bei zwei dieser Brände kamen kleine Kinder ums Leben. Das CDR strengte einen Bürgerrechts-Prozess an, mit dem Ergebnis, dass die drei Klanmänner aus der Feuerwehr austraten. Und ein Wahlrechts-Verfahren führte dazu, dass erstmals in der Geschichte der Stadt auch Schwarze in den Stadtrat gewählt wurden.

Das Beispiel Blakely zeigte das politische Dilemma, in dem wir uns Anfang der 1990er Jahre befanden. Nach dem Ende des Kalten Krieges änderte sich erneut die Stoßrichtung der weißen rassistischen Bewegung. Während wir in der rückständigsten rassistischen Provinz arbeiteten, organisierten Leute wie David Duke und der Republikaner Pat Buchanan im Zentrum des parlamentarischen Universums einen neuen weißen Nationalismus. Angesichts unserer geringen Größe konnten wir nicht beide Seiten des selben Problems gleichzeitig bekämpfen. Die AktivistInnen des CDR wechselten, und die Arbeit verlor ihre Perspektive. Nun, da die Türen endgültig geschlossen sind, sollten wir uns an all die gute Arbeit erinnern, die so viele Leute so lange Zeit geleistet haben. ■

Leonard Zeskind war im Vorstand des NAKN und arbeitete von 1985 bis 1994 als Recherche-Koordinator des CDR. Im Frühjahr 2009 erscheint sein Buch »Blood and Politics: The History of the White Nationalist Movement from the Margins to the Mainstream« (Blut und Politik: Die Geschichte der weißen nationalistischen Bewegung von den Rändern in die Mitte).

Unter www.leonardzeskind.com analysiert er alle zwei Wochen aktuelle Entwicklungen in der rechtsradikalen Szene der USA.

Lebensunwert?

Freundeskreis Paul Wulf (2007): »Lebensunwert? Paul Wulf und Paul Brune - NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand«

Verlag Graswurzelrevolution Nettersheim



Die Vernichtungspolitik des NS-Rassenprogramms traf nicht nur als Andere definierte wie Juden, Roma und Sinti oder Slawen. Auch »Blutsdeutsche«, die nicht dem gesunden Ideal von Ärzten, Sozialhygienikern und Psychiatern entsprachen, hatten als Opfer unglaubliches Leid zu ertragen. Es reichte vom Weggesperrtsein unter entwürdigenden Lebensumständen über Zwangssterilisation auch im Kindesalter bis zur systematischen Vernichtung unter Aufsicht von Wissenschaft und Kirche.

Der »Freundeskreis Paul Wulf« stellt mit seinem Sammelband »Lebensunwert? Paul Wulf und Paul Brune - NS-Psychiatrie, Zwangssterilisierung und Widerstand« zwei Opfer deutscher Mediziner und Bevölkerungsplaner vor. Das von Paul Wulf und Paul Brune Erlebte ist aber nicht nur die Geschichte von himmelschreiender Ungerechtigkeit – vor und nach 1945 –, sondern auch die von zwei Menschen, welche das ihnen angetane Unrecht nicht haben auf sich sitzen lassen. Die beiden verschwanden nicht hinter einer Mauer des Schweigens, wie so viele ihrer Leidensgenossen. Wulf und Brune engagierten sich bis zuletzt für ihre Anerkennung als Opfer der Nationalsozialisten und gegen die willigen Vollstrecker in weißen Kitteln und Bürokratie in dieser Tötungsmaschinerie. Bei ihrem Kampf in der Bundesrepublik Deutschland um gesellschaftliche Ächtung der Verbrechen der Euthanasie oder zumindest eine kleine Opferrente für sich trafen sie auf dieselben (Schreibtisch-)Täter wieder. Sie waren immer noch Mediziner und Verwalter menschlicher Schicksale mittels der von ihnen gefertigten Diagnosen und Urteile. Der Makel an einem Vernichtungsprogramm beteiligt gewesen zu sein, haftete diesen Männern nicht an.

Kein Bestandteil des rassistischen Vernichtungsprogramms der Nazis fand so eine geringe Zäsur wie die Euthanasie- und Psychiatrisierungsvorstellungen gegen »Degenerierte« und »Schwachsinnige«, die in den NS-Erbgesundheitsgesetzen umgesetzt wurden. Auch nach dem 8. Mai 1945 starben die als »Erbkranke« oder »Psychopathen« klassifizierten und Verwahrten weiter in den Heimen, Anstalten und Krankenhäusern. Sie starben weiterhin an Medikamenten, Hunger und der Gewalt und Quälerei der Schwestern und des Aufsichtspersonals, die ihre Schutzbefohlenen eigentlich beschützen und heilen sollten. Der Umgang von Gesellschaft, Staat und Kirche mit den Schwächsten änderte sich erst allmählich im Zuge dessen, wofür heute »68« als Chiffre steht.

Für den als »Geisteskranken« selektierten Paul Brune machte es wenig Unterschied im Leid, ob er als »lebensunwert« in der Ideologie des Nationalsozialismus galt, oder ob er in den mittelalterlichen Vorstellungen eines Teiles der katholischen Kirche als vom Teufel besessener galt, dem der Beelzebub ausgeprügelt werden müsse.

Paul Brune holt nach seiner Höllenkindheit in verschiedenen Anstalten das Abitur nach und studiert Germanistik und Philosophie. Als »unverbesserlicher Querulant, der die Behörden belästigt« kämpft er gegen das Unrecht, welches ihm und Hunderttausenden im Rahmen der NS-Medizin angetan wurde. Gerade das Aufziehen dieses unterbelichteten Themas an dem Schicksal der beiden Pauls macht das Buch so lesenswert. Paul Brune und Paul Wulf waren nicht immer nur Opfer der perversen Medizin im NS und deren Kontinuitäten, sie waren auch »Querulanten«, »Rote«, politisch Aktive und vor allem immer Antifaschisten. ■

Neonazis in Südniedersachsen

Das Medium der Antifabewegung der 1980er und 1990er Jahre – der Zeit vor dem Internet – war neben Zeitschriften die Broschüre. In diesen wurden Einschätzungen und Recherchen über die damals rasant wachsende Neonazibewegung verbreitet. Der Prozess des Erstellens dieser kollektiven Machwerke hatte, neben der Verbreitung des Wissens über die Strukturen der extremen Rechte, die Funktion sich als Gruppe über die abgedruckten Inhalte zu verständigen. Auch im Jahr 2008 gibt es das Format der Recherchebroschüre noch.

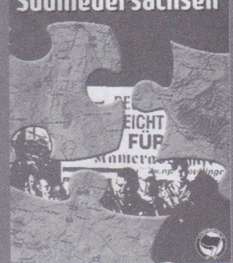
Aus Göttingen legt das »Redaktionskollektiv Broschüre« die Veröffentlichung »Neonazis in Südniedersachsen« vor. Nicht nur im Format, auch in der Art der Darstellung scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Zur Illustration sind haufenweise passbildgroße Fotos mit einzelnen Neonazis aus der Region zu sehen. Polizisten heißen konsequent Bullen. Als Belege werden keine Internetquellen verwandt. Die Vorteile dieser weder journalistischen noch wissenschaftlichen Darstellungsform liegen auf der Hand. Hier können mal alle Informationen publiziert werden, die sonst aufgrund rechtlicher Einschränkungen nicht veröffentlicht werden können.

Auf 48 Seiten wird die Geschichte des Neonazismus in der Region um Göttingen gut nachgezeichnet, von den 1950er Jahren bis heute. So wird ein guter Einblick in die extreme Rechte der alten Bundesrepublik vermittelt. Es wird aber nicht nur die Geschichte extrem rechter Strukturen und ihrer Protagonisten dargestellt, sondern auch die des Widerstandes von AntifaschistInnen gegen eben diese. So findet sich ein Kapitel »Autonomer und antifaschistischer Widerstand gegen Thorsten Heise und sein Umfeld: 1988 – 2007« in der Broschüre wieder. Dem seit

knapp 20 Jahren aktiven Neonazi, der mittlerweile nicht mehr im Göttinger Umland sein Unwesen treibt, wird insgesamt viel Platz eingeräumt.
Ausführlich wird sich in der Publikation auch der Umgebung Göttingens bis tief in den Harz gewidmet. Am Ende der Zeitreise durch die Geschichte des Neonazismus in Südniedersachsen merkt man dann doch wieder, dass die Broschüre jüngeren Datums ist. So gibt es eigenständige Kapitel »Autonome Nationalist_innen« und »Frauen in der Neonaziszene«.
»Neonazis in Südniedersachsen« ist es wert von Anfang bis Ende durchgelesen zu werden. Daneben ist die Broschüre zusätzlich eine nette Auflockerung für alle aus der Bewegung, die von der zunehmenden Akademisierung der Antifa gelegentlich gelangweilt sind. ■

Redaktionskollektiv Broschüre (2008): »Neonazis in Südniedersachsen«
3,50 Euro

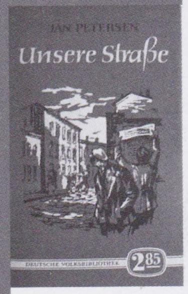
Redaktionskollektiv Broschüre
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen



Jan Petersen – Unsere Straße

Das erstmals 1936 in Prag erschienene Buch »Unsere Straße« des Berliner Schriftstellers und Kommunisten Jan Petersen (1906–1969) ist ein unter schwersten Bedingungen entstandener Tatsachenroman der verschiedene Aspekte des antifaschistischen Widerstands zu einer Erzählung verdichtet und damit einen Blick aus dem Inneren der Aktionen gegen den Nationalsozialismus ermöglicht. Das Buch wurde, eingebacken in einem Kuchen, unter Lebensgefahr ins Ausland gebracht. Eine Liste von Menschen die in der Wallstraße durch nationalsozialistische Hand ums Leben kamen, ist dem Buch beigefügt. Namen, spezielle Orte und Beschreibungen die auf lebende Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen hinweisen konnten, wurden durch Petersen geändert um Menschen im Widerstand zu schützen. Der Schriftsteller Petersen, selbst im kommunistischen, antifaschistischen Widerstand tätig, erzählt die Geschehnisse kurz vor und vor allem nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bis Mitte des Jahres 1934. Die Handlung des Romans spielt hauptsächlich in der Wallstraße, einer ehemaligen Hochburg der kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konzentriert sich hier vielfältiger Widerstand, aber auch die Repression gegen Kommunisten und Andersdenkende. Eindrucksvoll beschreibt Petersen die Arbeit im Widerstand bei der Herausgabe einer illegalen kommunistischen Zeitung, die Hoffnungen welche die Arbeiterinnen und Arbeiter auf einen möglichen Generalstreik richten, die Ohnmacht beim Verschwinden von Genossinnen und Genossen, den Rückzug einiger ins Private oder aber auch die Kontaktaufnahme der Kommunisten zu Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die sich ebenfalls im Widerstand betätigen. Vor allem die Schilderung der klandestinen Herstellung der Zeitung, die aufwendigen Vertriebsstrukturen, das lebensgefährliche Verteilen in den öffentlichen Verkehrsmitteln vor den Industriestadtteilen und die Resignation auf das Ausbleiben einer Resonanz in der Arbeiterklasse werden durch Petersen detailgetreu und ausgiebig, wenn auch mit einer Portion Tragik und Melancholie beschrieben. Herausragend und selten zu finden ist die Perspektive aus welcher Petersen das Buch schreibt. Literatur aus dem Widerstand in demselbem geschrieben, ohne das Wissen vom Ausgang der »Menschheitskatastrophe« des Nationalsozialismus und Auschwitz, findet man wenig und es schafft eine interessante, wenngleich auch tragische Sicht auf historische Ereignisse. Wenn Petersen 1934 zum Beispiel schreibt, dass alles darauf hinweist, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter bis weit in die SA hinein unzufrieden mit dem Nationalsozialismus sind und sicher bald von ihm lassen werden, dann ist dies aus unser Sicht, mit dem historischen Wissen der Nachwelt um Auschwitz, eine unbegreifbare Perspektive. Petersens eigenes politisches Kalkül und auch der Propagandanutzen des Buches dürften hier eine Rolle gespielt haben. Bei dem Vertrauen Petersens in die revolutionäre Tatkraft der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen handelt es sich um eine klare Fehleinschätzung, die leider durch die Realität eingeholt wurde und sich dementsprechend ausdrückte, dass der Nationalsozialismus, selbst unter noch schwierigen sozialen Bedingungen, noch bis zur Befreiung durch die Alliierten von der deutschen Bevölkerung getragen wurde. Das für jede Antifaschistin und jeden Antifaschisten außerordentlich lesenswerte und zu empfehlende Buch ist derzeit durch keinen Verlag aufgelegt, lässt sich aber in Antiquariaten und Internetbuchhandlungen bestellen. Eine Auseinandersetzung mit diesem Buch aus dem Widerstand ist uneingeschränkt zu empfehlen. LK

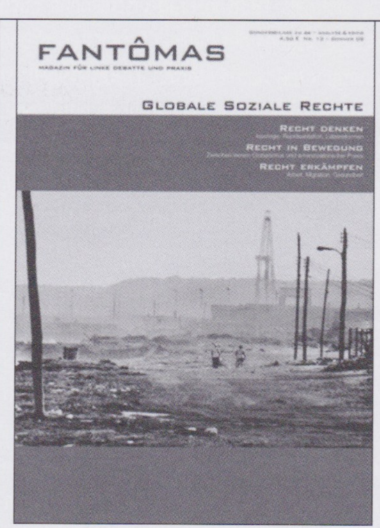
Jan Petersen: Unsere Straße
Dietz, 1947



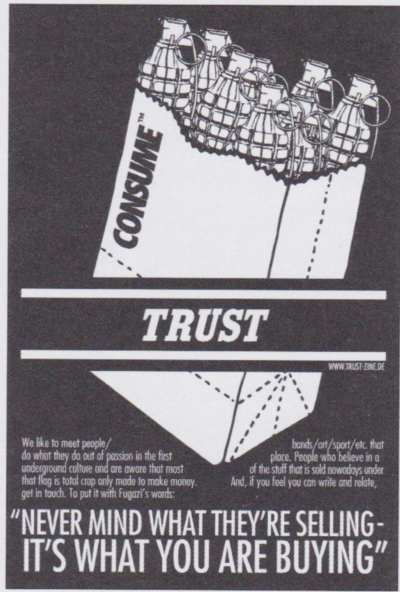

geld
anlegen
?
_ wenn ihr wollt dass euer geld was bewegt...
_ ...wir freuen uns über jede spende.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel.|fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de

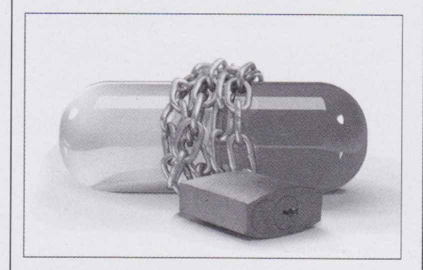

a #32 *** Lotta #32 *** Lotta #32 *** Lo
Lotta
antifaschistische zeitung aus nrw
Die NPD
Aufbruch oder Abbruch?
www.free.de/lotta


antifaschistischer
kalender 2009
ab 1. oktober 2008
im buchhandel erhältlich
isbn-13: 978-3897717091
6.50 euro
(ab 5 st. 30% rabatt)
unrast verlag


FANTÔMAS
GLOBALE SOZIALE RECHTE
RECHT DENKEN
RECHT IN BEWEGUNG
RECHT ERKÄMPFEN


Politische
Motorradzeitung
MEGAPHON
kontakt: www.megaphon.kuhle-wampe.de


CONSUME
TRUST
WWW.TRUST-ZINE.DE
We like to meet people/bands/art/sport/etc. that do what they do out of passion in the first place. People who believe in a underground culture and are aware that most of the stuff that is sold nowadays under that flag is total crap only made to make money. And, if you feel you can write and relate, get in touch. To put it with Fugazi's words:
"NEVER MIND WHAT THEY'RE SELLING-
IT'S WHAT YOU ARE BUYING"



Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

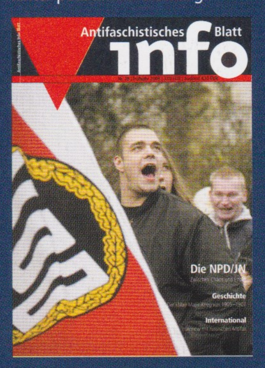
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

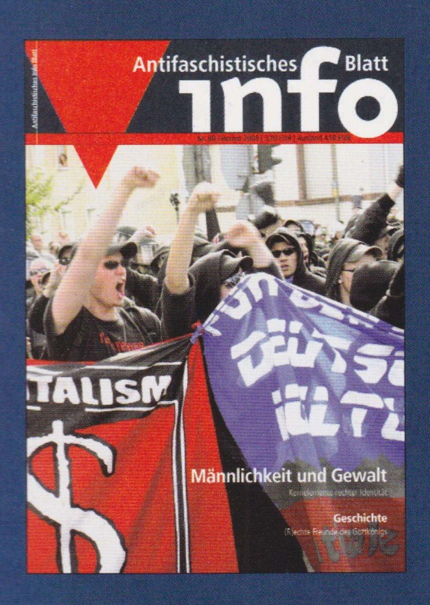
Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 79
Erinnerungsarbeit – Literatur nach Auschwitz; Machtkampf in der NPD; Neonazigewalt in Griechenland hinter polizeilicher Deckung



AIB 78
Die NPD/JN – Zwischen Chaos und Erfolg; Der »Maji-Maji-Krieg« von 1905–1907; Interview mit russischen Antifas



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
20. Jahrgang
Nummer 80 | 3.2008

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

1978 - 2008

30 Jahre

Netzwerk stärkt Gruppen, die mit Ideen und Visionen gegen den Strom schwimmen. Netzwerk praktiziert und fördert Solidarität in Zeiten der Konkurrenz und Vereinzelung. Netzwerk fördert kleine Projekte, die viel bewegen.

Wir unterstützen die antifaschistische Selbstorganisation seit 30 Jahren.

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

//netzwerk-selbsthilfe.de/

Spendet an:
Förderverein Netzwerk
Selbsthilfe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 302 33 00

